



Landtag von Baden-Württemberg

71. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 30. Juni 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 19:04 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4961	2. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Zukunft der Universitätsklinik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2748	4978
Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „FlowTex“ .	4961	Abg. Hoffmann CDU	4979
Absetzung des Punktes 3 der Tagesordnung	4961	Abg. Wichmann SPD	4980
Absetzung der Punkte 6 bis 8 der Tagesordnung	5039	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4981
Begrüßung der Staatssekretärin im Ministerium für europäische Integration der Republik Kroatien, Frau Marija Pejcinovic-Buric, und ihrer Begleitung	4978	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	4982
1. a) Aktuelle Debatte – Das Land braucht eine moderne Politik – eine moderne Politik braucht eine starke Landesregierung – beantragt von der Fraktion GRÜNE		Abg. Pfisterer CDU	4983
b) Antrag der Fraktion der SPD – Einsparung von Ministerien – Drucksache 13/3285		Minister Dr. Frankenberger	4994
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	4961	Beschluss	4986
Abg. Kretschmann GRÜNE	4961, 4974	3. Wahl des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation	
Abg. Drexler SPD	4964, 4972	a) des Vorsitzenden	
Abg. Oettinger CDU	4966	b) des stellvertretenden Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder und Stellvertreter . . abgesetzt (4961)	
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	4969	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz – VRG) – Drucksache 13/3201	
Minister Dr. Christoph Palmer	4974	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3306	4986
Beschluss	4978	Abg. Junginger SPD	4987, 5022, 5023, 5037, 5039
		Abg. Heinz CDU	4988
		Abg. Stickelberger SPD	4991, 5026

Abg. Dr. Noll FDP/DVP	4995	Abg. Theurer FDP/DVP	5040
Abg. Kretschmann GRÜNE	5002, 5017	Abg. Oelmayer GRÜNE	5040
Ministerpräsident Teufel	5005	Minister Dr. Schäuble	5040
Abg. Drexler SPD	5012	Beschluss	5040
Abg. Birzele SPD	5019	6. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen Baden-Württembergs – Drucksache 13/2241	abgesetzt (5039)
Abg. Gaßmann SPD	5020	7. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2243	abgesetzt (5039)
Abg. Schmiedel SPD	5021	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Messestandort Karlsruhe – Drucksache 13/2251	abgesetzt (5039)
Abg. Zeller SPD	5024	Nächste Sitzung	5040
Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	5024	Anlage	
Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	5025	Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „FlowTex“	5041
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	5027		
Abg. Teßmer SPD	5028		
Abg. Fischer SPD	5030		
Abg. Ursula Haußmann SPD	5032, 5033, 5037		
Abg. Göschel SPD	5034		
Abg. Dr. Caroli SPD	5035		
Beschluss	5020		
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg – Drucksache 13/3102			
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3265	5039		
Abg. Kübler CDU	5040		
Abg. Stickelberger SPD	5040		

Protokoll

über die 71. Sitzung vom 30. Juni 2004

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 71. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dederer und Frau Abg. Lösch erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Sie finden auf Ihren Tischen einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „FlowTex“ (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Im Eingang befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 8. Juni 2004 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung. Sie ist Ihnen als Drucksache 13/3257 zugegangen.

Ich schlage vor, die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/3257, an den Sozialausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen mit, dass die CDU-Fraktion beantragt hat, den Punkt 3 der Tagesordnung abzusetzen. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(Abg. Sakellariou SPD: Im Gegenteil!)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Das Land braucht eine moderne Politik – eine moderne Politik braucht eine starke Landesregierung – beantragt von der Fraktion GRÜNE

b) Antrag der Fraktion der SPD – Einsparung von Ministerien – Drucksache 13/3285

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Zunächst erteile ich das Wort Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deutschland und auch Baden-Württemberg stehen vor enormen Herausforderungen. Das Land sitzt tief in der Schuldenfalle. Auch in Baden-Württemberg haben wir eine hohe Arbeitslosigkeit. Das Bildungssystem – wenn es auch im Vergleich mit anderen noch relativ gut

ist – ist international nicht konkurrenzfähig. Wir haben große Defizite bei der Ganztags- und bei der Kinderbetreuung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht unter den Aspekten der demografischen Entwicklung eher am Anfang als in der Mitte der Entwicklungsskala. Der enorme Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist ein Indikator dafür, dass wir auch bei der ökologischen Modernisierung dieses Landes gewaltige Defizite haben.

Weil es diesem Land, verglichen mit anderen, noch etwas besser geht, erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass dieses Land auch im Anpacken der Probleme vorangeht. Davon kann allerdings keine Rede sein. Außer dem Teufel'schen Alleingang bei der Verwaltungsreform, nichts als einer verkorksten Binnenreform, können wir keine Dynamik erkennen.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das war ein himmlischer Segen, mein Lieber!)

Das Land steht vor einer Kabinettsumbildung. Diese Kabinettsumbildung ist nicht Ausdruck eines Gestaltungswillens, sie ist von außen erzwungen. Ein amtsmüder Minister Schäuble möchte jetzt lieber Bier brauen. Das ist auch verständlich. In seinem eigenen Ressort hat ihn ja der Ministerpräsident zu einem Abteilungsleiter heruntergestuft,

(Zurufe von der CDU: Oh! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi!)

der in seinem Ressort, das ja für die Verwaltung zuständig ist, eigentlich nur noch das umsetzen soll, was aus dem Staatsministerium kommt. Da kann man sein Verhalten verstehen.

Minister Döring, der hier am 5. Mai noch große Töne gespuckt hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber jetzt ganz brav!)

dass er weitermachen möchte, hat sich im Sumpf der Halbwahrheiten verstrickt und hat frech-fröhlich, wie man das von ihm gewohnt ist, demissioniert. Die FDP/DVP ist enthauptet. Das sind immerhin keine Ausdrücke von uns, sondern sie stammen aus Ihren eigenen Reihen. Der zukünftige Minister Pfister beginnt seine Karriere mit einem massiven Eigentor. Ich zitiere aus dem „Gränzboten“:

Gewinner der Neubesetzung im Wirtschaftsministerium könnte auch der Landkreis Tuttlingen werden. Es sei schließlich selbstverständlich, dass sich ein Minister für seinen Wahlkreis besonders einsetze, sagt Pfister mit einem Lächeln.

(Kretschmann)

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist ja zum Lachen!)

Wenn das jetzt die neue Linie ist, dass die Minister sozusagen mehr ihre Wahlkreise beackern, statt für das ganze Land da zu sein, dann gute Nacht um sechse. Das fängt ja gut an.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Da bräuchten wir noch mehr Minister, damit jeder Kreis einen hat!)

Dann sagt er, wie wir jetzt die wissenschaftliche Infrastruktur mit der Wirtschaftspolitik verbinden sollen. Da dachte ich: Was ist jetzt das? Spricht da der Bildungspolitiker? Nein. Auch das bedeutet – ich zitiere wieder den „Gränzböten“ –:

Ich kann mir durchaus vorstellen, den neuen Studiengang für junge Manager der Medizintechnik-Branche in Tuttlingen ebenso zu einer Fachhochschule auszubauen wie die Verbindung der Musikhochschule Trossingen zur FH Furtwangen in Sachen Elektronik zu stärken.

(Abg. Drexler SPD: Elektronische Mundharmonika!)

Also auch da eigentlich reine Wahlkreispolitik.

Das einzige inhaltliche Signal, das er schon in einem Interview gegeben hat, man müsse das Gemeindefinanzgesetz ändern, zeigt doch: Er plant einen Angriff auf die Daseinsvorsorge der Kommunen. Das ist offensichtlich die erste Linie, die hier begonnen wird. Ich kann mir allerdings schlecht vorstellen, dass die CDU dabei mitmachen wird, unseren gebeutelten Kommunen jetzt auch noch die Daseinsvorsorge zu entziehen. Das ist völlig absurd.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Machen Sie sich keine Sorgen!)

Das ist das eine: die Minister. Das ist der Druck von außen.

Das Zweite ist, dass Teufel auf dem Parteitag ein schlechtes Ergebnis bekommen hat. Wir haben seither eine ungelöste Personaldebatte im Land. Die Nachfolger: Schavan bleibt völlig in der Deckung; Oettinger hält sich

(Abg. Drexler SPD: Zurück!)

halb bedeckt, geht halb aus der Deckung.

(Abg. Drexler SPD: Geht aus dem Plenarsaal!)

Es wird beobachtet, es wird abgewartet. Jeder versucht, keine Fehler zu machen. Es gibt riesige Spekulationen, und das Land befindet sich in einem Schwebestadium. Alle spekulieren. Einige von Ihnen sollen ja schon Halsweh haben, weil sie Tag und Nacht das Fenster offen lassen, um den Ruf, der vielleicht aus der Villa Reitzenstein kommt, nicht zu überhören.

(Abg. Drexler SPD: Kurzfristig! – Unruhe bei der CDU)

Das alles ist vielleicht sehr günstig für die Opposition, aber sicher nicht günstig für das Land. Die ungeklärte Führungsfrage hält die Landespolitik in einem Schwebestadium. Fraktionen und Minister bleiben in der Defensive. Das Staatsministerium zieht in dieser Situation immer mehr an sich.

Jetzt, wo eine Kabinettsbildung ansteht, wird noch nicht einmal ernsthaft über eine Verkleinerung des Kabinetts und eine Strukturreform des Kabinetts nachgedacht.

(Abg. Kübler CDU: Wer weiß es? – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Entwicklung der Dinge ist also durch den Rücktritt von Ministern in Gang gesetzt worden. Die CDU hat bei den Wahlen vor über zwei Wochen einen Schuss vor den Bug erhalten.

Was wäre angemessen und notwendig? Angemessen und notwendig wäre, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich jetzt in dieser Situation erklären, das Heft des Handelns in die Hand nehmen und sagen: Machen Sie weiter oder nicht?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Machen Sie bis zum Ende der Legislaturperiode weiter oder nicht?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Karten auf den Tisch!)

Wenn Sie weitermachen, dann macht diese Kabinettsbildung natürlich einen Sinn. Dann kommt es vielleicht zu Machtkämpfen in der CDU, weil sie vielleicht nicht mehr will, dass Sie weitermachen. Aber eine große Kabinettsbildung macht zusammen mit einer Kabinettsreform natürlich dann einen Sinn, wenn Sie erklären, dass Sie bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Amt bleiben.

Kommt es allerdings anders – was ja viele vermuten und spekulieren –, dann ist das ganze Verfahren an Unsinnigkeit nicht mehr zu überbieten. Dem Nachfolger ein halbes Jahr, bevor er Spitzenkandidat wird, ein neues Kabinett vor die Nase zu setzen, ist geradezu absurd.

Das heißt, die ganze Reihenfolge

(Abg. Drexler SPD: Ist falsch! Stimmt nicht!)

stimmt überhaupt nicht. Der Wechsel an der Spitze der Regierung macht doch nur dann einen Sinn, wenn der Nachfolger auch neue Akzente setzt. Wenn er das nicht tut und alles gleich bleibt, dann gibt es doch gar keinen Grund dafür, dass Sie zurücktreten. Wegen Ihres physiologischen Alters müssen Sie gewiss nicht zurücktreten; Sie sind ja ein gesunder und fitter Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde, die Altersdiskussion ist eine völlig absurde Diskussion.

Wenn ein Übergang Sinn macht, dann doch, wenn in der Zukunft neue Akzente gesetzt werden sollen und auch gesetzt werden müssen. Das ist das ganze Problem auf den

(Kretschmann)

Punkt gebracht. Deswegen befindet sich das Land in der Defensive und in einer Lähmung. Hier passiert nichts außer taktischem Geplänkel.

Wir sehen, dass die Ziele, die Sie in der Koalitionsvereinbarung selbst benannt haben, bis jetzt – wir sind bereits über die Mitte der Legislaturperiode hinaus – nicht erfüllt sind. Sehen wir nur die Haushaltspolitik an: Ihr Ziel war, bis zum Jahre 2006 Haushalte ohne Neuverschuldung hinzubekommen. Davon sind wir weiter entfernt als je zuvor. Wir haben 3 000 € Schulden pro Einwohner. Das ist doppelt so viel wie die Schulden pro Einwohner in Bayern. Zusätzlich haben wir eine Kreditaufnahme von 2,1 Milliarden €. Damit können wir gerade die Zinsen für die alten Schulden bezahlen – und das bei unserer demografischen Entwicklung, bei der wir diese Schulden in Zukunft auf schwächere Schultern laden. Das ist das pure Gegenteil dessen, was Sie angekündigt haben – dazu garniert mit genialen Vorschlägen wie beispielsweise der Abschaffung der Ökosteuer. Das kann ja nur heißen: Entweder steigen die Lohnnebenkosten weiter, oder Sie müssen die Renten weiter senken. Das, was Sie auf diesem Gebiet schon geschrieben haben, ist völlig absurd.

Kommen wir zum nächsten Punkt: Kinder und Familie. In Baden-Württemberg wird am wenigsten für die Kinderbetreuung getan. Es gibt die wenigsten Ganztagsangebote für Kinder bis zum Alter von drei Jahren. Kinderkrippen sind nur zur Hälfte ganztägig geöffnet. Im Gegensatz zum Bund sind die Zahlen in Baden-Württemberg ganz miserabel. Über das Landeserziehungsgeld, eine Fehlallokation, wurde hier schon lange diskutiert, weil es von einem überholten Familienbild ausgeht und der gewandelten Situation nicht mehr entspricht. Das Gebot der Stunde wäre, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hier müssen neue und kräftige Akzente gesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der Bildung gilt dasselbe. Ganztagschulen gibt es nur durch den goldenen Zügel des Bundes.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Dadurch ist in diesen Bereich Dynamik gekommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh Gott, oh Gott!)

Die Selbstständigkeit der Schulen ist nicht der Kern eines Bildungsprogramms, sondern randständig geblieben. Bei den Hochschulen wird die Selbstständigkeit wieder zurückgefahren und wird der Zügel wieder kürzer gemacht.

Der unausweichliche Sparkurs wird nicht so praktiziert, dass wir den Bereich Bildung möglichst davon ausnehmen, sondern auch bei Bildung, Forschung und Entwicklung sind 120 Millionen € eingespart worden – ein fatales Signal! Herr Pfister, zu Ihrem neuen Projekt, Wissenschaft und Wirtschaft besser zu verbinden: Ich habe nicht erkennen können, dass Sie in Ihrer Zeit als Fraktionsvorsitzender gegen diese Kürzungen aufgestanden wären.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Soll ich jetzt aufstehen?)

Bei der Umweltpolitik ist es ganz miserabel. Nehmen wir den Klimaschutz: Wir sind meilenweit entfernt von einem nachhaltigen Baden-Württemberg. 77 Millionen Tonnen CO₂ hatten wir im Jahr 2000. Diese Menge sollte auf 70 Millionen Tonnen gesenkt werden. Wir sind immer noch bei genau der gleichen Menge von 77 Millionen Tonnen.

Der Flächenverbrauch steigt weiter rapide an. Und der Ministerpräsident hält es auch noch für einen guten Indikator, dass es in der Wirtschaft brummt. Also völlige Verkenning dessen, was auf der Agenda steht.

Die Laufzeit der Atomkraftwerke soll einfach nur verlängert werden. Es ist doch das Ende einer modernen Wirtschaftspolitik, wenn Sie auf die Verlängerung bestehender Industrien setzen, anstatt in neue Zukunftstechnologien zu gehen, die unser Land voranbringen und Arbeitsplätze schaffen könnten.

(Beifall bei den Grünen)

Stattdessen wird ein abstruser Kampf gegen die Windkraft vom Ministerpräsidenten persönlich angeführt.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben einen gestörten Ökologiebegriff!)

Das, was man einmal gemeinsam erreicht hat – und wir können gemeinsam etwas erreichen –, beispielsweise die Große Wasserkraft ins EEG hineinzubringen, indem man hier über die Bande gespielt hat, wird dann noch entgegen einem einstimmigen Votum des Parlaments von der Regierung im Bundesrat blockiert. Das ist doch an Unsinnigkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Das stimmt doch nicht!)

Ich glaube also: Wer die Überschriften der Koalitionsvereinbarung anschaut und heute daraufhin überprüft, ob sie eingelöst sind, muss sagen: Versprochen – gebrochen!

Herr Teufel, nehmen Sie das Heft in die Hand! Ziehen Sie sich jetzt – das tun Sie ja gerne – drei Tage nach Spaichingen zurück und entscheiden Sie, was Sie tun möchten! Sagen Sie das dann dem Land! Die Situation ist aufgrund der äußeren Umstände, die sich ergeben haben, jetzt genau richtig. Schluss mit dem Schwebezustand, in dem sich das Land befindet! Klare Entscheidungen, klare Verhältnisse fangen bei einem klaren Personaltableau an. Alle im Land, die Regierungskoalition, die Opposition, können sich dann darauf einstellen, wie es weitergeht, wie sie sich positionieren sollen, was die wichtigsten Akzente sind, ob sich etwas ändert oder ob alles so bleibt. Das ist entscheidend wichtig für das Land und für seine Bevölkerung. Das ist insbesondere das, worum es mir geht.

Hier geht es jetzt nicht um irgendwelche taktischen Spielchen – im Prinzip ist es nämlich eigentlich Ihre Angelegenheit, wen Sie als künftigen Ministerpräsidenten wollen –, sondern der Schwebezustand, den wir hier jetzt monatelang haben, der noch einmal verschärft wurde und in dem jetzt kein klares Personaltableau auf dem Tisch liegt – Herr Oettinger versucht immer wieder zu bremsen, den Ministerprä-

(Kretschmann)

sidenten zu warnen, eine große Kabinettsumbildung zu machen; das ist ja auch verständlich, wenn er selber Nachfolgeambitionen hat –, betrifft Fragen, die geklärt werden müssen. Diese Fragen können nur Sie klären. Dann sind der Schwebezustand und die Hängepartie zu Ende, dann können sich das Land und seine Institutionen klar aufstellen und hier Vorschläge machen, auch neue Bündnisoptionen seriös prüfen und ausloten, ob da überhaupt Schnittmengen bestehen. Das ist das, was wir haben wollen, was wir machen wollen. Dann wird es mit diesem Land vorangehen, dann entsteht hier eine Aufbruchstimmung,

(Unruhe)

die dazu führt, dass die Menschen wieder Mut fassen, dass sie einsehen, dass Reformen angegangen werden müssen und dass sie sich selber daran beteiligen können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Blenke CDU:
Schwacher Auftritt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre es gut gewesen, wenn jetzt Herr Kollege Oettinger das Wort ergriffen hätte. Deswegen werde ich es in der ersten Runde auch kurz machen.

Herr Kollege Kretschmann hat natürlich Recht, Herr Ministerpräsident: Wie Sie es angelegt haben, trägt alles nur zur Verwirrung bei. Sie machen jetzt nicht nur eine Regierungsumbildung – auf drei oder vier Positionen; wir wissen es nicht; die CDU-Fraktion weiß es ja auch nicht –, sondern Sie haben auch noch ein Papier unter dem Motto „Aktion 2004 – Es ist Zeit zum Handeln“ vorgelegt, eine Art Regierungserklärung für die restliche Zeit der Legislaturperiode. Darüber werden wir sicherlich heute, aber auch am 14. Juli diskutieren. Unserer Meinung nach tauchen in diesem so genannten Regierungsprogramm abstruse Ideen auf. Es wäre doch eigentlich im Ablauf vernünftig gewesen, Sie hätten sich entschieden, was Sie machen wollen, und dann hätte es eine Regierungsumbildung gegeben, die Sie, wenn Sie bis 2006 weitermachen wollen, entscheidend beeinflusst hätten.

Mich interessiert ja: Was sagen Sie eigentlich Menschen, die Sie in die Regierung holen wollen? Die werden doch als Erstes fragen: Wie lange bin ich dann noch Minister? Bei FDP/DVP-Ministern ist es vielleicht anders.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jeder ist auf Zeit gewählt! – Zurufe von der CDU)

Die sind vielleicht noch bis 2006 im Amt. Aber im Grunde genommen ist doch die Frage: Bin ich es noch bis Januar 2005 oder bis 2006? Das ist doch zumindest die Frage. Insofern befürchten wir, dass die Regierungsumbildung von der Qualität her genauso ausfallen wird, nämlich dass nichts Gescheites nachfolgen wird, weil Sie im Grunde genommen den Menschen auch nicht sagen können, wie lange sie im Amt sein werden. Genau das wird der Fall sein.

Was Sie nicht machen, was Sie aber machen müssten, ist Folgendes. Ich habe ja noch Verständnis dafür, Herr Minis-

terpräsident, wenn Sie sagen, in der Mitte der Legislaturperiode spare man keine Ministerien ein. Dafür habe ich ja noch Verständnis. Aber wenn Sie eine Regierungsumbildung auf zwei oder drei Ministerposten machen, dann kann man doch darüber verhandeln, warum eine Verwaltungsreform mit einer Effizienzrendite von 20 % allen Ebenen zugemutet wird, aber der Regierung nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann
GRÜNE)

Das ist die Frage. Man muss auch bei sich selber anfangen zu sparen.

Die Bedeutung der Ministerien nimmt doch nicht zu, die Bedeutung der Ministerien nimmt doch ab. Dass die Aufgaben auf so viele Ministerien verteilt sind, zeigt doch, dass die Ministerien überhaupt nichts zu sagen haben. Ein Landwirtschaftsministerium kann man doch sehr gut aufteilen. Den Teil der Wirtschaft in diesem Landwirtschaftsministerium verlagert man zum Wirtschaftsministerium – das sagen übrigens die Landwirte selber – und das, was mit Umweltschutz zu tun hat – –

(Zurufe von der CDU)

– Ja, natürlich! Reden Sie doch einmal mit Ihren Landwirten!

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

– Da sieht man einmal, wie weit Sie schon von der Landwirtschaft weg sind!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann
GRÜNE – Lebhaftige Unruhe bei der CDU)

– Ja, ist klar. Man kann es andersherum machen: Sie verstehen nur etwas von Landwirtschaft. Das zeigt sich auch in der Landespolitik. So kann man es natürlich auch sagen.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

– Es ist ja schön, dass Sie sich so aufregen.

(Glocke des Präsidenten)

Machen Sie ruhig weiter! Ich habe genügend Zeit. Wollen Sie noch etwas sagen oder nur Zwischenrufe machen?

Also das Landwirtschaftsministerium aufteilen: einen Teil in das Wirtschaftsministerium und den anderen Teil in das Umweltministerium.

Das Wissenschaftsministerium kann man doch mit dem Kultusministerium zusammenlegen. Das machen andere Länder auch. Was haben Sie denn dagegen?

(Zurufe von der CDU)

So könnte man das jetzt machen und ein deutliches Signal geben.

Nur dort, wo es Sie selbst nicht betrifft, wird reformiert. Man hat es ja beim Ministergesetz gesehen. Der Ministerpräsident mutet der Bevölkerung zu, bis zum Alter von 65 oder 67 Jahren zu arbeiten. Aber Sie sind nicht in der Lage,

(Drexler)

dies im eigenen Ministergesetz zu verankern. Da wird die Pfändewirtschaft aufrechterhalten. Das ist die Politik in der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Was habe ich auf dem Dreikönigstag von der FDP gehört? „Der Reformmotor FDP will weniger Ministerien“ – wörtliches Zitat, so beschlossen. Wir werden heute einmal aufpassen, wie Sie abstimmen. Denn heute bestünde die Möglichkeit, dem Ministerpräsidenten vorzugeben, die Zahl der Regierungsmitglieder zu reduzieren.

Herr Kollege Noll, recht herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Sie werden jetzt natürlich vor der Schwierigkeit stehen, dass Sie immer wieder gegen Forderungen der FDP, mit denen Sie konfrontiert werden, stimmen werden – es sei denn, Sie erheben einmal die liberale Stimme und führen Ihre Fraktion einmal zu einer liberalen Denkweise. Dann müssten Sie ab und zu anders abstimmen als in den vergangenen zweieinhalb Jahren. Das gilt zum Beispiel jetzt bei der Frage der Reduzierung der Zahl der Ministerien.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich nehme einmal das Kapitel „Verantwortung stärken – Bürokratie abbauen“ aus dem Positionspapier des Herrn Ministerpräsidenten zur Hand. Warum machen Sie das eigentlich nicht? In Ihrer neuen „Regierungserklärung“ 2004 steht: „Es ist Zeit zum Handeln.“ Machen Sie doch Ihre Gesetze mit Verfallsdatum! Das fordern Sie doch immer von Berlin. Das können Sie jetzt alles machen.

Integration vor Zuwanderung: Was haben Sie da gemacht? Sie blockieren seit fünf Jahren – seit fünf Jahren! – eine Einigung in der Zuwanderungsfrage. Jetzt haben wir die Einigung. Sie haben eine eigene Zukunftskommission mit der Industrie eingerichtet. Das Konzept haben Sie gleich wieder in der Schublade verschwinden lassen. In dem Konzept steht wörtlich: „Baden-Württemberg braucht pro Jahr 25 000 Zuwanderer.“ Sie setzen das überhaupt nicht um.

Die gesamten Leistungen für die Integration von Ausländern hat die Landesregierung gestrichen, auf null gefahren. Sie sind mit der Integrationspolitik in Baden-Württemberg eigentlich gescheitert.

Gestern ist ein neues Gutachten von Herrn Professor Dr. Reimer Kornmann herausgekommen. Er untersucht seit den Achtzigerjahren die Frage: Wie werden Ausländerkinder in der Gesellschaft integriert? Wer dieses Gutachten liest, stellt fest, dass Baden-Württemberg in der Ausländerdiskriminierung bundesweit führend ist.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Sie haben es ja nicht gelesen. Deswegen brauchen Sie nicht zu lachen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Sie kennen das Gutachten überhaupt nicht.

(Abg. Fleischer CDU: Die Aussage ist bereits lächerlich! – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Er ist an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und macht diese – –

(Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Es ist ja schön, wie Sie mit dem wissenschaftlichen Potenzial in diesem Land umgehen. Ich habe gedacht, wir wollen die Experten alle bei uns haben.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

In dem Moment aber, in dem wir sie zitieren, werden sie von demjenigen, der bei Ihnen für die Landwirtschaft spricht, niedergemacht. Das sind doch Sie, Herr Landrat, oder?

(Beifall bei der SPD)

Ich lese Ihnen das jetzt einmal vor, damit Ihnen deutlich wird, was Ihre Schulpolitik anrichtet. Der Herr Ministerpräsident hat dauernd das Wort Integration im Mund geführt und betont, Integration sei das Wichtigste.

(Abg. Dr. Birk CDU: Thema verfehlt!)

Was sagt der Professor?

Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Besonders herausragend, und das von Beginn der Untersuchungsreihe an, ist Baden-Württemberg. Mit einem „Relativen-Risiko-Index“ von 3,41 . . . für das Jahr 2002 ist Baden-Württemberg mit erheblichem Abstand das Land mit der gravierendsten Diskriminierung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Dieser Wert besagt, dass hier Ausländerkinder ein fast dreieinhalbmal höheres Risiko haben, auf die Sonderschule für Lernbehinderte zu kommen, als deutsche Kinder in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Das ist der höchste Wert aller Bundesländer – der höchste Wert! Kümmern Sie sich doch einmal darum, Herr Ministerpräsident, dass dies aufhört, wenn wir in der Landespolitik von Integration reden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Kretschmann hat schon etwas zum Thema Gleichstellung und zur Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesagt. Null! Diese Landesregierung hat immer noch nicht kapiert, dass die Frauen beides wollen. Sie wollen Beruf und Familie, Beruf und Kinder. Das ist in diesem Land Baden-Württemberg bei dem vorhandenen Angebot an Betreuungseinrichtungen fast unmöglich. Schauen Sie sich die Situation einmal an! Sie sind weit weg von dem Bewusstsein und dem Lebensgefühl der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger.

Nächstes Problem: Energie. Sie machen die Energielandschaft systematisch zur Wüste. Sie haben bis heute noch nicht einmal einen Nachfolgestandort für zukünftige Kraftwerke herausgesucht, obwohl wir Kernkraftwerke stilllegen. Null, nichts! Sie schimpfen zwar auf Berlin, aber bei Ihrer eigenen Politik kümmern Sie sich nicht darum.

(Drexler)

Nächstes Problem: Erneuerbare-Energien-Gesetz. Auch hierzu hat Herr Kretschmann einiges gesagt.

Ich erwähne als Nächstes noch die innere Sicherheit, das Antiterrorgesetz. Sie haben ein Antiterrorprogramm gemacht. Sie haben die Stellen alle zusammengestrichen. Obwohl die Terrorgefahr in Baden-Württemberg gleich hoch ist wie in anderen Bundesländern, wissen wir bis heute nicht, ob die 51 Stellen beibehalten werden.

Sie fahren die Zahl der Anwärter bei der Polizei, die pro Jahr eingestellt werden, auf 80 zurück. Früher hatten wir im Schnitt 400 bis 500 Anwärterstellen. Das heißt, bei der Polizei wird dramatisch reduziert, weil zu wenige Anwärter ausgebildet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Sie streichen 730 Stellen bei der Polizei im Nichtvollzugsdienst. Das heißt, Polizisten müssen wieder von der Straße weg und selber Bürodienst machen. Ein absoluter Unsinn! Das ist Ihre Politik der inneren Sicherheit, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Darum müssten Sie sich eigentlich kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Nach wie vor wird in Ihrem Programm das Kirchhof-Modell von Ihnen als großes Steuerreformmodell gefeiert. Wir hatten hier eine Debatte geführt, bei der überhaupt niemand mehr das Kirchhof-Modell verteidigt hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht mal der Herr Oettinger! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nicht mal der Herr Ministerpräsident!)

Bei diesem Modell gäbe es Einnahmeausfälle von 93 Milliarden € in drei Jahren. Vorgesehen ist darin ein Spitzensteuersatz von 25 %. Die kleinen Leute, der Polizeibeamte und die Oberschwester, bezahlen dies mit der Streichung von Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschlägen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

– Das haben Ihre eigenen Steuerbeamten zusammen mit dem Bund festgestellt. Ihre eigene Steuerverwaltung hat das festgestellt. Nicht einmal der Herr Finanzminister hat in der Debatte das Kirchhof-Modell verteidigt, weil kein Bundesland eine solche Reform überstehen würde. Auch das reiche Bundesland Baden-Württemberg würde die Realisierung des Kirchhof-Modells nicht überstehen. Dennoch setzen Sie noch auf das Kirchhof-Modell.

Also, Herr Ministerpräsident: Kommen Sie, bevor wir über Inhalte reden, hier nach vorn, und erzählen Sie, ob Sie weitermachen und eine Regierungsumbildung bis 2006 machen wollen oder ob Sie eine Regierungsumbildung für sechs Monate machen wollen, nach denen die CDU dann jemand anderen zum Ministerpräsidenten wählt.

Schon der Schwachsinn – muss ich einmal sagen –, dass in der Öffentlichkeit spekuliert wird, dass Oberbürgermeister Schuster

(Lachen bei der SPD)

in die Regierung geholt wird – –

(Abg. Scheuermann CDU: Sind wir dafür verantwortlich?)

– Das ist aus Ihren Reihen gekommen.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Unglaublich! – Abg. Blenke CDU: Haben Sie das gesteuert?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Idee kann ich ja verstehen. Herrn Schuster herauszunehmen und ihn vor einer großen Blamage zu retten, ist wohl eine gute Idee.

(Beifall bei der SPD)

Damit bekäme er Herrn Palmer los, weil er Kandidat für die OB-Wahl in Stuttgart würde, und er bekäme einen Innenminister Schuster, der nichts sagt, weil er nichts mitbekommt. Das wäre doch das Beste, was der Ministerpräsident an Ministern haben könnte.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist fast schon rührend, zu sehen, Kollege Kretschmann und Kollege Drexler, wie Sie sich unseren Kopf zerbrechen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Bravo! – Abg. Drexler SPD: Unseren Kopf! Der Ministerpräsident ist Staatsaufgabe!)

Wir nehmen diese Form der Politikberatung zur Kenntnis. Allein sie ist untauglich und hilft uns nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wenn man unter moderner Politik versteht, Erfolg im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands und Europas zu erzielen, einen guten Platz bei allen Fragen zu erreichen, die dem Bürger wichtig sind,

(Abg. Göschel SPD: Bei der Integration!)

dann sind wir gerne bereit, bewerten zu lassen, ob unsere Politik modern und erfolgreich ist. Übrigens: Die Jury dafür, das Schiedsgericht, sind nicht Sie,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Der Wähler!)

das ist der Wähler, die Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Keine Differenzen! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Da wachsen auch bei uns – Stichwort Kommunalwahl, Europawahl und Landtagswahl in Thüringen –

(Abg. Drexler SPD: Warum Thüringen?)

(Oettinger)

die Bäume nicht in den Himmel. Die Grünen können hier zufrieden sein, aber wenn der Kollege Drexler seit dem 13. Juni einen Schub nach vorne verspürt,

(Lachen bei der CDU)

dann sage ich nur: Weiter so, Kollege!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Schauen wir einmal auf die wesentlichen Faktoren, für die die Landespolitik, die Landesregierung, der Ministerpräsident und die die Regierung tragenden Fraktionen verantwortlich sind.

(Abg. Drexler SPD: Die kommen erst nachher!)

Erstens: die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt. Ich stelle fest, wir haben die besten Betriebe, die erfolgreichsten Konzerne, einen tragfähigen Mittelstand

(Abg. Schmiedel SPD: Alles erst seit dieser Wahlperiode, oder wie?)

und die geringste Zahl an Arbeitslosen. Zumindest macht die Politik in Baden-Württemberg weniger falsch

(Abg. Drexler SPD: Sie macht gar nichts!)

als in den Ländern, in denen die Partei regiert, der Sie angehören, Kollege Schmiedel.

(Abg. Drexler SPD: Sie macht gar nichts!)

Deshalb liegt Baden-Württemberg auf dem Arbeitsmarkt gegenüber allen anderen deutschen Regionen weit vorne.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Die Sicherheitsbilanz von Thomas Schäuble spricht für ihn, für uns und für sich.

Drittens: das Bildungswesen. Wir haben weitere Reformen in den Bereichen Schule und Hochschule vor uns, aber im Ländervergleich sind wir mit unseren Bildungsangeboten gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Viertens: Die Staatsverschuldung ist die größte Baustelle, die vor uns liegt, aber auch hier ist die Ausgangslage Platz 2/Platz 3 – wir liegen mit Sachsen hinter Bayern –, sodass wir in Baden-Württemberg die Chance haben, eine Verringerung der Schuldenaufnahme oder gar eine Nullneuerschuldung nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern in absehbarer Zeit, mittelfristig zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Fünftens: Wir bauen bei uns in der Verwaltung die Zahl der Stellen und der Behörden ab, wir bauen unsere Verwaltung um, wir sparen bei uns selbst.

Sechstens: In der Tat werden wir in den nächsten Jahren deutlich mehr Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen be-

nötigen. Dies ist für uns überhaupt keine Frage der Ideologie. Wir bauen diese Dienstleistung für Familien, Frauen, Männer und Kinder in Baden-Württemberg vielmehr im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten deutlich aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Siebte: Ein Schwerpunkt der nächsten Monate wird die Energiepolitik in Baden-Württemberg sein. Hier bieten wir Ihnen, Kollege Kretschmann, Folgendes ausdrücklich an: Wenn Sie bereit wären, zuzustimmen, dass in Philippsburg und Neckarwestheim moderne und sichere Kernkraftwerke eine längere Laufzeit bekommen, dann könnte die Energie Baden-Württemberg dadurch weit mehr für die Erforschung und Markteinführung von erneuerbaren Energien tun, als sie derzeit tut. Dies wäre der richtige Pakt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt haben wir eigentlich finanziell nur ein Problem: Baden-Württemberg ist so modern und andere Länder sind so viel weniger modern, dass Baden-Württemberg jedes Jahr 1,5 bis 2 Milliarden € über den Finanzausgleich an andere Länder für deren Modernisierung abgeben muss. Dies machen wir, aber dann sind wir mit dem Vorwurf, wir wären unmodern, hier mit Sicherheit nicht einig. Er geht völlig fehl.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die „Wirtschaftswoche“ hat im April einen Städtevergleich angestellt und bundesweit 50 große Städte unter den Gesichtspunkten Wohlstand, Arbeitsmarkt, Standortqualität, Wirtschaftsstruktur, Soziales und Finanzen miteinander verglichen. In der Gesamtwertung der 50 größten Städte in Deutschland belegt Stuttgart Platz 3, Karlsruhe Platz 7, Mannheim Platz 10 und Freiburg Platz 13. Wir arbeiten daran, dass unsere Städte weiter nach vorn kommen, aber die Zwischenbilanz in Baden-Württemberg mit einer durch CDU und FDP/DVP gestalteten Politik ist denkbar gut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies wissen die Menschen, und deswegen kommen sie zu uns. Keiner zieht freiwillig weg, und viele wollen hierher kommen. Viele wollen aus dem Ausland zu uns, aber wir haben auch eine Wanderungsbewegung innerhalb Deutschlands von Nordost nach Südwest. Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst jedes Jahr netto um 50 000 Menschen. Die Menschen wissen, warum sie ihren Umzug hierher organisieren. Die Menschen wollen nach Baden-Württemberg, gerade weil hier CDU und FDP/DVP für gute Politik verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Aber deswegen sicherlich nicht! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Kollege Drexler schlägt eine Verringerung der Zahl der Ministerien vor. Über diesen Beitrag kann und muss man

(Oettinger)

ernsthaft diskutieren. Denn Verwaltung und Parlament müssen so schlank sein, wie es die Aufgaben erfordern und es die Demokratie notwendig macht.

Zum Vorschlag der Zusammenlegung der Bereiche Wissenschaft und Schule, der Zusammenlegung des Kultusministeriums und des Wissenschaftsministeriums: Also, wenn es zwei Kernkompetenzen der Länder gibt und wenn es im Rahmen des Föderalismus eine weitere Alleinkompetenz der Länder geben muss, dann doch wohl bei den Themen Bildung, Schule, Forschung und Hochschule. Deswegen sind diese beiden Ressorts zeitgemäß und notwendig. Mit diesen beiden Ressorts sind wir, glaube ich, genau richtig aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies zeigt sich auch im Ländervergleich. Es gibt Länder, die nur ein Bildungsministerium haben, als da sind: Bremen,

(Abg. Schmiedel SPD: Die Stadtstaaten eben!)

das Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Alle großen Flächenländer, alle Länder mit einer breiten, qualifizierten Bildungsinfrastruktur, alle Länder mit vielen Hochschulen haben zwei Ministerien. Dies weiß Herr Steinbrück, dies wissen die anderen Regierungschefs, dies weiß Herr Beck – nur Sie wissen es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Doch, wir wissen es auch!)

Deswegen ist meine Bitte: Sprechen Sie im Kollegenkreis, im Parteivorstand mit Kollegen aus anderen Flächenländern; dann werden auch Sie erfahren, dass es richtig ist, ein Wissenschaftsministerium und ein Kultusministerium zu haben. Wir bleiben dabei. Dies gilt für die nächsten Jahre. Hier ist die Koalition modern aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Zum Ministerium für den ländlichen Raum: Wir erleben doch weltweit und auch in Deutschland, dass es eine Tendenz in die Ballungsräume und in die großen Städte gibt und dass der ländliche Raum Strukturförderung benötigt, wenn er attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben soll.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das hat sicherlich mit dem Straßennetz und dem Schienennetz zu tun – da tragen wir auch Verantwortung –, das hat sicherlich mit der Bildungsinfrastruktur zu tun, aber das hat auch damit zu tun, ob es ein spezielles Ministerium für den ländlichen Raum gibt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen glauben wir, dass zum einen der gebeutelte Berufsstand der Landwirte ein Ministerium braucht, dass zum Zweiten die Lobbyarbeit für die Agrarwirtschaft in Berlin und Brüssel ein Ministerium notwendig macht,

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

und wir glauben auch, dass Handwerk, Mittelstand und Arbeitnehmerschaft sowie unsere kleinen Gemeinden und Kreise im ländlichen Raum darauf bauen, dass es weiter ein Ministerium für die strukturelle Entwicklung, für gleichwertige Lebenschancen in Baden-Württemberg gibt. Dies haben wir in den letzten Jahrzehnten erreicht, und daran arbeiten wir auch in Zukunft. Es bleibt dabei: Dieses Ministerium ist zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU)

Man kann es sich im Grunde genommen nur so erklären: Wenn man eben wie Sie in Biberach nur 10 % der Stimmen bekommt

(Abg. Zimmermann CDU: 11!)

– 11, Entschuldigung –,

(Heiterkeit – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was, so gut?)

wenn die Sozialdemokraten eben im Kreis Biberach bei 11 % angelangt sind,

(Abg. Wintruff SPD: Bei der Kommunalwahl hat die SPD in Lörrach zugelegt!)

wenn man wie die Grünen – Respekt! – in den Hochschulstädten und in Großstädten, aber nicht im ländlichen Raum Abgeordnete hat – weswegen der Kollege Kretschmann ja die Flucht in den Ballungsraum angetreten hat, damit er in den Landtag kommt –,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ach, so ist das!)

wenn man also weiß, dass rote und grüne Kandidaten in Biberach und Sigmaringen, im Hohenlohischen, im Hochschwarzwald keine Chance haben, dann kann man verstehen, dass man diese Strukturarbeit nicht kennt.

(Abg. Stickelberger SPD: Bei mir gibt es keine Schwarzen!)

Auch hier gilt: Weiterbildung tut Ihnen gut. Das Ministerium ist zeitgemäß.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Also totale Reduzierung!)

Und jetzt, Kollege Drexler, komme ich zu den 20 %. Die haben wir hinter uns.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Wir haben bei den Ministerien zuallererst verschlankt.

(Abg. Drexler SPD: Dann brauchen Sie auch keine Minister mehr!)

Ich erinnere an die Zeit der großen Koalition, als es auch schon einen Abg. Drexler gegeben hat. In der großen Koali-

(Oettinger)

tion gab es neben dem Staatsministerium elf Ministerien, fünf von der SPD besetzt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Landwirtschaft!)

1996 haben wir mit der FDP/DVP verhandelt. Im Koalitionsvertrag – ich erinnere daran – steht wörtlich:

Die Koalitionspartner

– CDU und FDP/DVP –

vereinbaren,

– damals, 1996, lange vor den 20 %, die die Verwaltungsreform vorsieht –

die Zahl der Ministerien von derzeit elf

– fünf davon waren durch die SPD besetzt –

um zwei

– das sind fast 20 % –

auf neun zu verringern.

Dies haben wir bis heute gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP, auf die Opposition zeigend:
Das vergessen die immer!)

Wir haben heute neun Ministerien und nicht mehr elf. Deswegen haben wir hier, glaube ich, die notwendige Einsparung hinter uns und nicht vor uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber zu all den Fragen sage ich in Demut, auch an uns gerichtet: Entscheiden soll der Bürger, entscheiden soll die Einwohnerschaft, entscheiden sollen die Wählerinnen und Wähler – spätestens 2006.

(Abg. Drexler SPD: Die entscheiden doch bei der Verwaltungsreform auch nicht!)

Da kann ich nur sagen: Dann wird sich zeigen, was moderne Politik ist. Da ist mir um die Bestätigung, um einen neuen Auftrag für weitere fünf Jahre Regierungsverantwortung des bürgerlichen Lagers in Baden-Württemberg überhaupt nicht bang. Da ist mir Ihr Pfeifen im Walde jetzt schon längst bekannt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen vielleicht nur ein Zitat ohne nähere Erläuterung.

Artikel 43 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung lautet wie folgt – das ist nachlesbar, Herr Kollege Drexler –:

Der Landtag kann sich auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder vor Ablauf seiner Wahlperiode durch eigenen Beschluss, der der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder bedarf, selbst auflösen.

Mit uns kann man über alles reden.

(Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll, dem ich zugleich zu seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden herzlich gratuliere.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Entwicklungen, die einen überraschen – solche hat es in den vergangenen Tagen gegeben –, die einen aber nicht unvorbereitet treffen. Ich glaube, gerade die Liberalen haben gezeigt, dass sie vorbereitet sind und vorbereitet waren.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Ich bedanke mich für die guten Wünsche, Herr Präsident. Wir können sie gebrauchen. Ich bedanke mich für die guten Ratschläge, die ich aus jeder Fraktion gern annehme. Einige sind ja öffentlich, in den Medien, aber auch heute an dieser Stelle geäußert worden.

Ich wende mich zunächst einmal an den Antragsteller; das war in diesem Fall die Fraktion GRÜNE. Herr Kretschmann, „eine moderne Politik braucht eine starke Landesregierung“. Ich sage einmal vorab: Wir haben eine starke Landesregierung und werden eine starke Landesregierung haben. Ich hätte mir aber gewünscht, dass Ihr großes Thema, das auch mein Thema sein wird – der Bedeutungsverlust der Legislative gegenüber der Exekutive in der öffentlichen Wahrnehmung –, nicht ausgerechnet in einer solchen Formulierung selbst noch einmal transportiert wird. Denn wer ist letztlich verantwortlich für die Politik hier im Land? Das sind Sie und wir alle, die wir von den Wählerinnen und Wählern gewählt worden sind. Ich bitte, das nicht nur in Sonntagsreden zu fordern, sondern auch einmal zu vermitteln, dass Köpfe in der Exekutive wichtig sind,

(Abg. Teßmer SPD: Selbst anfangen!)

dass Köpfe allein aber nicht Politik bedeuten. Idealerweise sind Köpfe und Inhalte identisch. Das ist in vielen Fällen so. Ich denke aber, es hat wenig Sinn, die Diskussion zu sehr auf das Personal zu reduzieren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich werde – das sehen Sie mir nach – zu dem Genannten trotzdem ein paar Sätze sagen. Sie haben so schön gesagt: Das Haupt ist abgeschlagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Formulierung stammt nicht von uns!)

Nun muss man nicht die Mythologie bemühen, aber ich denke, jeder Schock, jede überraschende, risikoreiche Entwicklung hat auch Chancen.

(Abg. Schmiedel SPD: In jeder Krise liegt eine Chance!)

Die Chancen bringe ich auf den Punkt, wenn ich sage: Wenn Mannschaften im Fußball ganz auf einen Star setzen, können sie sehr erfolgreich sein. Das war die FDP/DVP 1996 mit ihrem Vormann. Es gibt aber auch andere Mann-

(Dr. Noll)

schaften, bei denen die ganze Mannschaft der Star ist. Solche spielen derzeit bei der Fußball-EM in Portugal und sind teilweise ebenfalls sehr erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Besser!)

In diesem Sinne sind die Weichen gut gestellt.

Nun darf ich zu unserem Team kommen. Sie haben versucht, den „Rohrkrepierer“ Ernst Pfister zu vermitteln: Lieber Kollege Kretschmann, liebe andere Kollegen, wir sind gewählt von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Wahlkreise. Es ist scheinheilig, so zu tun, als würde man sich neben der Beschäftigung mit dem ganzen Land nicht auch insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Wahlkreises verpflichtet fühlen. Sie haben eben ein Beispiel aus dem medizintechnischen Bereich genannt. Dass die Kompetenz in diesem Bereich zufällig im Wahlkreis von Ernst Pfister sitzt, muss eine Entscheidung nicht unbedingt falsch erscheinen lassen. Es kann ja wohl nicht sein, dass er bestimmte Dinge in seinem Wahlkreis nicht mehr realisieren kann, weil er Minister ist. Ich finde es schon ein bisschen merkwürdig, was Sie da von sich gegeben haben.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Was Sie ihm zum Thema Gemeindefinanzrecht ankreiden: Da unterscheiden wir uns in der Tat. Man kann Daseinsvorsorge nämlich sehr weit auslegen, kann sie aber auch auf den Kern reduzieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Es nützt überhaupt nichts, über Bürokratie- und Reglementierungsabbau zu reden, wenn man an anderer Stelle den Begriff der Daseinsvorsorge immer mehr ausweitet und das Prinzip der Subsidiarität sträflichst vernachlässigt – so, wie jede und jeder von uns das im Umgang von Gemeinden mit konkurrierenden Betrieben, Handwerksbetrieben, leider immer wieder an konkreten Beispielen belegen kann. Wir sollten das zum Anlass nehmen, einmal über die Konzentration auf das Wesentliche der Daseinsvorsorge nachzudenken. Denn „schlanke Kommune“ bedeutet in den Bereichen, in denen sie Kompetenzen hat, auch „starke Kommune“. Und eben das wollen wir; das wissen Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Zum Thema „weitere Regierungsumbildung“: Sie werden verstehen – Herr Kollege Oettinger hat das sehr gut dargelegt; darum brauche ich es nicht zu wiederholen –,

(Abg. Blenke CDU: Genau!)

dass eine völlige Neustrukturierung – das wissen Sie genauso wie wir – einem künftigen Landtag und seinen gewählten Parteien und Fraktionen vorbehalten bleibt und in einem Koalitionsvertrag ausgehandelt werden muss. Herr Kollege Oettinger hat bereits gesagt, dass wir in der Vergangenheit bewiesen haben, dass wir nicht nur darüber geredet haben, sondern dass wir die Zahl der Ministerien reduziert haben. Eben das unterscheidet uns auch ein Stück weit von Berlin, wo man natürlich sofort nach der Koali-

tionsbildung aufgerüstet hat und den Apparat der Staatssekretäre etc. deutlich ausgeweitet hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Hunderte!)

Da muss man wieder einmal deutlich sagen: „Nicht an Worten, sondern an Taten sollt ihr sie messen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Im Übrigen geben wir das ganz klare Signal: Wenn Aufgaben nach unten delegiert werden, etwa im Hochschulbereich – mehr Autonomie bei den Universitäten –, bei den Schulen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es! – Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

und in anderen Bereichen, von denen ich noch viele beispielhaft aufzählen könnte, dann wird man natürlich darüber nachdenken müssen, wie auch bei den „Häuptlingen“ gespart werden kann und ob die Strukturen noch den Aufgaben angemessen sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Bei den „Rothäuten“!)

Das werden wir aber sicherlich nicht innerhalb dieser Legislaturperiode, sondern zu gegebener Zeit noch einmal miteinander zu besprechen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun zu den Themen, die bereits angesprochen worden sind: Es gibt hier im Landtag Rituale, die ich nicht mehr weiter mitzumachen bereit bin. Das sind diese ausgedehnten Stellvertreterdebatten. Gott sei Dank ist das heute nur an einer Stelle, nämlich von Ihnen, Herr Kollege Kretschmann – obwohl Sie das eigentlich auch immer kritisieren –, eingeführt worden: Steuerpolitik, Kirchhof, Ökosteuer.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Natürlich betrifft das das Land, aber es ist eine bundespolitische Entscheidung.

(Abg. Stickelberger SPD: Sie fangen doch gerade mit Berlin an!)

Da sage ich nur: Sorgen Sie lieber auf bundespolitischer Ebene dafür, dass die Bürger in der ganzen Steuerdiskussion nicht irgendwann das Gefühl bekommen, dass immer nur von Steuersenkungen und von Entlastungen geredet wird, aber andererseits immer noch draufgesattelt wird. Jüngstes Beispiel: Künast: „Mehr Steuern auf ungesunde Lebensmittel“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man muss es doch einmal konkret machen.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch konkret!)

Stellen Sie sich doch einmal den Rattenschwanz an bürokratischen Regelungen vor. Was ist denn ein ungesundes Lebensmittel? Und, und, und – ich will es nur andeuten.

(Dr. Noll)

Aber wir wollen diese Stellvertreterdebatten nicht führen, sondern wir wollen – –

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Ja, es ist eingeführt worden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Abschaffung der Ökosteuer steht im Koalitionsvertrag! – Abg. Drexler SPD: Eben!)

Ich will mich jetzt auf das Land konzentrieren. Da steht für uns gerade dann, wenn man, wie ich es nun tue, eine Verantwortung übernimmt, natürlich vor allem und vor der Klammer das Thema Haushalt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsfragen sind nicht nur deswegen wichtig, weil sie das Königsrecht des Parlaments betreffen, sondern weil sie ein Freiheitsthema sind und zentrale Bedeutung haben. Was meine ich damit? Ich meine damit die Freiheit kommender Generationen. In Sonntagsreden äußern wir – und das tun Sie auch –: Wir dürfen nicht die Gestaltungsfreiheit künftiger Generationen einschränken, indem wir ihnen einen Berg von Schulden hinterlassen. Denn es ist nun einmal so: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Sehr gut!)

Das heißt aber natürlich trotzdem, dass wir uns in dieser Situation – sie ist geschildert worden – im Ländervergleich Ziele setzen müssen. Auch wenn es meiner Meinung nach leider nur ein bescheidenes Ziel ist, das wir erreichen konnten, so sind wir zusammen mit Bayern doch immerhin fast die einzigen Länder, die das bescheidene und für uns selbstverständliche Ziel, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen zu können, erreichen konnten. Ich denke, hier sind wir uns alle einig, und wir werden dieses Ziel auch im kommenden Doppelhaushalt erreichen. Wir werden selbstverständlich das ehrgeizige Ziel mit der Maßgabe, künftige Generationen nicht mit den Schulden von heute und den Steuern von morgen zu belasten, weiterverfolgen. Den Weg, der ursprünglich 2006 sein Ende finden sollte, werden wir mutig und konsequent weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt für mich aber auch, dass wir neben bestimmten Bereichen, die wir schon in der Vergangenheit prioritär behandelt haben, zum Beispiel das Thema innere Sicherheit oder das Thema Bildung – das lässt sich einfach an Haushaltszahlen im Vergleich zu anderen Ressorts nachweisen –, im Haushalt andere Bereiche nachrangig behandeln müssen. Prioritäten verbal zu setzen ist immer einfach, aber wenn man sich vorgenommen hat, keine neuen Schulden zu machen, muss man auch den Mut und die Ehrlichkeit haben, zu sagen, wo andere Belange möglicherweise zurückstehen müssen.

In dieser Diskussion setze ich wie in der Vergangenheit sehr stark auch und gerade auf meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion. Leider wurde das nicht immer so wahrgenommen. In allen Haushaltsberatungen waren wir uns einig, dass es eine Zeit lang wohl nicht ohne den Rasenmäher über alle Ministerien hinweg geht. Wir wissen aber

jetzt, dass das am Ende stehen wird. Jetzt müssen wir wirklich strukturelle Überlegungen anstellen. Das kann nicht jedes Ministerium in gleichem Maß betreffen. Da gibt es unterschiedliche Belange: beim Sozialministerium relativ hohe zwangsläufige Ausgaben und, und, und. Also noch einmal das klare Signal: Auch da werden Schwerpunkte gesetzt, die sich auch im Doppelhaushalt wiederfinden werden. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Da wird die Mannschaft voll hinter ihrem Vorsitzenden stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nächstes Thema: Bildung. Bildung ist auch ein Freiheitsthema. Wer vom Start weg verloren hat, weil er keine Chance hat, hat keine Freiheiten, sich in seiner Lebensplanung zu entwickeln.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Deswegen bin ich sehr dankbar, insbesondere auch Minister Döring und Ernst Pfister, dass sie in der Vergangenheit, wenn wir über Bildung geredet haben, den verengten Blickwinkel auf Gymnasium und Hochschule, die natürlich wichtige Einrichtungen sind, ein Stück weit auch auf den Bereich berufliche Bildung erweitert haben. Wie sehr hat sich Walter Döring in seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister bemüht, mit allen Beteiligten Lösungen zu finden, die sich nicht nur auf Hochbegabte, sondern genauso auf Schwächere, auf theorieschwache junge Menschen in unserem Land beziehen! Und wir waren da sehr erfolgreich. Jüngstes Beispiel ist der Ausbildungspakt, der gerade eben im Land geschlossen wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Auch da gilt: Nicht an Worten, an Taten sollt ihr sie messen.

(Abg. Drexler SPD: Ihr habt ja bloß umgerechnet!)

Als Mittelständler, der selbst ausbildet und immer ausgebildet hat, darf ich Ihnen sagen: Sie haben mit nichts so viel Unruhe in den Mittelstand, in das Handwerk gebracht wie mit Ihrer unseligen Ausbildungsplatzabgabediskussion – wobei Sie dann selbst eingesehen haben, dass dies keinen Wert hat, weil man nicht gegeneinander, sondern nur miteinander das Ziel erreichen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was Sie auf Bundesebene lange nicht geschafft haben, das haben wir auf Landesebene durch das Wirtschaftsministerium geschafft.

(Abg. Drexler SPD: Was? Ihr habt umgerechnet! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Wo kommt das Geld her? – Lachen bei der SPD)

Nächstes Thema: Polizei und Justiz. Da darf ich daran erinnern, dass in der Vergangenheit bei dem Thema Verwaltungsstrukturreform auch in diesem Bereich Umstrukturierungen vorgesehen waren, nämlich die Eingliederung der Polizei. Wenn Sie nicht müde werden, die Bedeutungslosigkeit des Parlaments, insbesondere die der Regierungsfaktionen, zu betonen, darf ich Sie schon einmal daran er-

(Dr. Noll)

innern, dass die Fraktionen gerade an diesem Punkt sehr deutlich ihre Stimme erhoben haben und dass diese Stimme auch gehört worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Übrigens ist das geschehen, weil wir mit den Betroffenen vor Ort geredet haben. Ich erinnere mich an viele Gespräche, die insbesondere unser polizeipolitischer Sprecher, der liebe Kollege Glück, geführt hat und die jeder und jede von uns in seinen bzw. ihren zuständigen Polizeidirektionen geführt hat. Da sind wir wirklich zu der Überzeugung gekommen, dass wir, anders, als es ursprünglich vorgesehen war, von einer Eingliederung in die Landkreise absehen wollen.

Nächstes Thema: Justiz. Innere Sicherheit ist nicht nur ein Thema der Polizei, sondern selbstverständlich auch der Justiz; denn beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Immer wieder habe ich von Polizisten gehört: Es stinkt uns ganz gewaltig, wenn wir Straftäter gefangen haben und diese, weil die Justiz nicht zeitnah agieren kann, wieder laufen lassen müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das sind doch Ausnahmen gewesen! Hören Sie doch auf! Das waren doch Ausnahmen!)

Auch da braucht sich Baden-Württemberg im Ländervergleich nicht zu verstecken, und zwar sowohl, was innere Sicherheit angeht, als auch, was die Justiz – schnelles Recht gleich gutes Recht – betrifft. Da sind wir in Baden-Württemberg mit unserer Ministerin an der Spitze und dem Herrn Innenminister, die verantwortlich dafür zeichnen, glaube ich, wirklich Spitze.

Verehrte Damen und Herren, ich könnte Ihnen aus der Vergangenheit an jeder Person, die ich hier vor mir sitzen sehe – Bürokratieabbau, Frau Fauser; Umwelt und Verkehr –,

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Dafür haben Sie extra eine Stelle geschaffen!)

an jedem, der hier sitzt, klar machen, dass diese Mannschaft die Kompetenz hat, diese von mir gerade geschilderten Prioritäten aus fachlicher Sicht im Gespräch mit den Menschen draußen darzustellen, weil die meisten oder alle von uns wirklich über Bereiche reden, die sie selbst kennen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Es ist unser großer Vorzug, dass wir hier in unseren Reihen Menschen haben, die als Pfarrer, als Oberbürgermeister, als Weingärtner, als Fraktionsvorsitzender im Regionalparlament die Kompetenz haben,

(Abg. Drexler SPD: Was macht er denn jetzt da? Eine Werbeveranstaltung?)

wirklich Lösungen zu finden, die nicht nur schöne Worte bedeuten, sondern denen auch Taten folgen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie keinen vergessen?)

In diesem Sinne dürfen Sie das, lieber Herr Drexler, was Sie mir zum Schluss empfohlen haben – die liberale Stimme sei möglicherweise nicht mehr zu hören –, getrost vergessen.

(Abg. Drexler SPD: Auch in Abstimmungen!)

Sie werden die liberale Stimme sowohl hier im Parlament als auch in den Ausschüssen, als auch im Koalitionsausschuss deutlich vernehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Oettinger, wenn Sie immer mit Wahlergebnissen kommen, dann nehmen Sie doch einmal das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl oder der letzten Bundestagswahl her. Sie haben keinen Bundestagsabgeordneten mehr aus Stuttgart. Stuttgart ist bei der Bundestagswahl CDU-frei gewesen. Aus Karlsruhe haben Sie seit der Landtagswahl keinen einzigen Landtagsabgeordneten mehr von der CDU. Wenn hier also jeder herauskommt und auf seine Stärken verweist, dann wird es ziemlich peinlich.

(Zurufe der Abg. Oettinger CDU sowie Drautz und Hofer FDP/DVP)

Sie müssten hier dann schon auch Ihre eigenen Niederlagen deutlich machen. Deswegen will ich das im Grunde genommen nicht weiter betreiben.

Sie sagen, wir hätten Zuzug. Aber was machen wir denn im Landtag ständig mit dem Wohnungsbau? Ich finde es toll, dass Sie jetzt endlich einmal erkennen, dass wir ein Zuzugsgebiet sind. Wenn 50 000 Menschen kommen, dann brauchen wir halt auch Wohnungen.

(Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir haben in diesem Land teilweise Wohnungsnot, weil dieses Land, nachdem es 1992 noch 25 000 Wohnungen gefördert hatte, im letzten Jahr nur noch gerade einmal 2 500 Wohnungen gefördert hat. Sie haben den staatlich geförderten Wohnungsbau systematisch auf null gefahren, und dies im Zuzugsland Baden-Württemberg – nur um das Thema aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dann höre ich gerade von Ihnen, Herr Kollege Dr. Noll, etwas von Chancengleichheit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Die Chancengleichheit ist ein schönes Thema. Vorhin habe ich etwas aus diesem Bildungsgutachten über die Integrati-

(Drexler)

on vorgelesen. Wir haben unter unseren jungen Leuten 10 %, die überhaupt keinen Schulabschluss bekommen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das macht uns Sorge!)

Nach PISA können in Baden-Württemberg 20 % der 15- bis 16-Jährigen nicht richtig Deutsch, wenn sie von der Schule kommen, oder können das, was sie auf Deutsch lesen, nicht verstehen. Das sind doch unhaltbare Zustände für ein Land wie Baden-Württemberg mit dieser Wirtschaft.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben schon etwas getan!)

Dagegen müssen Sie etwas tun.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben begonnen!)

– Begonnen haben Sie!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mehr als Sie!)

– Ach, hören Sie doch auf. – Wir haben einen Antrag gestellt, dass das in den Kindergärten zur Pflichtaufgabe gemacht wird. Sie machen das gerade einmal freiwillig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und Sie machen gar nichts! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben begonnen! Das ist mehr, als Sie erreicht haben!)

Ich nenne Ihnen jetzt einmal die Zahlen. Wir haben 300 000 Kindergartenkinder. Davon müssen 75 000 Sprachschulungen haben, damit sie mit sechs Jahren überhaupt in die Schule gehen können. Jetzt machen Sie das freiwillig über die Landesstiftung mit 11 000 Teilnehmern, mehr nicht. Das ist eine tolle Leistung! Das will ich Ihnen sagen. Und das in einem der reichsten Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Besser ein Anfang als gar nichts!)

In einem der reichsten Bundesländer machen Sie im Grunde genommen fast nichts.

(Widerspruch bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

8 Millionen € hätte es gekostet, dies zur Pflichtaufgabe zu machen. Dazu waren Sie nicht in der Lage. Stattdessen nehmen Sie 8 Millionen € in die Hand und machen diese Werbung: „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ Das machen Sie.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Bei mir stimmt das sogar!)

Ich sage Ihnen: Die Werbung wird sich irgendwann einmal bewahrheiten, wenn Sie so weitermachen und die Sprachkompetenz nicht in den Kindergärten geben. Dann haben Sie irgendwann einmal den Werbespruch erfüllt, dass wir nicht mehr Deutsch reden können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Alle! – Abg. Alfred Haas CDU: Wiederholen Sie sich doch nicht ständig! – Abg. Wieser CDU: Schreien Sie doch nicht so! Das macht mich fertig!)

– Alle! – Da braucht auch niemand zu klatschen. Sie sollen das hören. Aber Sie haben ja Pfropfen in den Ohren. Wir sagen das schon seit Jahren, aber es ändert sich in diesem Land nichts.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Von wegen moderner Politik!

Jetzt, Herr Kollege, sage ich noch etwas zum Ausbildungspakt. Das war eine unwahrscheinliche Art und Weise: Er geht hier nach vorne, schimpft auf Berlin und feiert den eigenen Ausbildungspakt,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

der gestern abgeschlossen worden ist, als Erfolg. Ohne die Androhung dieses Gesetzes hätte die Wirtschaft nicht 30 000 neue Ausbildungsplätze und 25 000 Praktikantenplätze zugesagt.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie gemacht haben, ist eine normale Umrechnung. Diese 30 000 im Bund zugesagten Ausbildungsstellen haben Sie mit dem üblichen Rechnungsmodus anteilig auf 12,8 Millionen Einwohner umgerechnet, und dann sind Sie auf die 3 800 Ausbildungsplätze gekommen, die die baden-württembergische Wirtschaft jetzt zugesagt hat – nicht zusätzlich, sondern innerhalb des Rahmens der bundesweit 30 000 Ausbildungsplätze.

(Unruhe)

Nur um das einmal klarzustellen: Sie wären gar nicht zu diesen 3 800 gekommen, wenn der Bund nicht 30 000 Ausbildungsplätze vereinbart hätte, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Natürlich, so ist das.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Zum Schluss noch: Das Übelste an der Trickserei, die Sie wieder gemacht haben – gestern zu den Ausbildungsplätzen –, ist, dass Sie der Wirtschaft und der Öffentlichkeit verkauft haben, Sie würden jetzt zusätzlich 300 neue Berufsschullehrer einstellen. Das wurde schon vor einem halben Jahr hier im Landtag abgefeiert. Nichts von „zusätzlich“! Sie haben die 300 Lehrerstellen umetikettiert. Das muss man der Öffentlichkeit auch sagen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hauptsache, sie sind da!)

Wenn Sie schon Ihren Dienst anfangen, machen Sie das redlich! Redlich war Ihre Rede vorhin nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort zu einem kurzen Beitrag erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Unruhe)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Noll, auch von mir noch einmal herzliche Glückwünsche zu Ihrer Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Sie haben ja einige neue Akzente gesetzt: die FDP nicht mehr als Personenpartei, sondern als Programmpartei. Wir sind sehr gespannt.

Ich darf Ihnen aber einen Rat geben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich bitte darum!)

Vermeiden Sie in der Politik Ironie. Das versteht nämlich niemand. Hier hat auch niemand verstanden, dass Ihre Behauptung ironisch gemeint war, es sei Bürokratieabbau gewesen, dass Frau Fauser Vizepräsidentin geworden ist.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze zunächst zum Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD kommen. Dazu ist von Günther Oettinger schon das Notwendige gesagt worden. Ich will das nur noch einmal mit zwei, drei Argumenten unterstreichen.

Ich finde, man sollte dort, wo man Verantwortung trägt, einsparen. Die größte Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland ist mit elf Ministern die von Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ihnen kann geholfen werden, Herr Drexler. Lassen Sie mich halt einmal ausreden!

Die größte Landesregierung in der Geschichte von Baden-Württemberg war die in der großen Koalition von 1992 bis 1996. Hinterher haben wir sie dann reduziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Und wie ist es bei den Bremer Stadtmusikanten?)

Bundesregierung: aktuell 52 Staatssekretäre! Clement sechs Staatssekretäre, Stolpe fünf Staatssekretäre!

(Unruhe)

Ich finde, man sollte sich, wenn man eine solche Vergangenheit in Baden-Württemberg hat, 1992 die Regierung ausweitete und sogar ein höchst unsinniges „Handarbeitsministerium“ durchgesetzt hat, nicht heute hier hinstellen und sagen, wir sollten zwei weitere Ministerien einsparen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir sind mit unserer Regierungsstruktur genau in der Mitte der großen Flächenländer der Bundesrepublik Deutschland. Und das wird so bleiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Herr Minister Stolpe braucht aber so viele Staatssekretäre! Der braucht sie!)

– Lieber Kollege Wieser, wenn die fünf Staatssekretäre bei Stolpe etwas bewirken würden, wäre ich ja dafür.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Aber was haben sie angerichtet? Ein großes Chaos bei der Maut. Ich kann nicht erkennen, wo wir mit den vielen Staatssekretären bei Stolpe, bei Clement und insgesamt in der Bundesregierung weitergekommen wären.

Dann sagte Herr Drexler, wir sollten auch einmal etwas tun, was uns betrifft. Dem Manne kann geholfen werden. Wir sparen in Baden-Württemberg in jedem Ministerium eine Abteilung ein, wir sparen Referate und Personal ein. Wir haben gerade in der letzten Legislaturperiode 30 % des Personals in den Regierungspräsidien eingespart. Überall in Baden-Württemberg machen wir Ernst damit, dass auch die politische Führung einen Beitrag zum Sparen zu erbringen hat. Daran können Sie uns messen. Es ist doch selbstverständlich, dass man nicht nur bei den „Indianern“ einspart, sondern dass man auch an der Spitze der Häuser verschlanken muss. Wir haben bereits mit dem Abbau der Abteilungen begonnen. Das erste Ministerium, das eine vollständige Abteilung abgebaut hat, war das Staatsministerium Baden-Württemberg, die Staatskanzlei dieses Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber vorher gab es 33 neue Stellen!)

Nun haben Herr Drexler und auch Herr Kretschmann Strukturfragen in den Mittelpunkt gestellt. Die Ministerialstruktur und sogar Koalitionsoptionen wurden angesprochen. Es ist ja auch völlig klar, dass Sie das interessiert. Wer will nicht ein bisschen umbilden, wenn er dazu selber nicht die Möglichkeit hat?

Ich will darauf aber gar nicht weiter eingehen, sondern ich will das Thema des Antrags der Grünen „Modernisierungspolitik in Baden-Württemberg“ in den Mittelpunkt stellen. Das ist in der Tat eine spannende Diskussion. Aber ich frage Sie: Wo sitzen eigentlich in der Republik, wo sitzen in Deutschland die hartnäckigsten Modernisierungsverweigerer? Wer verweigert denn Realitäten? Wer verschließt sich denn der notwendigen Verlängerung der Arbeitszeit in diesem Land? Wer ringt denn mit der IG Metall um diese Fragen? Wer hat den Transrapid abgebaut? Wer steigt aus der Kernenergie aus?

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine Modernitätsfrage?)

Wer verweigert die grüne Gentechnik? Wer redet „Stuttgart 21“ bei jeder Gelegenheit schlecht? Sie sind es, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie sind die Modernisierungsverweigerer in diesem Land!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für besonders apart halte ich es, dass die Grünen diese Debatte beantragt haben. Sie konnten ja gar nicht schnell genug auf Bundesebene aus dem Reformministerium Gesundheit herauskommen. Alles, was schwierig ist, überlassen sie dem Koalitionspartner SPD: Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit. Wo aber die Bundesrepublik Deutschland modernisiert

(Minister Dr. Christoph Palmer)

werden muss, ist von Grün im Land nichts zu sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist leider die Realität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wo wir Gemeinsamkeiten haben, sind wir zu Reformen gern bereit. Ich nenne Ihnen einmal ein aktuelles Beispiel – da müssen aber Rot und Grün zueinander kommen –: Dieselfilter. Wir haben eine Bundratsinitiative dazu eingebracht. Da sind wir mit den Grünen einer Meinung. Wir können uns den Dieselfilter – Bosch produziert ihn – sehr wohl vorstellen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

(Beifall bei der CDU)

Wer blockiert? Der Herr Bundeskanzler hat ihn von der Tagesordnung genommen, weil VW die Modellentwicklung in den vergangenen Jahren verschlafen hat. Dieselfilter vorläufig erledigt!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gern sind wir zur Modernität in diesem Land bereit, aber Sie müssen dann halt auch mitmachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Erneuerbare-Energien-Gesetz, abgelehnt von der CDU!)

– Abwarten! Ich habe ja Gott sei Dank genügend Redezeit. Ich werde auch noch auf die erneuerbaren Energien zu sprechen kommen.

Was heißt unter den heutigen Umständen Modernität in der Politik? Für uns ist das eine Politik, die Arbeit, Arbeit, nochmals Arbeit, Wohlstand und Wachstum schafft und die dieses Land Anschluss halten lässt an die Bedingungen der Globalisierung. Das ist eine moderne Politik. Das ist der Kern unserer Politik. Weiter gehört dazu, dass wir die Lebens- und die Handlungsmöglichkeiten der kommenden Generationen nicht immer weiter einengen – also Nachhaltigkeit. Ich glaube, diese Herausforderungen sollten wir nicht wegdiskutieren. Die Herausforderungen sind groß. Ich fürchte, dass wir uns über den Umfang der Herausforderungen nicht nur bezüglich Osteuropas, sondern weltweit in der Verlagerung der Arbeit noch gar nicht richtig klar geworden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten zehn Jahren 2 Millionen Arbeitsplätze in der Produktion verloren, die abgewandert sind – 2 Millionen! Nicht mehr 9 Millionen, sondern 7 Millionen Arbeitsplätze gibt es in diesem Land noch in der Produktion. Die Herausforderungen sind groß. Aber wenn es ein Land gibt, das es bei all den Schwierigkeiten schafft, mit den Möglichkeiten, die die Landespolitik in der Wirtschafts- und in der Hochschulpolitik immerhin hat, den Wandel zu meistern und die Umstellung von der Industrie- auf die Dienstleistungsgesellschaft zu vollziehen, dann ist es Baden-Württemberg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen auch einen Professor zitieren, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung alle Rankings Deutschlands in einem so ge-

nannten Aktivitätsindex zusammengefasst hat. Die Studie ist ganz neu: November 2003, Würzburg, Professor Berthold. Er sagt, dass Baden-Württemberg von allen deutschen Ländern am meisten tue – wörtliches Zitat –, „um die Standort- und Lebensqualität zu verbessern“. Ich zitiere weiter aus der Studie:

Die Strukturkrisen der Achtziger- und Neunzigerjahre sind in Baden-Württemberg längst Geschichte, deren Spuren in der Gegenwart des Landes kaum noch auszumachen sind. Darüber hinaus ruht sich das Land nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern betreibt deren Absicherung mit in Deutschland beispiellosem Engagement.

Das ist die Wirtschafts- und die Hochschulpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

An dieser Stelle möchte ich auch Herrn Kollegen Dr. Döring, den man zurzeit nur schlechtredet, ein herzliches Wort des Dankes für seinen Beitrag zu der Wirtschaftspolitik dieses Landes in den vergangenen acht Jahren sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Von den in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland überhaupt noch neu geschaffenen Arbeitsplätzen – leider sind es netto viel zu wenige – sind 40 % – 244 000 von 660 000 Arbeitsplätzen – in einem Bundesland entstanden, das 11 bis 12 % zur Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland beiträgt: in Baden-Württemberg.

Das Wirtschaftswachstum in diesem Land ist weit überdurchschnittlich. Wir haben die geringste Arbeitslosenquote in Deutschland, wir haben die geringste Jugendarbeitslosenquote in Europa. Das heißt, das, was wir wirtschaftspolitisch bewegen können – das ist moderne Politik –, bewegen wir doch in diesem Land. Bayern und Baden-Württemberg ziehen in Wahrheit den Rest der Republik mit. Das ist die Realität in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das zweite große Thema ist die Entwicklung neuer Produkte: Hochschulpolitik, Forschungspolitik, alles, was nach Innovation aussieht. Denn womit sollen wir uns auf den Weltmärkten durchsetzen? Das sind nicht die alten Produkte. Vielmehr bieten uns nur die neuen Produkte, die eben früher auf den Märkten sind, Chancen. Deshalb betreiben wir diese ehrgeizige Hochschul- und Forschungspolitik.

Wir haben schon in den Achtzigerjahren mit dem Technologietransfer angefangen. Wir haben die meisten Patente in Deutschland. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil von 4,2 % ist der höchste in Europa. Technologietransfer: Wir haben den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen im Hightechbereich.

Das wird uns nicht davor bewahren, auch unter Druck zu geraten. Denken Sie an das Beispiel Software. In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass SAP 1 500 Arbeitsplätze aus Walldorf in Osteuropa zu konzentrieren beabsichtigt. Wir alle dürfen an dieser Stelle keine Entwarnung

(Minister Dr. Christoph Palmer)

geben. Der Druck bleibt. Aber wenn es ein Land in Deutschland schafft, aufgrund seiner Technologie- und Forschungsorientierung vorn zu bleiben und Arbeit zu schaffen, dann ist es dieses Land Baden-Württemberg mit seiner vorausschauenden Hochschul-, Forschungs- und Innovationspolitik. Das ist moderne Politik, für die wir, die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP und die Regierung dieses Landes, stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gilt, rechtzeitig zu erkennen, was neue Forschungsschwerpunkte sind, und Themenfelder abzustecken: Unternehmenssoftware, Photonik, Lebenswissenschaften, die Zukunft des Wandels beim Automobil, Maschinenbau, Anlage- und Verfahrenstechnik, Umwelttechnik. Ich gebe Ihnen Recht: Umwelttechnik ist ein Wachstumsmarkt, der kommt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und was für einer!)

Diesen Prozess in der Hochschullandschaft mit den Forschungsinstituten ausrichten, alte Schwerpunkte auch abbauen, dafür die neuen Schwerpunkte forcieren, das kann Landespolitik. Hinzu kommen Querschnittstechnologien, Oberflächenbearbeitung, die so genannten eingebetteten Systeme – Embedded Systems –, Nanotechnologie, Miniaturisierung. All das bringen wir in diesem Land auf den Weg, um die Zukunft Baden-Württembergs zu sichern. Das ist moderne Politik nach unserem Verständnis, und das werden wir fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage jetzt etwas, was Sie gleich herausfordern wird – aber das soll es auch –: Hätten wir nicht die Landesstiftung, so müssten wir sie erfinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In all den Bereichen, die ich Ihnen gerade aufgezählt habe, haben wir in den vergangenen drei Jahren rund 90 Millionen € in Forschung und Entwicklung gesteckt. Wir setzen die Zukunftsoffensiven planmäßig um. Wir wollen nicht zurückfallen. Wer schläft, hat schon verloren. Baden-Württemberg muss seinen Vorsprung auf den Weltmärkten halten. Deshalb betreiben wir diese Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Moderne Wirtschafts- und moderne Wissenschaftspolitik setzen der Politik die Aufgabe, Cluster zu entwickeln. Deshalb haben wir zu all diesen Themenfeldern Beratungsgremien, Bündelungsgremien geschaffen, über die wir den Prozess gemeinsam mit der Wirtschaft, mit der Wissenschaft voranbringen.

Gestern wurde die Studie von Klaus von Dohnanyi über die Entwicklung Ostdeutschlands, der früheren DDR, der neuen Bundesländer, vorgestellt. Ich empfehle uns, diese Studie zu lesen, weil Klaus von Dohnanyi völlig zu Recht die Fehlentwicklungen der Förderpolitik beschreibt und sagt: „Orientiert euch an den erfolgreichen Beispielen in der Republik. Setzt die Fördermittel auf Wachstumskerne, bündelt die Förderung auf Wachstumskerne. Setzt auf Cluster.“ Das

ist genau das, was wir in Baden-Württemberg seit vielen Jahren unter den Ministerpräsidenten Lothar Späth und Erwin Teufel auf den Weg gebracht haben. Wir machen moderne Politik, und wir haben daran keine Korrekturen vorzunehmen.

Herr Drexler und Herr Kretschmann haben das Thema Energiepolitik angesprochen. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn die CDU in den Ländern Regierungsverantwortung übernimmt, dann steigt sie aus hoch subventionierten, unproduktiven alten Technologien aus und redet nicht nur davon. Peter Müller hat im Saarland die Förderung des Steinkohlebergbaus sofort beendet. Sie setzen weiter auf den Steinkohlebergbau in der Bundesrepublik Deutschland

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

mit allen Folgen für das Weltklima, für den CO₂-Ausstoß. Das ist eine alte Technologie. Wir würden jederzeit bereit sein – es ist im CDU-Programm von Nordrhein-Westfalen enthalten –, den Strukturwandel und die Modernität zu befördern.

Wir halten die Hochsubventionierung von Windkraft für eine Fehlinvestition.

(Abg. Drexler SPD: Und die von der Kernkraft auch!)

Das hält mittlerweile selbst der „Spiegel“ für eine Fehlinvestition: „Windmühlen-Wahn: Von umweltfreundlicher Energie zur subventionierten Landschaftszerstörung“.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das kommt vom „Spiegel“, nicht von der CDU Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Und Kernkraftwerke wollen Sie weiter subventionieren! Staatssubventionierung von Kernkraftwerken! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das Niveau vom „Spiegel“ brauchen wir nicht!)

Die Windenergie hat einen Anteil von 0,3 % an der Energieerzeugung. Lassen Sie uns doch im Ernst über bessere Alternativen und Varianten der regenerativen Energieerzeugung reden.

(Zuruf von der SPD)

– Natürlich machen wir es. Morgen steht das Thema Geothermie auf der Tagesordnung. Schauen Sie sich einmal die Stellungnahmen des Wirtschaftsministeriums und des Umwelt- und Verkehrsministeriums an!

(Abg. Drexler SPD: Wer hat investiert?)

Wir sind völlig aufgeschlossen für alle anderen Formen der regenerativen Energien, wenn sie in diesem Land etwas bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wenn es andere zahlen!)

Wer hat denn dem EEG zugestimmt? Wer hat denn die Wasserkraft gestärkt? Wir haben das gemeinsam gemacht; das räume ich gerne ein.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

(Abg. Drexler SPD: Im Bundestag hat die CDU/CSU-Fraktion dagegen gestimmt! Ihre Fraktion hat dagegen gestimmt! Im Bundestag habt ihr dagegen gestimmt! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Wir haben das im Bundesrat durchgesetzt.

Wir sind bei Biomasse, Geothermie, Sonnenenergie offen. Wir glauben nur nicht, dass man Symbole unterstützen und fördern sollte, und die Windkraft ist nichts anderes als ein Symbol, zumindest in windarmen Gegenden Europas;

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

an der Küste erfüllt sie eine Funktion.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Das war ein Irrweg. Wir haben dem einen Riegel vorge-schoben. Deshalb werden wir keine weiteren Windkraft-standorte in Baden-Württemberg ausweisen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Schule, Betreuung: Sie sollten einfach einmal das gestufte Konzept in diesem Land zur Kenntnis nehmen: Vollversor-gung, Kindergärten, Krippenförderung,

(Abg. Drexler SPD: Ja, mit Mittagessen!)

das Projekt „Verlässliche Grundschule“, das schon vor 15 Jahren begonnen hat, flexibler Nachmittag, Horte, Tages-pflege. Lassen Sie doch nicht immer die Tagesmütter außen vor!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Die muss man doch in die Auflistung der Gesamtförderung einbeziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Trotzdem sind wir an letzter Stelle!)

10 % aller Ganztagschulen in Deutschland sind mittlerwei-le in Baden-Württemberg.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wo steht denn da das Land mit dem Einwohneranteil von 11 %? Wo hinkt es denn hinterher, wenn 10 % aller in Deutschland befindlichen Ganztagschulen in Baden-Württemberg sind?

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Ohne pädagogische Nachmittagsbetreuung! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir werden schrittweise im Rahmen der finanziellen Mög-lichkeiten und dort, wo tatsächlicher Bedarf besteht – nicht aus ideologischen Gründen um jeden Preis, sondern dort, wo wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermögli-chen und verbessern wollen –,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist eine Scheinheiligkeit, die nicht zu überbieten ist!)

damit weitermachen, aber nur schrittweise im Rahmen der Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Trippelschritte sind das! – Abg. Wintruff SPD: Wer hat bezahlt?)

Die Situation in diesem Land kann ja nicht so schlecht und so unmodern sein, wenn wir die höchste Geburtenrate bei gleichzeitig der höchsten Frauenerwerbsquote unter allen deutschen Ländern haben. Offensichtlich schafft es das Land Baden-Württemberg besser als andere Länder, Gebur-tenrate und Frauenerwerbsquote unter einen Hut zu bringen – bei allen Schwierigkeiten, die das natürlich im Einzelnen bedeutet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vor allem für die Frauen, für die Familien!)

Herr Drexler hat das Thema „Ausländer, Migrantensitua-tion“ und die Aufgaben, die bleiben, angesprochen. Ich glaube, das ist wirklich eine Herausforderung. Ich will das aufgreifen. Man muss da miteinander debattieren. Das ist übrigens der tiefere Grund, warum wir bezüglich weiterer Zuwanderung so zurückhaltend sind. Wir haben eine Rei-henfolge: Zuerst müssen wir die, die hier sind, vernünftig integrieren. Da gibt es Defizite in Deutschland. Die Defizite sind zwar nicht so hoch wie zum Beispiel im Elsass, wo zu jedem Weihnachtsfest in ganzen Straßenzügen von Straß-burg Autos brennen, weil die jungen Leute keine Perspekti-ve haben. Aber wahr ist natürlich, dass wir bei der Integra-tion und der Migration Defizite haben.

Deshalb haben wir ja mit der Sprachförderung angefangen. Wir haben schon vor Jahren mit der Jugendberufshilfe an-gefangen. Wir wollen in der Sprachförderung weiterkom-men, weil es nicht sein kann, dass junge Leute deshalb schlechtere Chancen haben, weil sie einen Migrationshin-tergrund haben. Das lässt uns nicht ruhen. Da werden wir auch in den kommenden Jahren nachjustieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Abge-lehnt habt ihr es!)

Das ist ein Schwerpunktthema der Landespolitik, vor allem in den großen Städten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich schaue mir auch Ihren Professor von der PH Heidelberg und das, was er geschrieben hat, gern an.

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht mein Professor!)

Herr Drexler, das gehört zu einer guten Diskussion. Ich ha-be freilich andere Aussagen. Herr Schleicher und Herr Baum-ert, die Verfasser und Koordinatoren der PISA- und der TOSCA-Studie, haben, glaube ich, auch vor Ihrer Fraktion gesprochen. Baumert sagt, dass dieses Land das modernste Bildungsland in Deutschland sei und dass der Zusamen-hang zwischen sozialer Herkunft und der Verteilung von Bildungschancen in Baden-Württemberg geringer sei als in allen anderen Ländern der Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das sollte man einmal aus der PISA-Studie zur Kennt-nis nehmen und mit den Äußerungen Ihres PH-Professors abgleichen.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Bleibt das Thema Wohnungsbau. Herr Drexler, dieses Thema hätte ich an Ihrer Stelle besser nicht angesprochen. Denn wir folgen mit der Kürzung der Wohnungsbaukosten den vorausgehenden Kürzungen der Wohnungsbaukosten des Bundes.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! –
Abg. Marianne Wonnay SPD: Was ist denn mit
dem Landesprogramm?)

Der Bund hat die Förderung des Wohnungsbaus in Baden-Württemberg – ich trage Ihnen die Zahlen heute Nachmittag zu, wenn Sie sie sehen wollen – in den vergangenen Jahren massiv zusammengestrichen. Sie wollen jetzt an die Eigenheimzulage heran. Für uns hingegen ist die Eigenheimzulage das beste Investitionsprogramm für Wohnungsbauförderung in Baden-Württemberg. Es schafft Eigentum und Selbstständigkeit. Da müssen wir Akzente setzen und eine Fortsetzung der Eigenheimzulage in der Republik durchsetzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU:
Sehr gut! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister Palmer, kennen Sie denn die Mittel der Wohnungsbauförderung des Landes? Geben Sie zu, dass, bezogen auf die Einwohner, Bayern 16,90 € Schleswig-Holstein 25,70 € Nordrhein-Westfalen 45,70 € Landesmittel für den Wohnungsbau ausgibt und Baden-Württemberg 3,08 €?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Drexler, Ihre Zahlen habe ich nicht vorliegen.

(Abg. Drexler SPD: Die kann ich Ihnen geben! Ich kann sie Ihnen zufaxen!)

Ich will sie jetzt auch nicht bestreiten. Sie haben gerade durch Zwischenrufe deutlich gemacht, der Bund hätte nicht gestrichen. Das haben Sie jetzt nicht aufrechterhalten. Der Bund hat in den vergangenen Jahren – das war meine Aussage – massiv gestrichen,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was macht denn das Land?)

und wir versuchen, durch Sonderprogramme – nehmen Sie nur das in der vergangenen Woche beschlossene Förderprogramm für Familien mit Kindern, das 1 000-Dächer-Programm der L-Bank in Baden-Württemberg – dort Akzente zu setzen, wo wir das für richtig halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ein Tropfen auf den heißen Stein gegenüber anderen Bundesländern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Baden-Württemberg ist keine Insel der Seligen, aber wir haben unsere landespolitischen Hausaufgaben besser gemacht als die allermeisten anderen deutschen Länder. Wir müssen diesen Kurs der Modernisierung, der gleichwohl Traditionen bewahrt und die Kirche im Dorf lässt, fortsetzen. Dazu gibt es überhaupt keine Alternative. Baden-Württemberg ist eine Reformwerkstatt. Dass die Opposition das nicht wahrhaben will, dass sie die große Verwaltungsreform, die Hochschulreform, die permanenten Schulreformen, die Justizreform, die Wirtschaftspolitik, die Hochschulpolitik und die Politik der inneren Sicherheit in diesem Land angreift, ist ihre Aufgabe. Wir aber lassen uns dadurch nicht beirren und lassen uns nicht vom Kurs abbringen. Die Regierungskoalition, die Regierung tut diesem Land gut.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Wieser CDU: Gott sei Dank!)

Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3285. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß der Staatssekretärin im Ministerium für europäische Integration der Republik Kroatien, Frau Marija Pejcinovic-Buric. Sie wird begleitet von Frau Generalkonsulin Dr. Vera Tadic.

(Beifall)

Frau Staatssekretärin Pejcinovic-Buric hat gestern Abend beim Empfang des Generalkonsulats aus Anlass des kroatischen Nationalfeiertags ihre Regierung vertreten.

Frau Staatssekretärin, ich wünsche Ihnen weiterhin einen angenehmen und informativen Aufenthalt in Baden-Württemberg und erfolgreiche Gespräche.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Zukunft der Universitätsklinik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2748

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache und fünf Minuten für das Schlusswort.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hoffmann das Wort.

Abg. Hoffmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ihrer Umwandlung in Anstalten des öffentlichen Rechts haben die Universitätsklinika bewiesen, dass sie die damals beschlossenen Freiräume innovativ nutzen und bei allen Evaluationen auch international mit Spitzenergebnissen abschneiden. Die CDU hat den Antrag zur Zukunft der Universitätsklinika jedoch nicht gestellt, um einen positiven Rückblick vorzunehmen, sondern um in die Zukunft zu schauen.

Aus unseren bislang gut aufgestellten Häusern der Maximalversorgung drohen selbst Patienten zu werden, die am Tropf des Landes hängen. Spätestens ab 2004 ist nach heutiger Schätzung mit Betriebskostenverlusten von über 140 Millionen € bis zum Jahr 2007 zu rechnen. Die Rücklagen reichen nicht aus, um auch nur annähernd diese Betriebskostenverluste zu decken.

Bevor ich zu den Gründen und Auswirkungen dieser Misere komme, will ich eines vorwegschicken: Eine materielle Privatisierung, also der Verkauf der Universitätskliniken, ist für uns keine Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Wichmann SPD)

Wir wollen unsere Hochleistungskliniken nicht auf den freien Markt werfen und dem Spiel der Kräfte überlassen, denn wir sind dringend auf diese Einrichtungen unter der Regie des Landes angewiesen. Zum einen werden dort unsere Mediziner der Zukunft ausgebildet, und es wird an Zukunftsmedizin geforscht, zum anderen stehen die Universitätskliniken als Spitzenhäuser für all die Fälle zur Verfügung, die in anderen Versorgungsstufen nicht behandelt werden können. Ein gutes Beispiel dafür ist die Transplantationschirurgie.

Warum droht uns jetzt nach Jahren guter Gewinne ein Finanzloch in dieser Größenordnung? Weil die neue Krankenhausfallpauschale, DRG genannt, die auf Bundesebene festgesetzt wird, die Hochleistungsmedizin nicht vernünftig abbildet. Es gibt zu wenig Geld für Spitzenleistungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein Teil der Fehlkalkulationen der neuen Fallpauschalen ist aber leider hausgemacht. Die Universitätskliniken waren bundesweit nicht ausreichend in der Lage, ihre Kosten der Krankenbehandlung exakt von den Kosten der Wissenschaft zu trennen. Wissenschaftskosten dürfen aber bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschale nicht in die Behandlungskosten einfließen. Die Konsequenz war, dass die Universitätskliniken zum Teil keine, zum Teil zu geringe Werte an die jeweiligen Stellen gemeldet haben.

Wir wollen auch nicht verschweigen, dass sicherlich im Land Baden-Württemberg die Trennung der Kosten zwischen Wissenschaft und Lehre einerseits und Behandlung andererseits, die Kostentrennungsrechnung, nicht optimal ist. Das wird heute auch zum Bumerang für unsere eigenen Universitätskliniken. Wir erwarten jetzt mit Hochdruck ein schlüssiges Verfahren zur Kostentrennungsrechnung auch in Baden-Württemberg. Nur so sind künftig Kalkulationen mit vernünftigen Aussagen möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Quersubventionen aus Mitteln für Forschung und Lehre für die Krankenversorgung sind dabei unerwünscht, ebenso der umgekehrte Weg.

Leider kann man sich den Vorwurf nicht ganz ersparen, dass zu spät auf die Veränderungen reagiert wurde. Aber warum auch? Denn bis 2002 wurden ja auch bei unseren Universitätskliniken Gewinne gemacht. Zu einem großen Teil sind diese Gewinne auf ein gutes Management in den Häusern zurückzuführen. Zum anderen ist es aber wohl auch so – das zeigen neuere Kalkulationen –, dass die bisherigen Pflegesätze in dem einen oder anderen Fall überhöht waren.

Dieser Erkenntnisgewinn, der uns jetzt in Form einer Summe von mehr als 140 Millionen € ereilt, geht nun leider zu Lasten des Landeshaushalts.

Wir müssen darüber nachdenken, ob wir die Reform der Universitätsklinika von 1998 nicht in einigen Punkten ergänzen müssen. Es kann auf keinen Fall so sein, dass künftige Verluste in beliebiger Höhe und zu einem beliebigen Zeitpunkt voll aus Mitteln des Landeshaushalts zu tragen sind. Ich glaube, das erwarten die Universitätsklinika auch gar nicht von uns.

Wir müssen auch darüber sprechen, ob wir den Universitätsklinika gestatten, weitere Fusionen mit Krankenhäusern in anderen Regionen oder in der eigenen Region einzugehen. Ist es sinnvoll, wenn sich eine Universitätsklinik an einem Kreiskrankenhaus beteiligt oder es gar zu 100 % übernimmt? Falls das sinnvoll sein kann: Wie passt das in die Krankenhauslandschaft angesichts der allgemeinen Versorgungssituation? Ich habe Zweifel, ob ein solcher Zukauf, ob solche Beteiligungen, mit denen eine Erhöhung des Haftungsrisikos für das Land einhergeht, durch die Gesetze, die im Moment in Baden-Württemberg gelten, abgedeckt sind.

Wir müssen auch einmal überlegen, ob nicht innerhalb der Universitätsklinika selbst strukturell eine neuere und bessere Arbeitsverteilung erfolgen muss. Ist es sinnvoll, an jedem Standort einen Großteil aller Behandlungen anzubieten, oder wäre es aus wirtschaftlichen Gründen nicht auch überlegenswert, wenn sich statt bisher vier künftig zwei Standorte jeweils ein Spezialgebiet teilen würden? Das hätte natürlich auch für die Ausbildung Folgen. Möglicherweise müssten Studierende dann einen Teil ihres Studiums an einer anderen Universität absolvieren. Man darf aber ruhig einmal die Frage stellen, ob das wirklich so schlimm wäre oder ob dies den Studierenden bei ihrer Ausbildung nicht eher nutzt. Ein Blick in eine andere Hochschule wäre durchaus wünschenswert.

Was wir jetzt brauchen, ist eine innovative Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir trotz knapper Kassen die volle Leistungsfähigkeit der Universitätsklinika ohne Zusatzbelastungen im Landeshaushalt sichern können. Was wir aber auch brauchen, ist die Bereitschaft der Universitätsklinika selbst, Einsparpotenziale nicht nur bei den nach BAT beschäftigten Mitarbeitern zu suchen, sondern sich auch über strukturelle Veränderungen im eigenen Betrieb Gedanken zu machen.

Zum Schluss, ganz deutlich: Der Zwang des Geldes lässt keinen „Artenschutz“ zu, weder für einzelne Personen-

(Hoffmann)

gruppen in den Universitätsklinika noch für die altherwürdigen Universitäten selbst.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Heiderose Berroth und Beate Fauser FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wichmann.

Abg. Wichmann SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Zukunft der Universitätsklinika in Baden-Württemberg“ lautet der Titel der Großen Anfrage der CDU-Fraktion vom Dezember letzten Jahres, und die Antwort datiert vom Februar dieses Jahres. Wir haben in der Zwischenzeit einiges erlebt.

Im Wissenschaftsausschuss haben wir darüber diskutiert, dass die Haushaltskürzungen in einer Größenordnung von 22 Millionen € im Einvernehmen mit den Klinikleitungen erstellt wurden, konnten aber in der vergangenen Woche im „Reutlinger General-Anzeiger“ lesen, dass der Klinikumsvorstand des Universitätsklinikums Tübingen gesagt habe, er ginge notfalls an der Spitze seiner Pflegeschüler zur Demonstration nach Stuttgart, um der Politik zu demonstrieren, dass man den Druck, der durch die Kürzungen entsteht, vermindern müsse. Entweder hat man dort nicht aufgepasst, als damals gekürzt wurde, oder Sie reden jetzt mit gespaltenen Zunge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Oder der Minister hat etwas Falsches gesagt!)

Wir können bei Tübingen bleiben. Wenn Sie die Landespresse verfolgen, lesen Sie von Warnstreiks an den Universitätsklinika wegen der Gefahr des Ausstiegs aus dem BAT. Sie hören von Outsourcing bei den haushaltsnahen Dienstleistungen innerhalb der Klinik. Es wird Panik und Unsicherheit produziert. Wenn man im Hinterkopf behält, dass der Direktor der Chirurgie mit einer siebenstelligen Abfindungssumme „stillgelegt“ wurde und dass diese Summe aus Geldern erwirtschaftet wurde, die man aus den Beschäftigten herauspresst, dann ist das ein ziemlich dicker Hund.

(Beifall bei der SPD)

Da müssen die Landesregierung und auch der Minister ihren Einfluss geltend machen, damit solche Dinge in diesem Land nicht laufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns da auch nichts schönreden, denn das Haftungsrisiko bleibt bei Minister Frankenberg. Ich habe in einem Vorwort von ihm gelesen, dass er das DRG-Risiko auf 200 Millionen € einschätzt. Gestern fand eine Anhörung im Bundesgesundheitsministerium statt, und dabei war die Rede davon, dass von einer Konvergenzphase von vier Jahren auszugehen sei und dass der Einstieg sich auf 15 % – Umsetzung des DRG-Anteils in der Berechnung – belaufen solle.

Das heißt, die hier in der Anfrage prognostizierten Verluste werden sich etwas strecken.

Was lehrt uns das? Wir haben die Zeit und die Chancen, tatsächlich an dem Punkt anzusetzen, der relevant ist. Rele-

vant ist nicht, durch Absenkung der Tarife zulasten der Beschäftigten deren Motivation und Innovationsbereitschaft zu zerstören, sondern wichtig ist es, auf einem einheitlichen Tarifniveau mit einer einheitlichen Leistung am Produkt und an den Dienstleistungen der Kliniken Verbesserungen vorzunehmen, die es möglich machen, dem Wettbewerbsdruck auch tatsächlich standzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Kollege Hoffmann von neuen Strukturen spricht, dann schauen wir einmal in den Entwurf des neuen Landeshochschulgesetzes. Dort ist vorgesehen, dass nicht mehr in dem Sinne privatisiert wird, wie es Minister Döring hier zwei Jahre lang uns näher zu bringen versucht hat – mit dem großen Erfolg, dass er ja jetzt selbst teilprivatisiert wurde –,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

sondern das Landeshochschulgesetz sieht vor, dass man jetzt innerhalb des Universitätsklinikums selbst Ausgründungen – GmbHs, AGs und Stiftungen – durchführen kann. Das kann man aber nicht völlig losgelöst von der Kontrolle machen. Denn ansonsten werden wir erleben, dass sich die rentierlichen Teile in eine GmbH oder eine AG verwandeln und die unrentierlichen Teile der Gesundheitsversorgung, wie die Pädiatrie, dann in die Röhre gucken und wir da den Standard weiter absenken – immer unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und des Wettbewerbsdrucks, weil das Land natürlich nicht bereit sein wird, für die Verluste einer Gesundheitsversorgung aufzukommen.

Überhaupt ist die Reform der Universitätsklinika nichts anderes als eine riesengroße ABM-Maßnahme für Betriebswirte. Hier kann sich der Neoliberalismus austoben und kann einfach nur unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit agieren. Ich lese sehr selten etwas von Qualität, von Patient, von patientennahen Dienstleistungen, von neuen Dienstleistungen und all den Möglichkeiten, wie man in einem Betrieb unter betriebswirtschaftlichen Bedingungen Optimierungen durchführen kann, die letztendlich dazu führen, dass der Zustand unserer Universitätskliniken – hier gebe ich dem Kollegen Pfister Recht – wettbewerbsfähig und zukunftsfähig gestaltet wird.

Meine Damen und Herren, wir haben das große Problem, dass in diesem Land ideologische Sperrbarrieren existieren. Wenn man nur mit den Mitarbeitern zusammen vorgehen kann und wenn man sie motivieren und mitnehmen muss, weil man auf ihre Innovationsbereitschaft angewiesen ist, dann müssen wir etwas ändern, zum Beispiel beim Personalvertretungsgesetz. Es kann nicht angehen, dass die Personalvertretung bei Entscheidungen weitgehend außen vor gelassen wird, und es kann auch nicht angehen, dass die Gewerkschaft außen vor bleibt, dass sie zwar immer alles besser weiß, aber letztlich nicht in der Verantwortung steht. Deswegen schlagen wir vor, zumindest eine Mitbestimmung in einer Größenordnung von 30 % oder auch darüber hinaus einzuführen. Dadurch könnte man nämlich alle mitnehmen und tatsächlich auch etwas voranbringen.

Was im Moment an den Universitätskliniken läuft – ich habe das eingangs ausgeführt –, nämlich dass man im Einvernehmen mit den Klinikleitungen operiert, kommt mir vor

(Wichmann)

wie das „Champagnerkorkenprinzip“: Egal, wie hoch der Wasserstand im Bassin ist und wie weit er noch abgesenkt wird, wir schwimmen oben. Das kann nicht im Sinne einer Gesundheitsversorgung im Land Baden-Württemberg sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr guter Vergleich! Der Vergleich mit dem Sektkorkenprinzip ist sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die Empfehlungen vor Augen hält, die der Wissenschaftsrat für die weitere Entwicklung der baden-württembergischen Hochschulmedizin ausgesprochen hat, kommt man, auch bei äußerst nüchterner Betrachtung, um zwei Feststellungen nicht herum.

Erstens: Vier der fünf Standorte werden hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit in Forschung, Lehre und Krankenversorgung vom Wissenschaftsrat mit Noten zwischen „gut bis sehr gut“ und „hervorragend“ bewertet. Zweitens: Die baden-württembergischen Universitätsklinika sind grundsätzlich bestens dafür gerüstet, sich auf dem bereits erreichten hohen Niveau auch in Zukunft positiv weiterzuentwickeln.

Beides hängt wesentlich damit zusammen, dass das Land Baden-Württemberg im Jahr 1998 mit seiner Reform der Hochschulmedizin die Weichen richtig gestellt und zukunftsweisende Impulse gegeben hat. Diese Reform hat die Universitätsklinika in die rechtliche Selbstständigkeit entlassen, und der Wissenschaftsrat attestiert, allen voran dem Universitätsklinikum Tübingen, dass die hieraus erwachsenen eigenen Handlungsspielräume optimal genutzt wurden. Nach Einschätzung des Wissenschaftsrats gehen von Tübingen wie von keinem anderen Universitätsklinikum in Deutschland Impulse und Anregungen aus, die der Weiterentwicklung der Finanzierung der Hochschulmedizin in ganz Deutschland zugute kommen.

Herr Kollege Wichmann, ich empfinde es als Beleidigung meiner betriebswirtschaftlichen Fakultät, dass Sie meinen, Qualität sei für uns kein Kriterium. Qualität ist ein ganz wesentlicher Bestandteil einer soliden betriebswirtschaftlichen Überlegung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es lohnt sich, die Beurteilungen des Wissenschaftsrats auch bezüglich der anderen baden-württembergischen Standorte noch einmal im Einzelnen nachzulesen. Er stellt nämlich nicht nur diesen Einrichtungen, sondern auch der baden-württembergischen Hochschulpolitik insgesamt ein hervorragendes Zeugnis aus, weil die Instrumente dieser Politik – Autonomie, dezentrale Budgetverantwortung, verbunden mit Zielvereinbarungen und Controlling – eben auch einen erfolgreichen Verbund von Wissenschaft und Krankenversorgung sowie nicht zuletzt einen höchst effizienten Einsatz der dort zur Verfügung stehenden öffentlichen finanziellen Mittel ergeben.

Trotzdem sehen sich unsere Universitätsklinika in den kommenden Jahren vor gravierende finanzielle Probleme ge-

stellt – das wurde schon deutlich erörtert –, weil die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Fallpauschalen für die baden-württembergischen Klinika ab dem Jahr 2005 einen sehr schwerwiegenden Rückgang der Erlöse befürchten lässt. Das wäre ein nicht zu verkraftender und außerdem geradezu aberwitziger Effekt. Dem Fallpauschalensystem liegt nämlich eigentlich der richtige und gerade auch von uns hochgehaltene Gedanke zugrunde: gleiches Geld für gleiche Leistung. In der jetzigen Ausgestaltung dieses Systems wird allerdings diese Idee für die Universitätsklinika geradezu ins Gegenteil verkehrt. Die besonderen und fast immer auch besonders kostenträchtigen Anforderungen, denen diese Kliniken aufgrund ihrer besonderen Stellung auch hinsichtlich der unmittelbaren Krankenversorgung nachkommen müssen, werden im bislang erarbeiteten Fallpauschalensystem nicht annähernd sachgerecht abgebildet. Die Folge ist, dass sie nicht etwa gleiches Geld für gleiche Leistung erhalten sollen, sondern so genanntes gleiches Geld für ungleich höhere und ungleich kostenintensivere Leistungen. Das kann und darf nicht so bleiben. Es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf, wobei allerdings zu befürchten ist, dass der Bundesgesetzgeber dem nicht nachkommt.

Desto dringender ist es – und dies im Übrigen völlig unabhängig von der Frage des Fallpauschalensystems –, dass die Universitätsklinika von den längst nicht mehr zeitgemäßen Einengungen des BAT befreit werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Mit der Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft der Universitätsklinika in der Tarifgemeinschaft der Länder sind insoweit bereits die richtigen Weichen gestellt. Es ist nun Sache der Vorstände und Aufsichtsräte der Universitätsklinika, von dieser Optionsmöglichkeit einer Loslösung vom BAT Gebrauch zu machen.

Herr Kollege Wichmann, wenn Sie sagen, wir bräuchten ein einheitliches System, frage ich Sie: Haben Sie eigentlich noch nicht gemerkt, dass mit Ihrer Einheitlichkeitsstrategie Deutschland die ganzen letzten Jahre massiv in den Keller fährt?

Es stimmt, die Universitätsklinika werden nicht umhinkommen, selbst weitere Anstrengungen zur Kostenoptimierung über das erfreulicherweise bereits erreichte Maß hinaus zu unternehmen. Ich bin überzeugt, die im Krankenhausgesetz und im Universitätsklinika-Gesetz unseres Landes getroffenen Regelungen stellen sicher, dass hierbei die übergreifenden Belange der medizinischen Ausbildung sowie der Krankenversorgung in unserem Land angemessen berücksichtigt werden.

Unsere wirklich große Sorge betrifft die unbestritten erforderlichen Leistungen des Bundes. Dass sich diese Bundesregierung mit dem Thema Eliteuniversitäten in klare Ländierzuständigkeiten einschleichen will, während sie sich gleichzeitig, zum Beispiel bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, also dort, wo sie ganz konkret und eindeutig mit zuständig ist, durch gravierende Mittelkürzungen – 350 Millionen € allein in diesem Jahr – aus ihrer Verantwortung zurückzieht, ist ein Unding. Diese Ablenkungs- und Vernebelungstaktik muss hier deutlich benannt, vor allem aber abgestellt werden. Der Bund soll dort handeln, wo er die Aufgabe hat. Dann kann auch das Land auf der Erfolgsspur

(Heiderose Berroth)

weiterfahren. Das wird Ihnen von der Opposition vielleicht nicht passen, aber machen Sie das bitte auch Ihren und unseren Wählerinnen und Wählern klar. Die werden dann die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Oh! Das hat uns jetzt wehgetan! – Abg. Fischer SPD: Das hatte mit Hochschulen wenig zu tun!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage nach der Zukunft der Universitätsklinik im Land stellt die CDU zu Recht. Bei den großen Antworten hält sich die Landesregierung aber bedeckt. Sie legt in der Antwort nicht offen, welche großen Linien sie einschlagen und verfolgen will, wenn es um die Zukunftssicherung der Universitätsklinik geht.

Was sind die Veränderungen, denen sich die Universitätsklinik stellen müssen? Der Wissenschaftsrat hat das meines Erachtens in seinen Empfehlungen vom Januar dieses Jahres, den „Empfehlungen zu forschungs- und lehrförderlichen Strukturen in der Universitätsmedizin“, sehr gut umrissen. Im Besonderen sind es folgende Herausforderungen:

Es ist das besondere Spannungsverhältnis von Forschung, Lehre und Krankenversorgung in einem Haus. Es ist der verschärfte Wettbewerb im Gesundheitswesen und im Wissenschaftsbereich. Es sind die Einsparmaßnahmen, die vonseiten der Hochschulhaushalte zu verkraften sind. Da ist auch noch einmal daran zu erinnern, wie das in Baden-Württemberg aussieht: Im letzten Haushalt musste die Hochschulmedizin in Baden-Württemberg Kürzungen in Höhe von 54 Millionen € verkraften.

Es sind die Umschichtungen – die sind eben auch schon erwähnt worden – durch das neue Abrechnungssystem DRG. Es sind darüber hinaus Mehrkosten durch die Anerkennung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit und durch die Abschaffung des Arztes im Praktikum, und es sind der verstärkte Einsatz von Kleingruppen in der Mediziner Ausbildung und zusätzliche Aufwendungen in der Lehre durch Verbesserung der Betreuungsrelationen.

Dazu kommt als zusätzlicher Faktor die so genannte BAT-Schere, die auch in der Antwort auf die Große Anfrage ausführlich beschrieben wurde, also die Schere zwischen steigenden Personalkosten durch Tarifsteigerungen und wachsenden Aufwendungen für die Altersversorgung einerseits und den gekappten Budgets andererseits.

Deshalb sind strukturelle Anpassungen nötig, um hohe Qualitätsstandards, Konkurrenzfähigkeit und Effizienz sicherzustellen. Dafür brauchen die Universitätsklinik Handlungsspielräume. Ich denke, da sind sie auch durch den Übergang in Anstalten des öffentlichen Rechts gut aufgestellt. Sie brauchen klare Verantwortlichkeiten, also eine Regelung und Klärung dessen, wofür die Klinikumsleitungen zuständig sind und wofür die Politik zuständig ist. Da muss nachgearbeitet werden. Außerdem brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen durch die Politik. Gerade auch bei Letzterem sind durchaus Zweifel angebracht.

Zwei Elemente möchte ich an dieser Stelle vertiefen. Das eine sind die fairen Wettbewerbsbedingungen bei der Umstellung auf DRGs. Es ist schon beschrieben worden: Die Besonderheiten der Universitätsklinik als Häuser der Maximalversorgung müssen berücksichtigt werden. Sie sind in dem Fallpauschalensystem bislang nicht ausreichend differenziert abgebildet. Es droht eine strukturelle Benachteiligung der Universitätsklinik. Deshalb ist es aus grüner Sicht richtig, im Rahmen des Fallpauschalenänderungsgesetzes an zwei Stellen nachzuarbeiten:

Zum einen sollen die Angleichungszeiträume von drei Jahren auf vier Jahre, wie es jetzt vereinbart wurde, verlängert werden. Wir halten auch fünf Jahre durchaus für sinnvoll, weil die DRGs nur dann Sinn machen, wenn sie als lernendes System verstanden werden.

Zum anderen geht es um die Definition von Ausnahmebereichen, die zurzeit noch nicht in die DRG-Abrechnungen übernommen werden, sondern längere Zeit brauchen, um auf gesicherter Datengrundlage übernommen zu werden. Kinderkliniken wären ein Beispiel dafür.

Der zweite wichtige Punkt ist: Die Beschäftigten der Universitätsklinik brauchen Anerkennung, Sicherheit und mehr Flexibilität durch Leistungsanreize. In diesen Tagen – das ist ja auch in der Zeitung zu lesen – wird an allen Universitätsklinik protestiert, besonders wegen des bevorstehenden Ausstiegs aus BAT und TdL. Ich finde, die Sorge der Beschäftigten ist berechtigt, wenn sie sagen: „Der zunehmende Finanzierungsdruck wird auf unserem Rücken ausgetragen. Das darf nicht sein.“

Es gibt durchaus auch Grund dafür, dass die Beschäftigten wenig Vertrauen in Klinikumsleitungen und Landesregierung haben. Sie haben wenig Vertrauen darin, dass soziale Gerechtigkeit und sozialer Friede am Arbeitsplatz sowie angemessener Kündigungsschutz auch in Zukunft Berücksichtigung finden; denn die Art und Weise, in der dieser Ausstieg aus dem BAT durchgeführt wird und in der das Durchsetzen von Haustarifverträgen angegangen wird, ist wirklich geeignet, Porzellan zu zerschlagen und das Arbeitsklima zu vergiften. Die Landesregierung trägt leider ihren Teil dazu bei.

Ich will betonen: Für mich ist der BAT alles andere als sakrosankt. Ich halte den BAT für dringend reformbedürftig. Ich halte ihn auch nicht für das geeignete System, Krankenhausvergütungen adäquat abzubilden. Da muss reformiert werden, genauso wie übrigens auch im Wissenschaftsbereich. Aber besser als das Einführen von Haustarifverträgen wäre noch immer ein Spartentarifvertrag, der die notwendige Flexibilität und Leistungsanreize ermöglicht, aber nicht eine Lösung von Haus zu Haus sucht, sondern häuserübergreifend Standards setzt und Vergleichbarkeit sicherstellt.

(Beifall bei den Grünen)

Diese Lösung hat im Übrigen auch der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands vorgeschlagen. Deswegen glaube ich: Mit dem, was in Baden-Württemberg gerade gemacht wird, schwächt man Reformoptionen für einen Spartentarifvertrag.

(Theresia Bauer)

Damit zerstören Sie Vertrauen bei den Beschäftigten. Man muss vielleicht daran erinnern, wie die Vorgänge im Land sich entwickelt haben: Als im Jahr 1998 der Übergang zu Anstalten des öffentlichen Rechts vollzogen wurde, hat von Trotha den Beschäftigten versprochen: „Aus dem BAT steigen wir nicht aus.“ Mit der Amtsübernahme durch Frankenberg galt das alte Versprechen nicht mehr. Dann hat es nicht lange gedauert, bis im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes im letzten Jahr angekündigt wurde: „Wir schaffen die Option, aus der TdL auszusteigen. Das ist ja nur eine Option, nur eine Möglichkeit. Was daraus gemacht wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.“ Es hat kein halbes Jahr gedauert, jetzt wird in allen Universitätsklinika genau dieser Schritt vorbereitet. Man muss sich nicht wundern, wenn die Beschäftigten sagen: „Wir können uns nicht auf die Landesregierung verlassen.“

Lieber Herr Minister Frankenberg, ich möchte Ihnen auch einen Rat geben: Manche Minister haben sich ja einen Ruf als Ankündigungsminister erworben. Sie gehen, glaube ich, als Optionsminister in die Geschichte ein. Immer wieder legen Sie in gesetzlichen Regelungen „Optionen“ fest. Damit legen Sie ganz vornehm eine Spur. Anderen Leuten überlassen Sie dann die Umsetzung, und Sie lassen sie damit allein. Die sollen sich dann auch den Ärger an die Backe binden.

Ich glaube, dass das kein guter Umgang mit der Öffentlichkeit und mit den Betroffenen ist. Stehen Sie zu dem, was Sie vorhaben. Stehen Sie dazu, legen Sie offen, was Sie zum Beispiel in Bezug auf die Privatisierung in Zukunft machen wollen. Sie legen auch da wieder beim neuen Landeshochschulgesetz lediglich eine Spur. Sie führen die „Option“ ein und wollen ermöglichen, dass Teile von Universitätsklinika oder auch ganze Universitätsklinika privatisiert werden. Die will aber niemand komplett kaufen. Sie ermöglichen das ja nur, und danach lassen Sie die Universitätsklinika mit der Umsetzung allein, und die Verantwortung übernehmen Sie nicht. Legen Sie offen, was Sie wollen. Dann kann man mit Ihnen sauber darüber streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk
CDU: Freiheit!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfisterer.

Abg. Pfisterer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor knapp einem Jahr hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine Anhörung zum Thema „Vor- und Nachteile einer Teilprivatisierung der Universitätsklinika“ durchgeführt. Die Ergebnisse der Anhörung finden sich in einer Broschüre. Daraus möchte ich kurz einige Feststellungen herausgreifen:

Universitätsklinika haben Besonderheiten. Sie haben eine andere Interessenlage als andere Kliniken und Krankenhäuser. Sie sind Krankenhäuser der Maximalversorgung und sind zumeist der größte Arbeitgeber in ihrer Region. Universitätsklinika zählen aber auch zu den wichtigsten Orten der klinischen Forschung. Die ärztlichen Direktoren sind

dort Chefärzte und Manager, aber auch gleichzeitig als Professoren maßgeblich in Forschung und Lehre eingebunden.

(Abg. Seltenreich SPD: Donnerwetter!)

Gerade aber diese Verbindung von – bitte genau zuhören – Krankenversorgung, Forschung und Lehre bildet die eigentliche Besonderheit gerade hier in Baden-Württemberg.

Die Zukunft der Universitätsklinika liegt uns, der CDU-Fraktion, sehr am Herzen.

(Abg. Capezzuto SPD: Ha no!)

Entgegen den Ausführungen von Frau Bauer haben wir zu diesem Thema sehr viel getan und viele Anhörungen durchgeführt.

Die Große Anfrage war die Grundlage, um daran anschließend gemeinsam mit Günther Oettinger, mit den Aufsichtsräten, mit den Klinikavorständen zu diskutieren. Wir haben eine breite Meinungsbildung vorgenommen und haben dieses Thema sehr massiv betrieben. Wir wollen ein landesweit abgestimmtes Konzept, in dem sowohl für die Maximalversorgung als auch für die Regelversorgung gute Bedingungen sichergestellt werden.

Ich möchte auf einige der wichtigsten Punkte eingehen.

Stichwort BAT-Ausstieg: In der „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. Juni 2004 war zu lesen, dass das Freiburger Klinikum damit begonnen hat, für einen Haustarif zu werben, der den BAT ersetzen soll. Ich bin selbst lang genug beim Staat beschäftigt und weiß, dass der BAT leistungsfeindlich ist. Der BAT gibt eine Grundsicherheit, aber er berücksichtigt keine Leistung, er verallgemeinert alles. Daher sollen die zahlreichen undurchsichtigen und völlig unzeitgemäßen Vorschriften durch Transparenz, Durchlässigkeit und vor allem Leistungsgerechtigkeit ersetzt werden, denn die regelmäßigen BAT-Steigerungen pauschal für alle seien nicht mehr zu verkraften; so heißt es in dem Presseartikel. Die Klinika sind der Überzeugung, dass aufgrund von Sparzwängen ansonsten ein Personalabbau kommen muss.

(Unruhe)

Sollte es keinen BAT-Ausstieg geben, besteht die große Gefahr der betriebsbedingten Kündigungen. Die Stichworte sind bekannt: BAT-Schere, Defizite, DRG-Einstieg usw.

Ich bedauere in diesem Zusammenhang auch, dass die rot-grüne Gesundheitspolitik bei der DRG-Einführung die Universitätsklinika nicht ausreichend berücksichtigt hat. Die Universitätsklinika sind keine Pauschalbetriebe, sondern Spezialbetriebe mit entsprechend hohen Kosten gerade in der Krebspatientenversorgung, bei Spezialoperationen usw. Diese Bezahlung erfolgt nicht optimal.

Die Universitätsklinika wollen aus dem Arbeitgeberverband austreten und dann mit ver.di Haustarifverträge aushandeln. Dass damit der Abschied vom BAT verbunden ist, ist klar. Aber das bringt Vor- und Nachteile. Man erhofft sich nämlich dadurch neue und attraktive Verträge. Aber es muss auch – das muss klar sein – die soziale Gerechtigkeit gewahrt sein. Ich sage bewusst für die CDU: Soziale Gerech-

(Pfisterer)

tigkeit liegt auch uns sehr stark am Herzen; denn man muss die Beschäftigten mitnehmen. Ohne die Beschäftigten geht es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Kernpunkte der Reformen müssen sein: Keine Absenkung der Zahl der derzeit Beschäftigten im BAT-Bereich, aber für die Zukunft flexible Arbeitszeitregelungen, anpassungsfähige Eingruppierungsregelungen und vor allen Dingen leistungsgerechte Bezahlungen. Uns geht es um mehr Ökonomie und weniger Bürokratie.

Fazit: Ein Ausstieg aus dem BAT sollte auf jeden Fall von den Klinikaufsichtsräten sorgfältig geprüft werden, und die Vor- und die Nachteile sollten gründlich abgewogen werden. Ich gehe davon aus, dass das auch geschieht.

Aber jetzt noch einige Worte zum Thema „Betriebliche Altersversorgung“. Auch der Ausstieg aus der VBL wird geprüft. Eine kapitalgedeckte Alternative wird erwogen. Man muss aber eines klar sehen: Die Ablösesumme beträgt – Minimum – 600 Millionen € aufwärts, Tendenz steigend. Diese Kosten kann niemand so ohne weiteres tragen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfisterer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Abg. Pfisterer CDU: Aber gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Kollege Pfisterer, wie wollen Sie denn sicherstellen, dass sich die Landesregierung künftig um soziale Gerechtigkeit bei der Vergütung der Beschäftigten kümmert, wenn man aus der TdL aussteigt und es künftig jeder einzelnen Klinik überlässt, im Haustarifvertrag diese Bedingungen zu gestalten? Welche Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Politik dann noch?

Abg. Pfisterer CDU: Es gibt da logischerweise erst einmal die Tarifpartner, die hier die Verhandlungen führen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– „Erst einmal“ habe ich gesagt. – Zum anderen hat logischerweise auch die Politik ein großes Interesse daran, dass hier einvernehmliche Regelungen kommen; denn im Endeffekt sind wir, das Land Baden-Württemberg, haftbar. Man kann nur begleitende Maßnahmen sicherstellen, indem man auch hier darauf hinweist, dass eine soziale Verantwortung vorliegt. Die Kliniken können nicht gegen die Wand fahren. Sie müssen realitätsbezogen verhandeln. Sonst haben sie keine Chance. Da muss man logischerweise – wie überall – in dem gebotenen Maße begleitend eingreifen.

Aber zurück zum Thema: Baden-Württemberg hat viele innovative Reformen gemacht. Auch das Thema „Umwandlung der Klinika in Anstalten des öffentlichen Rechts“ war ein Beispiel dafür, dass wir hier erfolgreich Reformen machen können. Bei Evaluationen wird dies bestätigt. Die Klinika stehen mittlerweile im Wettbewerb, denn nicht umsonst werden die Patienten dort hingehen, wo sie gut behandelt werden. Warum gehen manche Leute nach Heidelberg

und Ulm, warum bleiben sie in Baden-Württemberg? Weil sie hier eine optimale Versorgung haben.

Wir haben aus diesem Grund ganz klar gesagt: Es gibt eine Gesamtstrategie. Es muss ganz klar sein, dass Gesamtstrategie bedeutet, dass man hier alles gemeinsam betrachten muss. Letztlich geht es darum, Defizite vom Landeshaushalt fernzuhalten. Daran arbeiten wir massiv. Ich rufe Sie dazu auf: Machen Sie mit!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie ist die aktuelle Situation, und wie ist auch die aktuelle wirtschaftliche Lage der Universitätskliniken? Auf die aktuelle Bewertung ihrer Leistungen in Forschung, Lehre und Krankenversorgung ist Frau Abg. Berroth eingegangen, allerdings unter etwas lokalpolitischen Gesichtspunkten.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist richtig, dass die Universitätsklinik Tübingen vom Wissenschaftsrat quasi als die beste in Deutschland bewertet worden ist. Es ist aber genauso richtig, dass die übrigen baden-württembergischen Universitätskliniken insgesamt als die Spitze in Deutschland bezeichnet worden sind.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Als Gesamtkunstwerk!)

– „Gesamtkunstwerk“ ist der richtige Begriff; danke, Frau Abg. Gräßle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt also in Deutschland keine bessere Universitätsmedizin als die in Baden-Württemberg. Offenbar hat die Politik hier in der Vergangenheit doch einiges richtig gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Den Satz kann man für Frau Bauer wiederholen! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zurufe)

– Sie hat mitgeschrieben.

Überhaupt muss man sagen: Die Forderung nach Eliteuniversitäten bedeutet für uns, dass wir zunächst einmal betonen können – das sehen wir an diesem Ergebnis –: Wir haben in Baden-Württemberg längst Eliteuniversitäten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir hätten noch mehr, wenn sich der Bund weniger einmischen würde. Man kann sich ja die Frage stellen, ob wir überhaupt eine Bundesbildungsministerin brauchen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

(Minister Dr. Frankenberg)

Diejenigen, die meinen, wir bräuchten sie, sollten wenigstens dafür sorgen, dass wir eine Eliteministerin haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war jetzt aber unter der Gürtellinie, Herr Minister! Ihrer nicht würdig!)

– Frau Abg. Bregenzer, ich habe nicht gesagt,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Machen Sie es nicht noch schlimmer!)

dass sie keine ist. Das haben Sie jetzt so interpretiert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Voll reingefallen!)

Die Universitätskliniken sind in der Tat nicht nur Stätten von Forschung, Lehre und Krankenversorgung, sondern sie sind auch Großunternehmen, was die Zahl der Beschäftigten und die Höhe der Umsätze angeht. Wir haben ihnen mit der Medizinreform 1998 auch die Struktur von Großunternehmen, nämlich die als selbstständige Anstalten, und damit die größtmögliche Autonomie gegeben – allerdings bei der noch bleibenden Gewährträgerhaftung durch das Land.

Wir haben ihnen auf der anderen Seite bei der schwierigen Lage, in der sich unser Haushalt befindet, über die Rahmenzielvereinbarung Planungssicherheit im Haushalt gegeben. Wir können in Zeiten sinkender Steuereinnahmen nicht Zusagen über mehr Zuwendungen des Landes, sondern nur über eine Planbarkeit der Kürzungen machen. Das ist das Optimale, was man in diesen schwierigen Zeiten machen kann. Die Zeiten sind eben nicht so, dass wir mehr Geld ausgeben könnten.

Die wirtschaftliche Lage der Universitätskliniken ist in den vergangenen Jahren noch relativ gut gewesen. Wir hatten von 1998 bis 2002 Jahresüberschüsse von 164 Millionen € die überwiegend als Eigenbeiträge in die Ausstattung, in den Bau von Gebäuden der Universitätskliniken geflossen sind.

Auch im Jahr 2003 ist es allen Universitätskliniken mit großer Kraftanstrengung gelungen, zumindest noch eine schwarze Null zu schreiben oder sogar leicht positive Zahlen zu erwirtschaften. Allerdings wird sich die wirtschaftliche Lage der Universitätskliniken in Zukunft unter wesentlich schlechteren Rahmenbedingungen gestalten.

Wir müssen deshalb zweierlei tun. Wir müssen einerseits, Herr Kollege Hoffmann – ich nenne dies zuerst –, an die inneren Strukturen der Universitätskliniken gehen. Wir haben deshalb eine internationale Strukturkommission eingerichtet, die die Strukturen unserer Universitätskliniken prüfen wird – auch im Vergleich mit Kliniken entsprechender Art im Ausland – und uns Vorschläge zu Umstrukturierungen der Universitätskliniken machen wird. Ich denke, es wird eine der großen Herausforderungen auch der nächsten Legislaturperiode sein, die Universitätskliniken im Inneren entsprechend umzustrukturieren.

Andererseits müssen wir, damit man mit den vorhandenen Mitteln noch auskommen kann, die Personalkosten, die zu

explodieren drohen, begrenzen, und dies vor dem Hintergrund der Einführung der Fallkostenpauschalen, also des DRG-Systems, das die besonderen Belange der Universitätskliniken, nämlich dass sie Krankenhäuser der Maximalversorgung sind, dass ihnen die schwierigsten und kostspieligsten Fälle zugewiesen werden, nicht ausreichend berücksichtigt. Es hat übrigens noch kein Land in der Welt gegeben, das so flächendeckend wie Deutschland Fallkostenpauschalen eingeführt hat.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Katastrophe!)

In Berlin wird ja nicht immer so perfektionistisch gehandelt – aber manchmal dort, wo wir es überhaupt nicht brauchen können.

Alle haben die Problematik inzwischen erkannt. Es gibt Vorschläge, die Konvergenzphase bei abgesenktem Einstiegswinkel zu strecken. Es bestünde eigentlich auch die Notwendigkeit, besondere Fallkostenpauschalen für Universitätskliniken einzuführen. Dies würde bei einem gedeckelten Gesamtbudget dazu führen, dass andere diese Summen aufbringen müssten, was auch schwierig ist.

Das heißt, wir stehen hier vor einer großen finanziellen Herausforderung. Ich habe erwähnt, dass wir dieser Herausforderung mit einer Veränderung der Strukturen, aber auch mit einer Dämpfung der explosionsartigen Entwicklung der Personalkosten begegnen müssen. Die Personalkosten machen etwa 70 % der Kosten der Universitätskliniken aus. Man kann also nicht nur an die 30 % Strukturkosten, sondern muss auch an die 70 % Personalkosten herangehen. Aber auf der anderen Seite wissen wir natürlich, dass das Personal die wichtigste Ressource ist.

Niemand wird bestreiten – da gebe ich Ihnen völlig Recht, Frau Bauer –, dass der gegenwärtige BAT weder für die Wissenschaft noch für die Krankenversorgung ein angemessener Rahmen ist. Deshalb ist es logisch, dass man von diesem BAT wegmuss.

Daher beschäftigt sich die aktuelle Debatte in den Aufsichtsräten und in den Klinika mit der Frage, ob man aus der TdL aussteigen, das heißt, zunächst einmal die Mitgliedschaft im Arbeitnehmerverband des öffentlichen Dienstes kündigen und dann auch die Frage des Ausstiegs aus der VBL stellen sollte. Die zu erwartenden Tarifsteigerungen nach BAT würden die Universitätskliniken mit etwa 17,1 Millionen € zusätzlich belasten. Seit 1996 ist die VBL-Belastung bei eigentlich nachlassenden Leistungen auf mehr als 10 % eines Bruttoarbeitsverdienstes angestiegen. Dass man dies ändern muss, wird, glaube ich, allgemein eingesehen.

Nun haben wir die Universitätskliniken in die Freiheit gegeben. Wir haben Vorstände und Aufsichtsräte an den Universitäten eingerichtet. „Freiheit“ heißt für uns, Frau Bauer, Autonomie, heißt Eigenverantwortung.

(Abg. Drexler SPD: Aber richtige!)

– Das ist eine richtige Eigenverantwortung, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Sie stellen immer noch die Hälfte der Leute!)

(Minister Dr. Frankenberg)

Deshalb ist die Entscheidung, aus dem Arbeitnehmerverband des öffentlichen Dienstes auszutreten und in der Folge den BAT zu kündigen, in erster Linie eine Entscheidung der Vorstände und der Aufsichtsräte der Klinika. Wir können nicht Gesetze mit diesen Strukturen machen und diesen Strukturen auch Autonomie geben, aber dann ständig hineinregieren wollen. Das ist nicht die Art von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, die sich die Landesregierung vorstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Göschel SPD: Rauschender Beifall!)

Wir müssen und können auch erwarten, dass die Vorstände und Aufsichtsräte diese Aufgabe mit großer Ernsthaftigkeit erfüllen,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

dass sie wissen, wie wichtig das Personal ist, dass sie wissen, dass sie dem Personal ein modernes Tarifsystem anbieten müssen, das auch die Motivation des Personals erhält, wenn nicht steigert. Sie wissen aber auch, dass die Summe der Personalausgaben im Grunde genommen nicht erhöht werden kann. Das heißt, es kann durchaus sein, dass etwa Spitzenkräfte in der Pflege besser besoldet werden, als dies derzeit der Fall ist.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Was wäre die Alternative zu einer solchen Modernisierung des Tarifsystems? Die Alternative wäre ein Personalabbau, weil von den Krankenkassen einfach nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Wer gegen den Ausstieg aus dem gegenwärtigen Tarifsystem ist, muss argumentieren, was denn die Alternative dazu ist. Er muss abwägen, ob Personalabbau eine vernünftige Alternative zu einem neuen Tarifsystem ist,

(Abg. Dr. Vetter CDU: Ja! – Beifall der Abg. Dr. Vetter CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

und prüfen, ob die Alternative Personalabbau die Beschäftigten nicht viel mehr verunsichert als ein besseres, transparentes und für viele auch günstigeres neues Tarifsystem mit adäquaten Beschäftigungsbeschreibungen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Günstiger für wen?)

Deshalb sagen wir: Es ist in erster Linie Aufgabe der Universitätskliniken, hier sachgerecht und vernünftig zu entscheiden. Als eine liberal orientierte Regierung wissen wir, dass wir auch denjenigen Vertrauen geben müssen, die an der Spitze der Unternehmen und Universitätskliniken stehen und in den Aufsichtsräten sind.

Frau Bauer, meiner Ansicht nach zeugt es von einem völlig falschen Freiheitsverständnis, wenn Sie mich als „Optionsminister“ bezeichnen. Optionen zu geben bedeutet, dass man denen, die handeln, Freiheiten und Eigenverantwortung gibt. Deshalb verstehe ich mich vielmehr als ein Autonomieminister, und dem kann man höchstens jemanden gegenüberstellen, der alles selbst zu regeln versucht. So verstehe ich mich nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das wäre auch der völlig falsche Weg einer Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Denn das alles kann nur in Freiheit, in Optionen und nicht in staatlichen Vorschriften und ständigen Einmischungen gedeihen und schon gar nicht dann, wenn man Freiheit gibt, aber eigentlich Einmischung meint, wenn es einmal etwas schwieriger wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Eigenverantwortung heißt auch, dass ich in schwierigen Situationen selbst entscheiden und für diese Entscheidungen einstehen muss. Ich kann nicht nur Schönwetterautonomie predigen.

So werden wir noch andere schwierige Entscheidungen für unsere Hochschulen und unsere Hochschulmedizin fällen müssen. Deshalb ist sozusagen mein Motto der nächsten Monate und der nächsten Zeit für die Überwindung dieser Schwierigkeiten eines von Schopenhauer:

Hindernisse überwinden ist der Vollgenuss des Daseins.

Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Redezeiten sind auch ausgeschöpft.

Punkt 2 der Tagesordnung, die Große Anfrage der Fraktion der CDU, ist damit erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist abgesetzt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, an dieser Stelle der Tagesordnung in die Mittagspause einzutreten. Wir unterbrechen daher die Sitzung und setzen sie um 13:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:16 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz – VRG) – Drucksache 13/3201

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3306

Berichtersteller: Abg. Junginger

Ich rufe gleichzeitig die vorliegenden Änderungsanträge auf. Im Einzelnen werde ich sie an den jeweiligen Stellen des Gesetzes benennen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich begrüße zu diesem Tagesordnungspunkt besonders die erschienenen Herren Landräte.

(Heiterkeit)

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache freie Redezeiten festgelegt. Außerdem hat das Präsidium die Möglichkeit eingeräumt, die Änderungsanträge bei den entsprechenden Artikeln zu begründen. Soweit Sie darüber hinaus – das möchte ich an dieser Stelle gleich sagen – das Wort wünschen, bitte ich, dies rechtzeitig vor den einzelnen Teilen des Gesetzentwurfs den Schriftführern mitzuteilen, damit dann bei der Abfolge diese Wortbeiträge berücksichtigt werden können.

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Junginger SPD: Jawohl, Herr Präsident, ich wünsche das Wort!)

Herr Berichterstatter Junginger, Sie erhalten das Wort.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Das so genannte Jahrbundtreformwerk, die Verwaltungsreform 2004, rechtfertigt es, dass ich, abweichend von der allgemeinen Handhabung, wonach Ausschussberichterstatter in aller Regel bei Plenarberatungen ihrer Tagesordnungspunkte nicht das Wort ergreifen, bei der Zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs, einem Gesetz mit 187 Artikeln, als Berichterstatter des federführenden Innenausschusses und gleichzeitig als Berichterstatter des Finanzausschusses als einem der beteiligten Fachausschüsse das Wort erbeten habe.

Dabei geht es mir in aller Sachlichkeit und Neutralität um drei Dinge, die für uns alle wichtig sein sollten: die Selbstachtung des Parlaments, die Transparenz gesetzgeberischen Handelns und die Partizipation der gesellschaftlichen Gruppen und Verbände, insbesondere der Vertretungen der von der Reform betroffenen Bediensteten, am Meinungs- und Willensbildungsprozess des Gesetzgebers, also des Landtags. Dabei ist die vielleicht fehlende Mitwirkungsmöglichkeit dieser Gruppen am Aufgabenteil der Landesregierung vor der Einbringung des Gesetzeswerks in den Landtag nicht mein Thema. Hierfür hätten wir keine Verantwortung. Wir haben allerdings die alleinige Verantwortung für die parlamentarische Behandlung, und das rechtfertigt auch meine Berichterstatterbemerkungen.

Dabei will ich nicht in der Sache selbst den Rednern von Regierung und Fraktionen vorgreifen und über die sachlichen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen, über Sinn oder Unsinn der Einzelmaßnahmen oder des Gesamtwerks berichten. Diese Sachauseinandersetzung wird anschließend noch einmal öffentlich zu führen sein. Ich will nur stichwortweise die Begriffe, die auch die Auseinandersetzung in den Ausschüssen geprägt haben, erwähnen, beispielsweise Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik, Effizienzrendite, Revisionsklausel, Kooperationsöffnung, Sicherung von Personalvertretungsrechten, Anhörungen, Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen und vieles mehr.

Dennoch möchte ich kurz den Gang des Gesetzgebungsverfahrens und der Beratungen in den Ausschüssen anspre-

chen, da die Beratungsabfolge nicht nur ungewöhnlich, sondern hoffentlich auch einmalig ist.

Der Gesetzentwurf mit 230 Seiten Text, mehr als 420 Seiten Begründung und 139 Seiten mit Anhörungsergebnissen wird dem Landtag mit Schreiben vom 12. Mai 2004 zugeleitet, nachdem das ganze Land schon seit Monaten darüber diskutiert, ohne dass erkennbar wäre, dass begründete Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge von der Regierung oder den Regierungsfraktionen bedacht oder dank notwendigerweise besserer Einsicht in das Verfahren aufgenommen würden.

(Widerspruch des Abg. Heinz CDU)

Tatsächlich gilt in der öffentlichen Wahrnehmung die ganze Verwaltungsreform schon als exekutiert, was beispielsweise dazu führt, dass Entscheidungen über die Schließung oder Weiterführung bisheriger Landesdienststellen bereits öffentlich verkündet werden, obwohl noch gar keine Entscheidungen ergangen sind. Das ist schädlich für die Entscheidungskompetenz dieses Landesparlaments.

Allerdings hat bei diesem schädlichen Prozess das Parlament selbst nachdrücklich mitgeholfen,

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

hat es doch mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen sowohl im Präsidium als auch in den Ausschüssen abgelehnt, den Ausschüssen eine ausreichende Beratungszeit zur abschließenden, qualifizierten Meinungsbildung und zu einer Anhörung von Fachleuten als Voraussetzung einer verantwortlichen Abwägung des Für und Wider mit eigener Entscheidungsverantwortung einzuräumen.

Ebenso ist es durchgängig abgelehnt worden, die Ausschussberatungen wegen der besonderen Bedeutung des Vorgangs für die Zukunft unseres Landes öffentlich durchzuführen. Wenn dieser Verzicht auf eigene verantwortliche Gestaltung mit dem Ziel des Abnickens der Regierungsvorschläge vielleicht noch verständlich sein könnte, weil sinnvolle Veränderungen oder notwendiges Eingehen auf Beibehaltungsvorschläge nach der Vorstellung der Verantwortlichen zum Zusammenbruch des Reformwerks in seiner Gesamtheit – nach der ebenfalls bemühten Mosaiksteintheorie – führen könnten, ist der geschaffene Termindruck bei der parlamentarischen Verhandlung

(Abg. Blenke CDU: Ist das noch Ihr erster Satz?)

ohne jede Rechtfertigung.

(Beifall bei der SPD)

Was meine ich damit? Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf am 16. Juni 2004 als Fachausschuss für den Bereich der Innenpolitik beraten und am 24. Juni ab 17:30 Uhr noch einmal insgesamt auf Grundlage der Beratungen der Fachausschüsse. Dabei haben drei der acht Fachausschüsse überhaupt erst am 23. bzw. 24. Juni getagt und ihre Beratung durchgeführt, nämlich der Landwirtschaftsausschuss, der Ständige Ausschuss und der Ausschuss für Umwelt und Verkehr. Von diesen Ausschüssen lagen uns im Innenausschuss keine Ausschussprotokolle vor, sondern nur die Beschlussempfehlungen.

(Junginger)

Es ist sicherlich leicht nachvollziehbar, dass eine derartige Handhabung als „Durchpeitschen“ verstanden werden könnte.

(Abg. Schmid SPD: Unglaublich!)

Zwar sind am 16. Juni im Innenausschuss die Vertreter der kommunalen Landesverbände mündlich angehört worden; ihre Änderungs- und Verbesserungsvorschläge sind aber lediglich zu Protokoll genommen worden. Schade für das Parlament in seiner Gesamtheit!

Wenn heute abschließend in Zweiter Lesung entschieden werden soll, dann liegt auf Ihren Tischen die Beschlussempfehlung des Innenausschusses mit dem Bericht über die Beratungen mit einem Umfang von ungefähr 100 Seiten. In den drei Stunden, die Ihnen zur Verfügung standen, werden Sie diese sicherlich sorgfältig gelesen haben. Die Drucksache 13/3306 ist die Grundlage der heutigen Entscheidung dieses Parlaments. Wenn Sie das gelesen haben, können Sie sicherlich kompetent und sachbezogen entscheiden. Auch das ist ein Beispiel für die von mir beklagte Selbstentmachtung des Parlaments.

Es ist eigentlich unzumutbar, auf diese Weise zum Durchlaufgremium degradiert zu werden. Ich wünsche mir, dass eine vergleichbare Berichterstattung in der Zukunft weder mir noch anderen zugemutet wird, wenn es um so wichtige Maßnahmen wie diese Verwaltungsreform geht. Im Interesse der Bedeutung des Parlaments und unserer Gesetzgebungsverantwortung meine ich, dass sich etwas Derartiges nicht wiederholen darf.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Blenke CDU: Dieser Bericht erfolgt nicht in unserem Namen! – Abg. Seimetz CDU: Das war eine Tendenzberichterstattung! – Abg. Herrmann CDU: Ein Missbrauch der Funktion! – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen einen Blick in die Geschäftsordnung. Daraus ergibt sich alles.

Ich erteile nun Herrn Abg. Heinz das Wort.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab etwas zu den Äußerungen sagen, die mein Vorredner gerade in seiner Eigenschaft als Berichterstatter getan hat. Herr Junginger, Sie haben sicherlich nicht in unserem Namen gesprochen. Aus meiner Sicht war Ihr Redebeitrag keine Rede eines Berichterstatters, sondern eine Kommentierung,

(Abg. Seimetz CDU: So ist es! Eine Tendenzberichterstattung! – Abg. Herrmann CDU: So ist es!)

wie Sie das von Ihrer Fraktion aus sehen. Das entspricht nicht der Rolle eines Berichterstatters, wie wir sie uns wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie Begriffe wie „Selbstentmachtung des Parlaments“ in den Mund nehmen, halte ich dies für ein starkes

Stück. Dies wird überhaupt nicht dem gerecht, was hier in den letzten Wochen und Monaten gemacht wurde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Junginger SPD: Ein getroffener Hund bellt nun einmal! – Unruhe bei der SPD)

Heute treten wir mit der Verwaltungsreform in die abschließende Lesung ein. Dies ist sicherlich eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode. Wenn ich mir einmal anschau, wie wir in Deutschland aufgestellt sind, dann merke ich, dass viel von Reformen geredet wird. Ich gebe zu, wir haben ja auch einige Reformen gemacht; das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber es werden trotzdem viel zu wenige Reformen in Angriff genommen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Weil man so lange debattiert! – Gegenruf des Abg. Schmid SPD)

Ich gebe gerne zu, dass wir in der Politik vielleicht einen besonders großen Reformstau haben.

(Abg. Fischer SPD: Das ist aber keine Entschuldigung! Unsinn!)

Für viele Branchen in Deutschland gilt der Satz: „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem.“

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpper CDU: So ist es!)

„Mit der Verwaltungsreform schaffen wir für Baden-Württemberg eine klar strukturierte Verwaltung.“ Dieser Satz stammt nicht von mir; der steht heute in einem Kommentar der „Stuttgarter Zeitung“.

(Abg. Drexler SPD: Dann lesen Sie aber das andere auch vor!)

– Ich habe das andere auch gelesen, aber ich kann ja jetzt nicht den ganzen Artikel vorlesen. – Ich bin mir ziemlich sicher, dass uns andere Länder folgen werden. Wir haben auch in diesem Bereich eine Spitzenreiterrolle eingenommen.

(Abg. Drexler SPD: Murks ist Murks!)

Sie alle wissen, wie die Finanzlage auf allen Ebenen unseres Staates aussieht. Ein Kommentar erübrigt sich hier eigentlich. Ein Blick auf die Hauptkostenfaktoren zeigt eines ganz deutlich: Bei den direkten Personalkosten liegen wir hier in Baden-Württemberg bei 42 %. Wenn wir die indirekten Personalkosten dazuzählen, liegen wir bei über 50 %. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass wir nichts unversucht lassen dürfen, um von diesen hohen Kosten wieder herunterzukommen. Wenn uns das nicht gelingt, dann können wir uns die Haushaltssanierung und die Frage, ob wir irgendwann eine Nettoneuverschuldung haben werden oder nicht, eigentlich komplett abschminken.

Lassen Sie mich eines klarstellen: Der Staat hat erst dann wieder das Recht, seine Bürger mit höheren Steuern und Abgaben zu belasten, wenn wir vorher alle Sparmaßnahmen in der Verwaltung ausgeschöpft haben. Eine Effizienzren-

(Heinz)

dite von 135 Millionen € nach sieben Jahren ist doch ein gewaltiger Brocken.

(Abg. Teßmer SPD: Noch haben wir sie nicht!)

Wenn ich an die letzten Diskussionen über den Haushalt 2004 denke, dann fällt mir ein, dass wir im Innenressort Beiträge in Größenordnungen von 800 € eingesammelt haben. Dabei ging es beispielsweise um Besuchsprogramme für ungarische Bürgermeister. Dass muss man sich einmal vor Augen halten. Heute reden wir dagegen über den gewaltigen Brocken von 135 Millionen € der hier zur Diskussion steht.

(Abg. Drexler SPD: Die werden Sie nicht hinkriegen!)

– Wir haben damals immerhin, Herr Drexler, in dieser Sammelaktion 1 000 Millionen eingespart. Das ist auch eine Leistung.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gerade von 800 € Reisekosten gesprochen!)

– Das war ein Teil davon.

(Abg. Drexler SPD: Schön! Ein gutes Beispiel!)

Insgesamt sind es natürlich 1 000 Millionen.

Ich will aber auch unterstreichen, dass es meines Erachtens richtig ist, alle Verwaltungsbereiche auf den Prüfstand zu stellen, wie dies übrigens in der Vergangenheit, gerade in den letzten Jahren, geschehen ist. Ich bin 1992 in den Landtag gekommen.

(Abg. Teßmer SPD: Ein sehr einseitiger Bericht!)

In den folgenden zehn Jahren haben wir 10 000 Stellen eingespart. Jedes Jahr wurde Stück für Stück im Personalbereich konsequent gespart.

(Abg. Schmid SPD: Wo kommen denn auch die vielen Arbeitslosen her?)

Wir haben das natürlich, zum Teil auch gemeinsam mit Ihnen, wieder eingesetzt, nämlich in Lehrer- oder in Polizeistellen; das ist gar keine Frage. Aber es kann nicht sein, dass wir jetzt darin einhalten. Wir müssen diesen Weg weiter gehen, und ich finde es richtig und notwendig, dass in den Ministerien auch jeweils eine Abteilung und mehrere Referate eingespart werden. Die CDU-Fraktion trägt diese Einsparungen mit, die die Regierung hier vorhat und vorzieht. Notfalls fordern wir sie auch ein.

Ich will das Stichwort NSI nennen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Ha! Jesus!)

Ich war Mitglied im Parlamentarischen Beirat „Neue Steuerungsinstrumente“

(Abg. Drexler SPD: Hunderte von Millionen in den Sand gesetzt! Da machen wir noch einen Untersuchungsausschuss!)

und habe dort immer die undankbare Rolle übernommen, anzumahnen, dass wir mit diesem Programm auch Stellen einsparen müssen. Die Mitglieder der rot-grünen Opposition wollten jedoch davon nichts wissen.

Ich wurde eigentlich immer als derjenige abgetan, der an die alten Kamellen erinnert, dass mit diesem Programm auch eine Stelleneinsparung verbunden sein muss. Wir müssen dies auch zu Recht einfordern, wenn es so weit ist.

(Abg. Drexler SPD: Da haben sie eine halbe Milliarde rausgeschmissen!)

Dass eine 20-prozentige Effizienzrendite möglich und zu leisten ist, haben in den letzten Jahren die Regierungspräsidien vorgemacht: Personaleinsparungen von mehr als 30 %, die Mittelbehörden wurden völlig neu ausgerichtet und neu aufgestellt. Dass dies möglich ist, ist bewiesen, und das Gleiche ist auch im nächsten Bereich, bei den Mittelbehörden und den Landkreisen, gut machbar. Das ist der Weg, der von den Regierungspräsidien sowie den Stadt- und Landkreisen gegangen werden muss: Verwaltung neu aufstellen, neu orientieren, wie es mein Landrat in Waiblingen gemacht hat, der nach der Eingliederung aus fünf Referaten vier gemacht hat.

(Abg. Stickelberger SPD: Das ist doch perfekt!)

Ich denke, wir brauchen eine Neuorientierung. Ich gebe zu, dass das nicht gerade einfach ist, aber es ist zu schaffen.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin im Übrigen zuversichtlich, dass durch diese Reform auch ein Wettbewerb unter den Landkreisen stattfinden wird und dass alle versuchen werden, möglichst schnell in den grünen Bereich zu kommen, das heißt, die Dinge, die einem abgezogen werden, wieder über Kosteneinsparungen hereinzuholen. Das ist das, was wir eigentlich brauchen. Wir brauchen Best Practice und Benchmarking, wie man das in neudeutschen Begriffen sagt, also Orientierung am Besten, um es auf Deutsch zu sagen. Das ist sicherlich für den einen oder anderen der richtige Weg. Ich freue mich auch, dass hier bei den Landkreisen eine Offenheit herrscht und gesagt wird: Wir wollen einen Vergleichsring einführen, wir wollen die Zahlen offen legen, auch untereinander, um zu schauen, wie es funktioniert und wie es am besten geht.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass die Stadt- und Landkreise diesen Vergleichsring einführen und offen mit dem Problem umgehen wollen. Wir begrüßen auch die eindeutige Zuständigkeit des Kreistags nach der Gesetzesbegründung zu Artikel 179, wo die Berichtspflicht normiert ist. Danach hat der Kreistag bei der Erarbeitung des Berichts über die Ergebnisse der Verwaltungsreform im Jahr 2007 als Hauptorgan zwingend ein Mitspracherecht. Er ist zu beteiligen. Die CDU-Fraktion geht im Übrigen davon aus, dass diese Berichtspflicht die Rechnungsergebnisse 2005 und 2006 umfasst und dass die Darstellung von Einnahmen und Ausgaben die jeweils erzielten Einsparungen aufzeigt.

Im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens wurden zahlreiche Anregungen aufgenommen und eingearbeitet, nicht so, wie es vorhin der Berichterstatter dargestellt hat.

(Heinz)

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja lachhaft! Wo lebt der Mann?)

Lassen Sie mich beispielhaft einige nennen: In die Verbandsversammlung des neuen Sozialverbands für Jugend und Soziales wird neben dem Oberbürgermeister oder Landrat ein weiterer Vertreter des Kreistags entsandt. Weitere Zuständigkeiten – Stichwort: Wassergesetz –

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

wurden auf die Großen Kreisstädte nach § 14 und § 16 des Landesverwaltungsgesetzes übertragen.

(Abg. Stickelberger SPD: Das ist aber revolutionär!
– Abg. Drexler SPD: Das ist ein Riesending!)

– Alles revolutionär, klar.

Wir haben eine auf zehn Jahre begrenzte Ausgleichsvorschrift aufgenommen, die eine Pflicht des Landes zum Kostenausgleich bei Ausgabensteigerungen wegen Änderungen im EU- bzw. Bundesrecht vorsieht: Artikel 180. Diese Vorschrift kam analog zu SoBEG I hinein. Die Frauenförderung wurde verbessert.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was? –
Abg. Marianne Wonnay SPD: Weiße Salbe! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir haben die Einwohnergrenze nach § 14 des Landesverwaltungsgesetzes von 8 000 Einwohnern aufgehoben und eröffnen damit interessierten Kommunen die Chance, die interkommunale Zusammenarbeit zu intensivieren.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Döpper CDU: Mario, bitte!)

– Bleiben Sie doch ganz ruhig.

Bei den Vermessungsgebühren gibt es noch etwas Neues. Dazu liegt Ihnen heute ein Antrag vor. Da haben wir noch einmal nachgebessert. Wir haben die Zahlen von 2003 in die Pauschale einbezogen, die ja von 1998 bis zum Jahr 2002 ging. Das führt im Ergebnis dazu, dass wir den Ausgleichsbetrag um etwa 1,1 Millionen € erhöht haben, sodass er sich noch einmal verändert.

Aber, meine Damen und Herren, nicht die Kosten sind entscheidend. Ich habe Ihnen die Kosten einmal relativ ausführlich dargestellt. Mit der Reform schaffen wir es, auf der Grundlage eines dreistufigen Verwaltungsaufbaus eine klar strukturierte Verwaltung zu bilden. Ich finde, für den Bürger und die Wirtschaft ist es ein erheblicher Fortschritt, wenn die jetzt vielfältige – man könnte auch sagen: zersplitterte – Behördenlandschaft gebündelt sowie klar und nachvollziehbar strukturiert wird. Für uns gilt das Subsidiaritätsprinzip.

(Lachen des Abg. Teßmer SPD)

Wir wollen die Verwaltung von unten nach oben aufbauen, und wir werden auch die Ziele, die jetzt immer noch angemahnt werden – Aufgaben nach unten zu verlagern, Aufgabenabbau –, angehen, umsetzen, und zwar zügig innerhalb des nächsten Jahres. Verlassen Sie sich darauf!

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich etwas zu den Anträgen sagen. Wir haben heute ja 27 Anträge vorliegen. Zahlreiche Anträge sind von der SPD. Jetzt kamen noch einige neu von den Grünen dazu. Sie werden verstehen, dass ich jetzt nicht auf alle eingehen werde.

Wenn die Grünen die Ausweitung der Frauenförderung auf Gemeinden mit mehr als 8 000 Einwohnern fordern und den Geltungsbereich des Gesetzes auch noch auf Gemeinden mit weniger als 8 000 Einwohnern ausdehnen wollen, lehnen wir dies klar ab. Wir meinen, dass dies eine echte Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen ist und dort von diesen erledigt werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie drücken sich, Kollege Heinz! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Wir drücken uns überhaupt nicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Doch! Das habe ich gerade gesagt!)

Herr Oelmayer, in der heutigen Zeit haben wir auf allen Ebenen unseres Staates andere Aufgaben, als die kommunale Frauenförderung als Pflichtaufgabe zu normieren. Es tut mir Leid, ich sehe das halt so.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Verfassungsauftrag! Es handelt sich um einen Verfassungsauftrag! – Abg. Fischer SPD: Herr Kollege Heinz, wissen Sie, dass das ein Verfassungsauftrag ist? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Oelmayer, wenn Sie mich schon ansprechen, dann sage ich: Der nächste Punkt betrifft auch etwas, was Sie beantragt haben. Da habe ich schmunzeln müssen. Sie wollen die Effizienzrendite auf 8,5 % reduzieren. Das habe ich einmal nachgerechnet. Wissen Sie eigentlich, was Sie da machen? Wenn Sie den Deckel vom Topf nehmen, dann ist der ganze Druck raus.

(Abg. Teßmer SPD: Ach, das geht alles durch den Druck! Damit sparen Sie!)

Dann geht es nicht mehr weiter, und dann können wir wirklich keine Effizienzrendite erzielen. Das Gericht muss doch gar werden. Wir müssen hier zu Ergebnissen kommen, und dann machen Sie hier ein Angebot von 8,5 %.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wir arbeiten mit Vertrauen und Sie mit Druck! – Oh-Rufe von der CDU)

Da kann ich nur staunen, Herr Oelmayer. So geht es nicht.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die Verwaltungsreform bringt eine klar strukturierte Verwaltung, schafft mehr Bürgernähe und größere Effizienz, verbunden mit erheblichen Kosteneinsparungen. Wir bauen auf SoBEG I auf, das vor neun Jahren ins Werk gesetzt wurde,

(Abg. Fischer SPD: Und mehr Druck im Topf!)

(Heinz)

und führen das konsequent weiter. Einräumigkeit der Verwaltung, Einheit der Verwaltung mit integrierten Entscheidungen – dazu gibt es keine Alternative. Heute geht es darum, Nägel mit Köpfen zu machen.

(Abg. Teßmer SPD: Das sind aber Hohlköpfe!)

Wir zeigen, dass wir nicht nur über Reformen reden, sondern auch welche machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Abg. Capezzuto SPD: Haas, jetzt musst du zuhören! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Abg. Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich freue mich natürlich ganz besonders, dass heute die Landräte anwesend sind.

(Abg. Kübler CDU: Alle? Die sind nicht alle da! – Abg. Teßmer SPD: Die haben Zeit! – Zurufe von der CDU)

– Die Dame gehört wohl nicht zu ihnen. – Wir freuen uns, dass sie extra zu diesem Anlass Urlaub genommen haben.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hillebrand: Das ist Dienst! – Abg. Fischer SPD: Dienstbefreiung!)

– Herr Schneider, Sie schütteln den Kopf. Sie brauchen keinen Urlaub zu nehmen; Sie gehören ja eh hierher. Das ist ja klar.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Alfred Haas CDU)

Es ist auch berechtigt, dass sie anwesend sind, weil ihnen durch diese Verwaltungsreform ja ein erheblicher Aufgaben- und Verantwortungszuwachs zukommt.

(Beifall des Abg. Schneider CDU – Lachen der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich dieses Verwaltungsstruktur-Reformgesetz, das ja auch die Justiz beinhaltet und das heute zur Abstimmung steht, näher anschauere, dann muss ich sagen: Die Sache ist noch nicht in trockenen Tüchern und wahrscheinlich zu einem Teil schon wieder überholt, weil sie der Entwicklung in unserer Gesellschaft, auch in Baden-Württemberg, hinterherhinkt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: Der Junginger hat gesagt, es sei zu schnell gegangen! Könnt ihr euch einmal abstimmen in eurer Fraktion!)

Dafür gibt es ja auch Zeugen. – Herr Kollege Haas, auch Sie werden noch ins Landratsamt integriert, warten Sie nur ab.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer: Den will nun wirklich niemand! Das wäre der Letzte, den die Landräte wollen! – Abg. Göschel SPD: Als Briefbeschwerer!)

In der Gewissheit, dass diese Reform lange Bestand hat, werden wir natürlich dadurch erschüttert, dass es im Staatsministerium, wie ich in der „Badischen Zeitung“ von gestern lese, offensichtlich Überlegungen für eine Kreisreform gibt.

(Abg. Hillebrand CDU: Was? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Ja!)

– Herr Hillebrand, Sie müssen die „Badische Zeitung“ lesen, dann sind Sie im Bild.

(Unruhe)

Ich habe mit großem Interesse vernommen, dass unser künftiger Wirtschaftsminister vielleicht die Landkreise Reutlingen und Tübingen zusammenlegen will.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Falsch!)

Auch das steht in der Zeitung.

(Abg. Herrmann CDU: Das entscheidet aber nicht der Wirtschaftsminister!)

Ich habe ferner vernommen, dass der Freiburger Regierungspräsident – immerhin der Vertreter der Landesregierung vor Ort – öffentlich über eine Möglichkeit nachdenkt, was die Zusammenlegung der Landkreise Tuttlingen und Rottweil angeht.

(Heiterkeit – Abg. Alfred Haas CDU: Ist gar nicht wahr! – Abg. Herrmann CDU: Das ist doch Aufgabe des Landtags und nicht der Regierungspräsidenten! – Unruhe)

Oder, Herr Haas: Emmendingen in den Kreis Breisgau-Hochschwarzwald.

(Unruhe)

Diese kritischen Anmerkungen verleiten mich natürlich schon zu der Frage: Wie lange hat diese Reform denn Bestand?

(Abg. Herrmann CDU: Lange! – Abg. Alfred Haas CDU: Jedenfalls kommen Sie nicht mit! Geht es jetzt zu schnell oder zu langsam?)

Dann musste ich noch lesen, dass Herr Oettinger vor einiger Zeit erklärt hat, die kleinen Landkreise würden diese Reform nicht schaffen.

(Abg. Kübler CDU: Hohenlohe schafft's!)

Deshalb muss ich fragen: Wie lange hat diese Verwaltungsreform noch Bestand?

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, dass Sie uns im Zusammenhang mit der Diskussion über das Regio-

(Stickelberger)

nalkreismodell immer vorgeworfen haben, wir würden große Strukturen mit Mammutbehörden schaffen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist allerdings wahr!)

Nehmen Sie einmal das Regierungspräsidium Freiburg, das derzeit etwa 400 Bedienstete hat. Dieses wird in Zukunft ca. 1 500 Bedienstete haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Und das ist nicht eines der größten Regierungspräsidien.

Dieses Argument, das Sie uns immer entgegenhalten, trifft teilweise auch auf Ihre Verwaltungsreform zu.

(Abg. Kübler CDU: Wo ist das Problem? – Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann müssten Sie die ja unterstützen! – Unruhe)

Ein weiterer Punkt ist die Bündelungsfunktion. Der Herr Innenminister hat bei seiner Einbringungsrede zum Gesetzentwurf sehr stark darauf abgehoben. Die Bündelungsfunktion, die Sie mit Ihrer Reform erreichen wollen, erreicht man mit dem Regionalprinzip erst recht.

(Abg. Hauk CDU: Aber nicht dezentral!)

Lassen Sie mich einmal die in diesem Zusammenhang häufig gebrauchten Begriffe der Einhäusigkeit und der Bürgernähe etwas hinterfragen. Einhäusigkeit bedeutet ja Entscheidungen aus einem Guss – Herr Innenminister, so haben Sie es in etwa formuliert –: einheitliche Entscheidungen, kurze Wege, kleine Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Behörden oder – künftig – Behördenteilen.

Was hat das mit Bürgernähe zu tun? Der Bürger nimmt Dienstleistungen der Verwaltung häufig nicht in gebündelter Form in Anspruch, sondern als Einzelleistung, zum Beispiel einen Bescheid der Versorgungsverwaltung. Dabei braucht er keine Bündelung mit anderen Entscheidungen. Ich sehe auch keinen Bündelungseffekt, wenn jemand einen Führerschein oder eine Fahrerlaubnis beantragt, mit einer Entscheidung im Schulbereich. Wo kommt da der Bündelungsgedanke dem Bürger zugute?

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben nichts verstanden!)

Das Thema Bürgernähe scheint mir in diesem Zusammenhang nur vorgeschoben zu sein, um für ein System zu werben, das eigentlich vom Inhalt her gar nicht hält, was es verspricht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man in die Einzelheiten geht und sich anschaut, wie Sie zum Beispiel mit der Flurneuordnung umgehen, fragt man sich: Wo bleibt da die Bürgernähe? Die Flurneuordnung orientiert sich bisher an den Bereichen, in denen Flurneuordnungsverfahren anfallen. Sie geht stark zum Bürger. Die Gesetze schreiben ja auch entsprechende Anhörungen vor Ort vor. Meistens sind das große Veranstaltungen, in denen die Belange ausführlich erörtert werden.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Jetzt bilden Sie bei den Landratsämtern Grundteams und siedeln bei den Regierungspräsidien Poolteams an – ausgerechnet bei den Regierungspräsidien, die sich ja, wie wir wissen, durch besondere Bürgernähe auszeichnen.

(Abg. Hillebrand CDU: Je nach Bedarf!)

Und die bisherige Struktur, nahe am Bürger, mit den Flurbereinigungsämtern, die bisher diese Aufgabe leisten, geben Sie ohne Not auf.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ist doch nicht wahr!)

Ich kann dabei Bürgernähe nicht erkennen.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Ich kann auch keine Bürgernähe erkennen,

(Abg. Hillebrand CDU: Das ist Bürgernähe!)

wenn Sie die Straßenbauverwaltung in der vorgesehenen Form aufgliedern. Wir werden darauf noch im Einzelnen zu sprechen kommen. Wo ist da die Bürgernähe? Bisher ist die Aufgabenerfüllung optimal erfolgt. Wo liegt jetzt der Vorteil für den Bürger?

Bleibt nur noch die Frage nach dem Synergieeffekt. Der Kollege Kretschmann hat Ihnen ja in der letzten Debatte einmal erklärt, was Synergieeffekt im Einzelnen bedeutet. Ich brauche das heute nicht zu wiederholen. Wo liegt der Synergieeffekt, wenn eine Schulbehörde und eine Straßenbaubehörde unter einem Dach sind? Ich kann einen Synergieeffekt beim besten Willen nicht erkennen, und Frau Ministerin Dr. Schavan sieht wahrscheinlich auch keinen.

(Abg. Zimmermann CDU: Sicherer Schulweg! – Abg. Drexler SPD: Die Straßenbaubehörde ist nachher für die Schulen zuständig, klar! – Abg. Alfred Haas CDU: Kürzere Wege!)

Wo liegt die Bürgernähe, wenn man Bürgernähe nicht nur als räumliche Distanz zum Bürger definiert, sondern auch als den Versuch einer optimalen Aufgabenerfüllung begreift? Sagen Sie mir einmal, wo der Vorteil für den Bürger liegen soll, wenn die Versorgungsverwaltung auf viele kleine einzelne Einheiten verlegt wird und der geballte Sachverstand, den wir jetzt in diesen Behörden haben, zerschlagen wird,

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

zerbröselt auf einzelne kleine Einheiten, auf Minibehörden! Das ist nicht nachvollziehbar. Wo ist da die Bürgernähe? Und ein Einspareffekt ist ebenfalls nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zum Aufgabenabbau. Auch der Innenminister hat das Thema ja in seiner letzten Rede stark angeschnitten. Aufgabenabbau betrifft uns alle – den Bund, die Länder und die Gemeinden. Da sitzen wir alle in einem Boot. Auch der Landtag muss dafür Sorge tragen, dass Aufgaben abgebaut wer-

(Stickelberger)

denn; denn auch wir produzieren im Rahmen unserer Gesetzgebungsstätigkeit Aufgaben.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Haas, Sie fragen nach unseren Vorschlägen. Wir haben in unserem Konzept vorgeschlagen, die Regierungspräsidien abzuschaffen. Was meinen Sie, was dadurch an Aufgaben entfällt? Jede Menge.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wie sieht das jetzt aus? Unsere Frage nach dem Aufgabenabbau haben Sie bisher nicht beantwortet. Auch der Herr Innenminister konnte das nicht. Die Frage nach dem Aufgabenabbau werden künftig die Landräte beantworten. Ich frage mich, wie die Landräte bei staatlichen Aufgaben in ihrem Bereich Aufgaben abbauen wollen. Ich bin bisher der Auffassung gewesen, dass staatliche Aufgaben im Land gleichmäßig, mit gleicher Qualität erledigt werden müssen. Dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Es kann ja sicher nicht nach dem Motto gehen: „Wie viele Aufgaben hätten Sie denn gern, wie viele staatliche Aufgaben können Sie noch erledigen? Fragen Sie Ihren Landrat! Er wird Ihnen diese Fragen beantworten.“ So kann es nicht gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun zu den Kosten und zum Thema Effizienzrendite. Die Kosten der Umstellung, die die Verwaltungsreform mit sich bringt, sind aus unserer Sicht bisher nicht seriös ermittelt worden. Wir gehen davon aus, dass ein großer Teil der Effizienzrendite in der ersten Zeit durch die Übergangskosten, die bei allen Beteiligten anfallen, aufgefressen werden wird.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Das haben wir schon beim letzten Mal gesagt!)

Darauf haben wir bisher von der Landesregierung keine ausreichende Antwort erhalten. Deshalb meinen wir, dass die Zahlen, die uns bisher vorliegen, so nicht nachvollziehbar sind. Die Summe von 135 Millionen € – Herr Heinz, auch Sie haben diese Summe genannt – ist nicht zu halten; die wird nicht zu halten sein.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn Sie ans Werk gehen, sicherlich nicht! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Frage, wer letztlich die Zeche bezahlt, haben wir öfter gestellt. Auch hierauf haben wir keine befriedigende Antwort erhalten. Die Landesregierung hat ja verlauten lassen, dass durch die Verwaltungsreform keine zusätzlichen Kosten auf die Landkreise zukommen werden. Ich frage mich: Wie wollen die Landkreise diese Effizienzrendite erwirtschaften?

Ich darf Ihnen dazu zum Beispiel einmal die Ausführungen des Kollegen Hauk aus der letzten Sitzung vortragen. Meine Damen und Herren, Herr Hauk hat in der letzten Debatte

erklärt – ich darf es Ihnen vielleicht vorlesen, damit es auch korrekt wiedergegeben ist –:

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich persönlich gehe nicht davon aus, dass die Vermesser, die Flurneuordner, die Förster, die Gewerbeaufsichtler etc. in den nächsten sieben Jahren die Effizienzrendite von 20 % erbringen werden. Das wird faktisch auch gar nicht möglich sein. Punkt 1.

(Abg. Hauk CDU: Sie müssen aber vollständig zitieren!)

Wer soll denn die Effizienzrendite erbringen, wenn nicht die Genannten? Wer bleibt denn dann noch?

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Das bedeutet Karriereende! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Stickelberger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Stickelberger SPD: Aber gern.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Stickelberger, wenn Sie mich zitieren, würden Sie – das ist meine Frage – mich dann bitte vollständig zitieren?

(Zurufe von der SPD)

Denn ich habe gesagt: Die werden es nicht allein erbringen können, sondern alle im Landratsamt müssen sie erbringen.

(Abg. Drexler SPD: Auch die kommunalen Ämter!)

Also auch diejenigen, die bereits drin sind,

(Abg. Drexler SPD: Richtig! Schön!)

werden dazu beitragen müssen, die Effizienzrendite und die Synergien zu erbringen, denn erst dann wird ein Ganzes daraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oettinger CDU: Völlig korrekt! – Zurufe von der SPD)

Abg. Stickelberger SPD: Herr Kollege Hauk, ich kann Sie schon deshalb nicht vollständig zitieren, weil Ihre Rede im Protokoll sieben Seiten, glaube ich, umfasst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Aber ich komme auf diesen Punkt noch zu sprechen.

Wer soll die Effizienzrendite erwirtschaften?

(Zurufe von der CDU)

Sollen etwa die Versorgungsämter, die jetzt dezentral bei den einzelnen Landratsämtern ihre Aufgaben erfüllen, die Effizienzrendite erbringen? Oder sollen die Schulleute sie erbringen?

(Abg. Schneider CDU: Alle miteinander!)

– Ja, Herr Schneider, alle miteinander. Das hat auch Herr Hauk gemeint.

(Abg. Hauk CDU: Genau!)

(Stickelberger)

In diese Richtung zielte auch Ihr Zwischenruf: „Alle miteinander!“ Ich gehe doch davon aus, Herr Schneider, dass die Ämter, die bisher in Ihrem Landratsamt waren, effektiv und wirtschaftlich gearbeitet haben.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So, wie ich Sie kenne, haben Sie doch Ihr Landratsamt bereits optimal organisiert,

(Abg. Drexler SPD: Herr Schneider noch nicht!)

sodass ich mich frage, woher diese zusätzlichen 20 % kommen sollen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich sehe es nicht. Sie müssen fairerweise sagen: „Entweder ich baue staatliche Aufgaben ab, oder ich spare in dem Bereich, für den ich die Kommunalverantwortung trage.“

(Abg. Schneider CDU: Querschnitt!)

Dann sparen Sie bei den Schulen, den Sozialeinrichtungen, den Altenbetreuungsstätten etc. Dann kommen Sie vielleicht auf die gewünschte Effizienzrendite, sonst aber nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie sich so sicher sind, was die Effizienzrendite angeht: Warum haben Sie dann nicht die von den kommunalen Landesverbänden mit Ausnahme des Landkreistags geforderte Revisionsklausel zugelassen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sagt nicht einmal der Haas etwas! Er ist ganz ruhig!)

Davon sehe ich nichts mehr. Ich habe mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass bei diesem Punkt ursprünglich von Zusagen der Landesregierung die Rede war. Offensichtlich hat es da Missverständnisse gegeben. Vielleicht sollte man beim nächsten Mal klugerweise einen schlichten Aktenvermerk über dieses Thema fertigen, damit alle Beteiligten noch wissen, wer was wem wann zugesagt hat. Aber warum scheuen Sie die Revisionsklausel? Dazu hat Herr Heinz ja ein entlarvend Argument angeführt: „Der Druck muss her.“

(Abg. Schneider CDU: Richtig! – Abg. Fischer SPD: Der Druck muss kommen!)

Auch Sie, Herr Schneider, haben an anderer Stelle gesagt: „Der Druck muss im Kessel bleiben.“ Beim Herrn Innenminister klang das vor drei Wochen noch ganz anders. Er sprach sehr viel von Vertrauen in die Landräte.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Druck durch Vertrauen! Vertrauen durch Druck!)

Bei Ihnen hört sich das schon ganz anders an. Druck und Vertrauen sind schon zwei Paar Stiefel.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU – Abg. Seimetz CDU: Das ist Vertrauensdruck!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen. Er bekümmert uns außerordentlich. Herr

Heinz, Sie haben die Beteiligung der Betroffenen angesprochen. Von den Stellungnahmen derjenigen Gruppen, Verbände, Personen, die angehört wurden, findet sich in Ihrem Gesetzentwurf nicht viel wieder. Einige wenige Bereiche hat der Herr Innenminister beim letzten Mal genannt. Vorgenommen wurden ganz wenige, marginale Korrekturen.

(Abg. Hillebrand CDU: Wichtige!)

Man hat den Eindruck – den werde ich auch nicht los –, dass Sie die Beteiligung der Betroffenen geradezu gescheut haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oh Jesses! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Wir haben hervorragende Stellungnahmen der Verbände, des DGB,

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Heinz: Sonst fällt Ihnen keiner ein!)

insbesondere auch des Beamtenbunds Baden-Württemberg, der mit eine der umfangreichsten und fundiertesten Stellungnahmen vorgelegt hat.

(Abg. Drexler SPD: Nichts ist umgesetzt worden! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Die kommunalen Landesverbände sind ja weiß Gott auch unverdächtig, gerade zu unserer Klientel zu gehören; das muss ich an dieser Stelle auch einmal sagen. Sie wollten diese Stellungnahmen gar nicht zur Kenntnis nehmen.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie wollen sie gar nicht haben!)

Sie sind den Förstern, den Polizisten, den Gewerbeaufsichtlern aus dem Weg gegangen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Sie haben den Dialog gescheut,

(Abg. Drexler SPD: Sie sind ja nicht einmal mehr in den Wald gegangen! – Heiterkeit bei der SPD – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Doch, der Herr Hau! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Der hat Holz gemacht! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

sonst hätten Sie vielleicht wahrnehmen können, wie viel Sachverstand eingebracht worden wäre. Nicht nur diesen Sachverstand wollten Sie nicht. Sie wollten auch von Anfang an nicht den Sachverstand der Ministerien.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

So, wie diese Verwaltungsreform angelegt war, war sie eigentlich der perfekte Einstieg in das Präfektursystem, von dem unsere französischen Nachbarn gerade wieder Abstand nehmen oder das sie zumindest abbauen. Warum haben Sie die Beteiligten, insbesondere auch die Ministerialbediensteten, nicht stärker einbezogen?

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

(Stickelberger)

Damit möchte ich nicht missverstanden werden: Ich habe großen Respekt vor der Arbeitsleistung, die in diesem Entwurf des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes steckt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da steckt sehr, sehr viel Arbeit drin, und das verdient Anerkennung. Das bedeutet aber nur, dass die Verwaltung gezwungen war, die Vorgaben entsprechend umzusetzen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Mit den Vorgaben selbst, mit dem Konzept sind wir so nicht einverstanden;

(Abg. Junginger SPD: Murks!)

um das ein für alle Mal klarzustellen.

(Abg. Drexler SPD: Auf Deutsch gesagt: Es ist Murks! – Gegenruf des Abg. Hillebrand CDU: Weil ihr es nicht kapiert! – Abg. Alfred Haas CDU: Dem Herrn „Dreckler“ fällt auch nichts mehr ein! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Du kannst das Wort ja nicht einmal buchstabieren! – Abg. Capezuto SPD: Der hat schon Probleme mit seinem Namen, der Haas!)

Meine Damen und Herren, wir werden im Laufe dieser Debatte, wie schon in den Ausschussberatungen, zu zahlreichen Punkten Änderungsanträge einbringen und hier zur Abstimmung stellen lassen, Änderungsanträge, die sich auf die Revisionsklausel, auf einzelne Bereiche etwa in der Vermessungsverwaltung, in der Versorgungsverwaltung oder auf die Beteiligung der Mitarbeiter bei den Personalräten, insbesondere in der Übergangsphase, beziehen. Wir sind gespannt, ob Sie wenigstens in kleinen Teilbereichen noch zu Ergebniskorrekturen fähig sind.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ansonsten lautet unser Fazit: Diese Verwaltungsreform ist so, wie sie auf den Tisch gelegt wurde, bereits jetzt ein Auslaufmodell.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Die Reformdiskussion, wie wir die Verwaltung in Baden-Württemberg in den nächsten 20, 25 Jahren gestalten, hat wieder begonnen. Stichworte wie Kreisreform sind dazu Anlass. Ich bin überzeugt, wir werden uns über kurz oder lang mit der Korrektur dieser verfehlten Reform beschäftigen müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Grundsatz jeglicher Verwaltungsreform ist die Frage, wie öffentliche Dienstleistungen für die Bürger und die Wirtschaft so effizient, so bürgernah und zugleich so kostengünstig wie möglich erbracht werden

können. Es ist ein Prinzip jedes Wirtschaftsunternehmens und jedes Dienstleistungsunternehmens – und inzwischen ist es, glaube ich, in den Kommunen draußen viel weiter verbreitet als hier bei Ihnen, liebe Kollegen von der SPD; die Kommunen sehen sich nämlich selber als Dienstleister –, zunächst vom Kunden her zu denken, und das sind in diesem Fall die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Machen Sie das einmal!)

Zweitens ist stets die Frage zu stellen, ob und inwieweit Standards und Regulierungen einer effizienten Aufgabenerledigung im Wege stehen und ob diese Regulierungen zwingend erforderlich sind.

Drittens ist zu fragen, ob es wirklich zwingend erforderlich ist, dass diese Dienstleistungen durch die öffentliche Hand erbracht werden, oder ob sie nicht genauso gut oder besser durch private und im Wettbewerb freie Träger erbracht werden können. Ich denke, das ist der Lackmустest dafür, ob man Subsidiarität ernst nimmt oder nicht. Wir nehmen sie ernst. Deswegen entspricht das voll der liberalen Überzeugung, Subsidiarität überall dort einzufordern, wo es möglich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auf all diese Fragen gibt das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz, das wir heute beschließen werden – ich bin mir sicher, dass wir das tun werden –, keine abschließenden, keine ein für alle Mal gültigen Antworten, aber es enthält ganz wesentliche Schritte hin zu einer effizienteren, kostengünstigeren und bürgernäheren Struktur der öffentlichen Verwaltungen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Kurz CDU: Sehr gut!)

Dieser große Schritt, den wir heute von der Gesetzgebung her zum Abschluss bringen – der reale Vollzug wird seine Zeit brauchen –, wäre ohne den Druck knapper Kassen möglicherweise nicht zustande gekommen. Es ist aber schon wichtig, darauf hinzuweisen, dass er auch nicht zustande gekommen wäre, wenn die FDP/DVP nicht durch ihre Beratungen und Beschlüsse aus dem Jahr 2002, die man alle nachlesen kann, den Weg für die jetzige Verwaltungsreform freigemacht hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Variatio delectat!)

Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen in der Politik, dass man sich nicht für 20 Jahre auf eine einmal gefasste Meinung festlegt, sondern dass man neue Entwicklungen wahrnimmt. Es ist wahr: Auch wir haben damals in etwa das Modell, welches Sie noch heute fordern, in unserem Programm gefordert. Aber wir haben irgendwann die Realitäten gesehen und erkannt, dass die Entwicklung weitergegangen ist, was Sie leider nicht erkannt haben. Ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie weiter in die Richtung gehen, wie Sie es jetzt tun, passiert gar nichts.

(Dr. Noll)

Im Übrigen darf ich Sie einmal auf die Konsequenzen, die sich aus Regionalkreisen einschließlich eines neuen Querschnitts der Gebietskörperschaften ergäben, hinweisen.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen doch jetzt auch eine Kreisreform! – Abg. Stickelberger SPD: Der Pfister macht sie doch!)

Wenn Sie, Herr Drexler, das bedenken und wenn Sie insbesondere bedenken, was für einen Umbruch und was für eine Flexibilität Sie den Beschäftigten, deren Interessen Sie ja immer im Auge behalten

(Abg. Hillebrand CDU: Angeblich!)

– und wir im Übrigen auch, im intensiven Gespräch, ich zum Beispiel persönlich in der Versorgungsverwaltung –, zumuten müssten – das könnten Sie einmal darstellen –, dann sollten Sie, glaube ich, eigentlich ein bisschen vorsichtig sein. Ich verstehe, dass Sie den Protest möglichst sammeln.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber nach Ihrem Modell wäre von den Beschäftigten auf allen Ebenen wesentlich mehr Flexibilität gefordert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Über Flexibilität haben wir nicht diskutiert!)

Das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz wäre im Übrigen auch nicht zustande gekommen, wenn die kommunalen Landesverbände nicht immer wieder zu Recht und mit unserer Unterstützung für die Stärkung der Einräumigkeit der Verwaltung und damit für eine weitgehende Eingliederung der Sonderbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise eingetreten wären.

Schließlich: Das Angebot des Landkreistags, eine 20-prozentige Effizienzrendite zu erwirtschaften, wenn es zu dieser großen Strukturreform kommt, hat dem Reformprozess auch angesichts knapper Kassen zusätzlichen Schwung verliehen. Denn die Bezifferung der Effizienzrendite auf 20 % stammt nicht von irgendwelchen dahergelaufenen Landespolitikern, sage ich jetzt einmal salopp,

(Unruhe bei der SPD)

die den Kommunen eine nicht zu realisierende Effizienzrendite aufkotroyieren wollten, sondern es war Originalton des Präsidenten des Landkreistags.

Weil in Teilen der Öffentlichkeit und insbesondere bei der Opposition die Möglichkeit, diese Effizienzrendite zu erwirtschaften, immer wieder infrage gestellt wird – wie heute auch wieder –, zunächst zu diesem Thema einige Anmerkungen: Die Effizienzrendite entsteht nicht durch Einsparungen allein in den Zweigen der Landesverwaltung, die jetzt in die Landratsämter und in die Regierungspräsidien eingegliedert werden, sondern sie ist auch und vor allem eine unmittelbare Folge der Stärkung der Einräumigkeit der Verwaltung. Integrierte Entscheidungen innerhalb einer Behörde, die damit mögliche Verzahnung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, die Zusammenfassung von Fachkompetenz aus einer früher zersplitterten Behörden-

landschaft, eine neue Aufbau- und Ablauforganisation mit weniger Schnittstellen, die Optimierung von Querschnittsbereichen – dies alles trägt erheblich dazu bei, dass die Verwaltung schneller, bürgernäher und zugleich auch deutlich kostengünstiger arbeiten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Effizienzrendite ist zu erwirtschaften, und sie wird auch erwirtschaftet werden.

Die Berichtspflicht ist unserer Fraktion besonders wichtig. Stellvertretend sei Jürgen Hofer genannt, dem ich an dieser Stelle dafür danken möchte, dass er dieses Thema zusammen mit allen zuständigen Fachabgeordneten in Gesprächen innerhalb und außerhalb des Parlaments so intensiv vorbereitet hat und da gezeigt hat, dass im Team, wenn die Grundsatzentscheidung gefallen ist, durchaus mit Sachverstand gearbeitet werden kann, übrigens unter Einbeziehung der Exekutive. Überall haben wir natürlich auch deren Sachverstand mit eingebracht. Ich betone das, weil Sie gesagt haben, die Ministerien hätten sich überhaupt nicht eingebracht. Aus meinem Bereich, dem des Sozialministeriums, kann ich nur dankend erwähnen, dass ich sehr intensiv auch auf dieser Ebene zusammenarbeiten konnte. Unter dieser Federführung war uns das Thema Berichtspflicht ein wesentliches Thema, um von vornherein klar zu machen: Einer Verschiebung von Kosten, die dann zur Erhöhung der Kreisumlage führen würde, wollen wir einen Riegel verschieben, indem wir den gewählten kommunalen Vertretern in Kreistagen und Gemeinderäten auf jeden Fall Kontrollmöglichkeiten an die Hand geben. Wir haben – vielleicht im Gegensatz zu Ihnen – wirklich Vertrauen zu den gewählten Gemeinderätinnen und -räten und Kreisrätinnen und -räten jeder Couleur. Ich habe zu meinen FDPlern großes Vertrauen, zu den CDUlern, denke ich, auch. Ich wünsche mir, auch Sie hätten dieses Vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind ja eben neu gewählt worden.

(Abg. Drexler SPD: Sie können ja eine Wette mit uns machen!)

Sie sollten – Herr Drexler, Sie saßen ja selber lange im Kreistag – vielleicht ein bisschen helfen, dass diese Kontrollfunktion dann auch ausgeübt werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Sie können mit mir eine Wette machen!)

Ich denke, die FDP/DVP hat mit dafür gesorgt, dass aufgrund dieser Berichtspflicht ganz klar Transparenz herrschen wird

(Abg. Drexler SPD: Und dann?)

und irgendwelche Kostenverschiebungen zulasten der Kommunen nicht stattfinden werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Drexler SPD: Wer soll es denn dann zahlen? Die Berichtspflicht wird niemanden zum Zahlen bringen!)

(Dr. Noll)

Die Risiken für die Höhe der Kreisumlage, die ja zu Recht immer ein Thema sind, liegen weiß Gott nicht in den Regelungen dieses Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes,

(Widerspruch bei der SPD)

sondern in den immer noch nicht befriedigend geklärten Auswirkungen von Hartz IV, nämlich der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Wollen Sie das oder nicht?)

und – zweiter wesentlicher Punkt; jeder, der einmal im Kreistag gesessen hat oder noch sitzt, weiß das –

(Abg. Drexler SPD: Sind Sie dort dringesessen?)

in den medizinisch und demografisch bedingten Steigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Ich denke, das ist jedem bekannt und bewusst. Wir reden viel über Demografie. Ein Teilaspekt der Demografie ist, dass mit längerem Leben das Risiko, nicht nur ab Geburt, sondern im Laufe des Lebens dauerhaft oder vorübergehend eine Behinderung zu bekommen, wesentlich steigt und damit natürlich auch der Posten Eingliederungshilfe selbstverständlich tendenziell steigen wird, und dies unabhängig von einer Organisationsform hier im Land. Dann stellt sich die Frage, ob wir das nicht endlich als gesamtgesellschaftliche Leistung ansehen müssen und nicht mehr als quasi Unterabteilung der Sozialhilfe und uns im Bund ein eigenes Leistungsgesetz für den Bereich der behinderten Menschen überlegen müssen. Dieses Ziel müssen wir massiv verfolgen, und ich bin sehr zuversichtlich – weil ich von den Kolleginnen und Kollegen der CDU genau weiß, dass wir da an einem Strang ziehen –, dass wir das auch tun werden. Denn wir werden das nur dann schaffen, wenn wir ein Leistungsgesetz, das auch Leistungsansprüche regelt, haben werden. Dabei müssen wir natürlich gleichzeitig – darüber sind wir uns auf dieser Seite des Parlaments auch einig – das Konnexitätsprinzip einhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn Leistungen neu geregelt werden, dann muss auch der, der diese Leistungen regelt, die Finanzierung regeln und darf sie nicht auf die Kommunen und Landkreise abwälzen. Das ist der Kern des Problems.

(Abg. Drexler SPD: Dann machen Sie doch einen Gesetzesantrag in Bundesrat!)

Übrigens: Für den Fall einer zusätzlichen Übertragung von Aufgaben nach europäischem oder Bundesrecht – so viel zum Thema Konnexität – sind die Kreise durch eine spezielle Revisionsklausel geschützt.

(Abg. Drexler SPD: Das haben wir beim letzten Gesetz gemerkt! Gesundheitsämter!)

In diesem Bereich gibt es eine Revisionsklausel. Das ist unstrittig. Aber einer allgemeinen Revisionsklausel – wir wissen es alle, wir haben auch damit sympathisiert – bedarf es

wohl nicht. Denn die Bemessung der Ausgleichsleistungen des Landes ist in einem Erörterungsprozess zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden erfolgt, der von allen Seiten als außerordentlich fair beschrieben worden ist und übrigens Dynamisierungen vorgesehen hat. Es liegt mir deshalb daran, hierfür stellvertretend insbesondere Herrn Staatssekretär Rückert noch einmal ausdrücklich zu danken, der genau diese im Detail schwierigen Fragen zu bearbeiten hatte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ich schon beim Danken bin, dann darf ich namens der Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Regierung dafür danken, dass wir auf allen Ebenen durchaus unterstützt worden sind, dass wir Sachverstand sowohl von der Fraktion als auch von den Ministerien in die Detaildiskussion einbringen konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der immer wieder vorgebrachte Kritikpunkt, die Verwaltung würde durch diese Reform nicht effizienter, überschaubarer und bürgernäher, sondern würde unter der Zersplitterung der Fachkompetenz der bisherigen Sonderbehörden leiden, lässt sich, jedenfalls zum Teil, durch einen Blick auf die Auswirkungen des 1994 – ich war noch nicht dabei, habe es aber erlebt –

(Abg. Zimmermann CDU: Drum!)

verabschiedeten Sonderbehörden-Eingliederungsgesetzes widerlegen. Interessanterweise hat auch meine Fraktion da umgelernt. Ich habe ihr damals noch nicht angehört, habe mir aber sagen lassen, dass damals genau die gleichen Folgen vorhergesagt wurden und dass gewarnt wurde. Unsere Fraktion hat die Fraktion der SPD kritisiert, weil sie das Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz mit beschlossen hat. Auch aus Verbänden und Personalvertretungen kamen exakt dieselben Bedenken und Warnungen, und wir haben denen damals Glauben geschenkt. Ich glaube, im Wechselspiel von Regierung und Opposition ist das verständlich.

(Zuruf von der SPD)

Das darf aber nicht den Blick darauf verstellen, wie die realen Auswirkungen waren. Da gilt es festzuhalten: Was 1994 befürchtet wurde, ist nicht eingetreten. So wird es auch diesmal sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Eine Million! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Drexler?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Dr. Noll, wie viele Landkreise zahlen denn heute mehr, als sie vom Land ersetzt bekommen? Damals, bei der Eingliederung der Wasserwirt-

(Drexler)

schaftsämter und Gesundheitsämter, waren es 100 %. Es gibt ja eine Untersuchung des baden-württembergischen Gemeindetags. Wie viele zahlen heute mehr, als sie an Entschädigung vom Land bekommen?

(Unruhe – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Blenke)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Zahlen kann ich Ihnen nicht nennen.

(Abg. Drexler SPD: Dann können Sie doch nicht sagen, es wäre nichts passiert! Die Kritik war doch berechtigt! – Zurufe der Abg. Pfister und Theurer FDP/DVP – Unruhe)

– Herr Drexler, ich habe in einer Phase meiner beruflichen Laufbahn im öffentlichen Gesundheitsdienst gearbeitet und habe genau diese Auswirkungen, die wir alle befürchtet hatten, nicht erlebt. Ich denke zunächst einmal nicht in Zahlen, sondern im Sinne der Menschen, die ihre Befürchtungen äußern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt kommen, der für die FDP/DVP sehr wichtig ist, zum Thema Kooperationen. Für unsere Fraktion war das ein zentrales Thema. Gerade wenn wir sagen, wir dürften jetzt keine Kompetenzen zersplittern, müssen wir sie dort, wo sie notwendig sind, durch Kooperationen erhalten. Deswegen war uns das so wichtig. Wir haben natürlich auch überlegt, ob man das ins Gesetz schreiben könnte, sind aber zum Ergebnis gekommen,

(Unruhe)

dass das den Grundsatz der Verwaltungsreform durchbrochen hätte. Deswegen haben wir an der einen oder anderen Stelle – ich kann das konkret von der Versorgungsverwaltung sagen – in der Gesetzesbegründung darauf hingewiesen, dass die Landespolitik Kooperationen nicht nur für möglich und notwendig, sondern an manchen Stellen zur richtigen Aufgabenerledigung sogar für zwingend hält. So ist es zum Beispiel in der Begründung zum Bereich der Versorgungsverwaltung nachzulesen. So viel übrigens zu der Frage, was nachträglich von den Fraktionen eingebracht worden sei.

Ich denke, da haben wir ein deutliches Signal gesetzt,

(Abg. Teßmer SPD: Wahnsinnig, ein Riesensignal!)

das ich heute, nachdem einige der Herren Landräte anwesend sind, noch einmal erwähnen darf. Ich appelliere noch einmal ausdrücklich, in geeigneten und notwendigen Fällen von diesen Kooperationsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, übrigens im wohlverstandenen eigenen Interesse – Thema Effizienzrendite –, im Interesse der Beschäftigten, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und natürlich im Interesse der Menschen, die die Dienstleistungen benötigen und die kompetente Ansprechpartner brauchen. Wir können diese Kooperationen nur ermöglichen und noch einmal an die Verantwortlichen appellieren. Erzwingen wollten wir sie nicht. Dieser Gesetzentwurf setzt im Grundsatz auf die Or-

ganisationshoheit der Landkreise. Deshalb können und müssen diese jetzt selbst entscheiden, ob und, wenn ja, in welchem Umfang sie von den gesetzlich gegebenen und gewünschten Kooperationsmöglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen wollen. Sie sind, glaube ich, als Verwaltung gut beraten, die gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ein Stück weit mit ins Boot zu nehmen.

(Abg. Drexler SPD: Warum denn? Als Regierung?)

Auch dies wurde von uns – ich werde es nachher noch einmal im Detail sagen – an vielen Stellen möglich gemacht.

Wer dezentrale Strukturen fördern und stärken will, muss auch das Grundvertrauen aufbringen, dass es möglich ist, in dezentralen Strukturen vernünftige Entscheidungen zu treffen, und er muss wissen, dass eine Entscheidung keineswegs umso vernünftiger ist, je „weiter oben“ sie gefällt wird. Oft ist es gerade umgekehrt, weil die „weiter unten“ angesiedelten Entscheidungsträger viel näher am Bürger und an der Bürgerin sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dasselbe gilt übrigens, wenn es um den Abbau von Standards und Regulierungen geht. Ich möchte ein Beispiel nennen, das ich live und persönlich hier als Abgeordneter erlebt habe. Ginge es nach der SPD, liebe Frau Wonnay, würden wir heute noch die Höhe der Kleiderhaken in Kinderbetreuungseinrichtungen durch Richtlinien regeln.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Quatsch! Darum ging es uns nie! Das ist jetzt schlichtweg Unsinn, was Sie da sagen, Herr Dr. Noll!)

Wir müssen jetzt stattdessen zu einem weitreichenden Abbau von Regulierungen kommen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und wir müssen davon ausgehen,

(Abg. Drexler SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

dass die kommunale Ebene sehr wohl in der Lage ist, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Aufgaben zweckmäßig, effizient und bürgernah erledigt.

(Abg. Braun SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Das Standardbefreiungsgesetz – wahrscheinlich nehmen Sie das gar nicht wahr –,

(Abg. Teßmer SPD: Der hat keine Ahnung, aber Kinnhaken verteilen!)

das Teil dieser Verwaltungsreformgesetzgebung ist, erfüllt in diesem Zusammenhang die Funktion eines Türöffners, dem nach dem Vorliegen erster Erfahrungen selbstverständlich weitere Schritte folgen müssen.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

– Weil Sie sich so echauffieren, Frau Kollegin: Ich weiß wohl, dass das nicht das Einzige war.

(Dr. Noll)

(Abg. Fischer SPD: Das war so überhaupt nicht drin!)

Aber ich weiß, wie die SPD-Fraktion gegen die Aussetzung der Richtlinien für Kindergärten gekämpft hat.

(Abg. Drexler SPD: Aber doch nicht wegen der Haken! – Abg. Schmid SPD: Ablenkungsmanöver!)

Ich darf einmal an einem ganz praktischen Beispiel klar machen: Schon bei der Vorbereitung der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ haben wir diskutiert, ob die Vorschrift, dass Kinderbetreuungseinrichtungen generell ganz niedrige Klobecken haben müssen, möglicherweise verhindert, dass ein solches Gebäude später zum Beispiel als Mehrgenerationenhaus genutzt werden könnte. – Das war jetzt ein bisschen witzig,

(Abg. Drexler SPD: Das ist überhaupt nicht witzig! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer SPD: Was ist daran witzig? – Glocke des Präsidenten)

aber es ist so. Sie wissen ganz genau, dass Regulierungen, die gut gemeint und vielleicht auch einmal richtig waren, manchmal Entwicklungen unterbinden, die auf die Anpassung an die Realitäten zielen – etwa die Realität, dass man zukünftig weniger Kinder betreuen müssen und die Räume deshalb anders nutzen möchte, etwa durch Jüngere und Ältere –, und manchmal schlicht und einfach kontraproduktiv sind.

(Abg. Drexler SPD: Und was hat das jetzt mit den Haken zu tun? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Haken waren jetzt ein ähnliches Beispiel wie die Klobecken.

Jetzt möchte ich meine Ausführungen zu diesem Thema gern vollends zu Ende bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Schlagen Sie weiter solche Haken! – Weitere Zurufe und Unruhe)

– Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, man sagt mir immer: Du bist noch nicht Generalist. Aber ich habe mir angewöhnt, mich erst einmal fachlich zu informieren und dann meine Arbeit sauber zu machen.

(Zurufe und Unruhe)

Fachlich habe ich gesehen, was passiert, wenn Sie im Kinderbetreuungsbereich an die Standards herangehen. Sie werden dann fast als Kinderschänder bezeichnet, weil Sie angeblich die Interessen der Kinder nicht mehr wahrnehmen. Möglicherweise kann man aber auch Chancen vergehen, wenn man alles bis ins kleinste Detail, und zwar bis zur Höhe der Kleiderhaken und der Klobecken, reguliert,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sind wir wieder bei den Haken! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Es geht

uns um die Gruppengrößen! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie verhakeln sich, Herr Kollege! – Weitere Zurufe und Unruhe)

und dadurch Entwicklungen schlicht und einfach unmöglich machen.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt erzählen Sie uns noch etwas zu den Haken!)

Die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch die Großen Kreisstädte und die Verwaltungsgemeinschaften anstelle der Landkreise und die Delegation staatlicher Aufgaben in den Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

– es lohnt sich noch, ein bisschen zuzuhören –

(Unruhe und Heiterkeit bei der SPD – Zurufe)

sind Themen, die mit dem jetzt vorliegenden Gesetz nur in Ansätzen angegangen werden. Wir legen deswegen allergrößten Wert darauf, dass der

(Abg. Drexler SPD: Haken bleibt!)

Text der Gesetzesbegründung, es handle sich hier nur um einen Anfang, der nach dem übereinstimmenden Willen aller Beteiligten fortgesetzt werden müsse, nicht nur auf dem Papier steht, sondern möglichst bald umgesetzt wird. Dies betrifft nicht nur die Verlagerung von Aufgaben auf eine möglichst niedrige staatliche Ebene, sondern gilt gleichermaßen für die Herausforderung, eine umfassende Aufgabenkritik vorzunehmen. Das, meine Damen und Herren, haben wir als Liberale nie aus den Augen verloren, und wir wissen, dass wir heute an einem wichtigen Punkt sind.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Wir sind an einem wichtigen Punkt, bei dem Aufgabenkritik aber erst richtig beginnen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Hier stellt sich die alte Frage: Was war zuerst da, das Ei oder die Henne? Wenn ich Strukturen verändern will, muss ich dann zuerst lange Diskussionen über 20 Jahre hinweg führen, oder muss ich umgekehrt sagen: „Jetzt machen wir einen Knopf dran, und dann wird sich die Aufgabenkritik – nicht zuletzt aufgrund finanzieller Vorgaben – zwangsläufig ergeben.“?

Wir wollen möglichst rasch Resultate sehen, aber wir sind auch davon überzeugt, dass die Veränderungen in der Verwaltung, die dieses Gesetz mit sich bringt, den weiteren Prozess der Aufgabenkritik, aber natürlich auch der Aufgabendelegation nach unten – Landkreise und Gemeinden – eher befördert, während der bisherige Zustand ihn eher behindert hat. Das Motto heißt also – übrigens auch für alle, die mit der Umsetzung der Reform betraut sind –: Jetzt geht es erst richtig los.

Aufgabenkritik muss schließlich immer auch die Fragestellung umschließen, ob eine bestimmte Aufgabe oder Dienstleistung überhaupt von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden muss oder ob sie nicht besser im marktwirt-

(Dr. Noll)

schaftlichen Sinn durch freie, durch private Träger im Wettbewerb wahrgenommen wird. Zu diesem Thema finden sich im Gesetzeswerk relativ wenig eindeutige Antworten. Das betrifft die Erweiterung des freien Notariats und die Möglichkeit der Übertragung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf freie Träger im Zusammenhang mit der Justizreform. Es betrifft die Zielvorgaben zur stärkeren Beteiligung Privater im Bereich des Vermessungswesens. Das sind Ansätze, aber da besteht durchaus noch Entwicklungspotenzial.

Wir wollen und werden im Bereich der Justiz weiter gehen, sobald die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen dafür gegeben sind.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Danke, Herr justizpolitischer Sprecher.

Wir sind davon überzeugt, dass auch im Bereich der allgemeinen Verwaltung durchaus Privatisierungsspielräume vorhanden sind. Ich nenne als Beispiel die Kraftfahrzeugzulassung, die zu großen Teilen rasch in private Hände überführt werden könnte.

Perfekt im Sinne einer abschließenden, nichts mehr offen lassenden Regelung ist dieses Gesetzeswerk also keineswegs, und das ist gut so. Wer sich einbildet, er könne alles bis ins letzte Detail regeln, liegt in aller Regel schief. Es handelt sich auch hierbei um ein lernendes System, bei dem wir zunächst einmal die Rahmen festlegen werden. Diese Rahmen müssen dann konkret ausgefüllt werden. Nur so kommen wir einen Schritt weiter auf dem Weg zu einer schlankeren, transparenteren, effizienteren und bürgernäheren Verwaltung.

Die Vorstellungen der Opposition sind, wie ich schon aufgezeigt habe, nicht tauglich. Ein zweistufiger Verwaltungsaufbau klingt nach schlanker Struktur, ist aber wesentlich zentralistischer

(Abg. Hillebrand CDU: Und aufgeblähter! – Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

– das zu den Grünen –, und wenn aus diesem Modell kein zentralistisches Ungetüm werden soll, wird es eine weit reichende Übertragung von staatlichen und kommunalen Aufgaben auf die Ebene der Städte und Gemeinden erzwingen, die die heutige Struktur der 1 110 Gemeinden nicht unangestastet lassen könnte.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt auch nicht!)

Ich habe schon vorhin die Auswirkungen auf die Beschäftigten angedeutet. Sie sollten sich auch noch einmal überlegen, ob diese Auswirkungen nicht wesentlich gravierender wären als das, was wir jetzt beschließen werden.

Abschließend noch einige Anmerkungen zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt aber!)

Da ist zuallererst der Hinweis wichtig, weil das selbst manche Abgeordneten offensichtlich nicht wissen – man kann immer lernen, jeder von uns kann immer lernen –, dass die

Landeswohlfahrtsverbände schon immer kommunale Verbände waren, auch wenn der Name etwas anderes sagt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben! Sehr richtig!)

Die Finanzierung erfolgte immer über die Umlage von der kommunalen Ebene.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es war also bei beiden eine Umlage. Wer den Eindruck vermittelt, den Kreisen werde jetzt eine Landessonderbehörde aufs Auge gedrückt und sie müssten damit auch sozusagen zusätzliches Geld aufbringen, verkennt die Situation. Das Geld bleibt zunächst einmal im Landkreis, zumindest zum größeren Teil, und wird für die Erledigung derselben Aufgaben verwendet.

Es wird einen neuen kommunalen Verband für Jugend und Soziales geben, der die Nachfolge der bisherigen Landeswohlfahrtsverbände antritt. Der neue Verband ist auch kommunal organisiert und keine Landesbehörde. Bezüglich der Aufgabenverteilung zwischen diesem neuen kommunalen Sozialverband und den Landkreisen, die ja nun – nach durchaus strittiger und ernsthafter Diskussion – die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Erwachsenenalter zu leisten haben, war uns etwas ganz besonders wichtig: Wir haben wirklich die Befürchtungen ernst genommen, insbesondere der Menschen mit Behinderungen. Denen musste ich immer wieder sagen: Im Bereich des kommunalen Sozialverbands ist keine Rendite von 20 % zu erbringen. Warum nicht? Weil er keine Landessonderbehörde ist, weil die Leistungsansprüche zum Beispiel der Menschen mit Behinderungen bundesgesetzlich geregelt sind. Da kann weder ein Landtag noch ein Landrat, noch sonst irgendjemand gegen Recht und Gesetz Leistungen vorenthalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das geht doch auch gar nicht! Das ist unglaublich!)

Es ist ganz zentral wichtig, das einmal auch den Menschen draußen zu sagen. Da verweise ich noch einmal auf das, was ich vorhin gesagt habe: Wer Menschen mit Behinderungen wirklich eine Zukunftsperspektive auch finanzieller Art geben will, der soll gemeinsam mit uns dafür sorgen, dass das aus der Unterabteilung Sozialhilfe in ein eigenes neues bundesgesetzliches Leistungsrecht hineinkommt,

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie doch einen Antrag!)

um damit sowohl den Menschen Sicherheit zu geben als auch die kommunalen Haushalte ein Stück weit vor einer deutlich erkennbaren Überlast zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Übrigen erwarten wir von der Aufgabenverlagerung in der Tat eine bessere Verknüpfung mit anderen Aufgaben, die die Landkreise schon heute vorbildlich geleistet haben, wie zum Beispiel mein Landkreis Esslingen in der Sozialverwaltung, in der Jugend- und in der Gesundheitspolitik. Zu unterstellen, da sei nicht die Kompetenz vorhanden, halte ich schon für ein bisschen überheblich.

(Dr. Noll)

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn Ihr Wirtschaftlichkeitsgutachten?)

Ich habe ja eben gesagt, dass wir an manchen Stellen auch Bedenken hatten. Diesen Bedenken haben wir insofern Rechnung getragen – lieber Kollege Drexler, jetzt sollten Sie noch einmal zuhören; denn das betrifft die Frage, was die FDP/DVP eingebracht hat –,

(Abg. Drexler SPD: Sie wollten doch ein Wirtschaftlichkeitsgutachten!)

als die FDP/DVP Folgendes eingebracht hat: Wenn sich zeigen sollte, dass durch die Strukturveränderungen tatsächlich keine Einsparungen, sondern Mehrkosten entstehen, weil die Gutachten auf unterschiedlicher Datenbasis erhoben worden sind und deshalb nicht vergleichbar sind, wird die Verbandsversammlung dieses kommunalen Sozialverbands, die auf unseren Wunsch hin vorgesehen ist und die gemeinsam realisiert wird und paritätisch mit Landräten und Mitgliedern der Kreis- bzw. Gemeinderäte besetzt sein wird, alle Möglichkeiten dieser Welt haben – so, wie jeder vernünftigerweise reagieren würde, der sagen muss: „Nein, es wird doch teurer, als wir geglaubt haben“ –, einzelne Aufgaben wieder an sich selbst delegieren zu lassen. Souverän ist die Verbandsversammlung. Das sind nicht die Landräte allein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Wie naiv sind Sie denn, Herr Dr. Noll? – Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie dann kein Wirtschaftlichkeitsgutachten gemacht? Das wäre doch das Normalste auf der Welt gewesen!)

– Weil nachweislich auch die, die das gefordert und vorgelegt hatten, zugegeben haben, dass man möglicherweise Äpfel mit Birnen verglichen hat.

(Abg. Drexler SPD: Ach, das ist doch bei jedem Gutachten so! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das hat aber überzeugt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und diese Ausrede hat Ihnen gereicht?)

Ich denke, die Befürchtungen, die geäußert worden sind, sind unberechtigt: Die Mitglieder der kommunalen Parlamente sind gleichberechtigt im kommunalen Verband für Jugend und Soziales zuständig.

(Abg. Drexler SPD: Das hat aber nichts mit einem Wirtschaftlichkeitsgutachten zu tun!)

Wenn sich zeigen sollte, dass befürchtete Tendenzen eintreten, können sie Beschlüsse herbeiführen und bei der Aufgabenverteilung in der Tat noch einmal Veränderungen vornehmen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Dann kommt der Weihnachtsmann!)

Das ist dann Aufgabe der Ihnen und uns sehr nahe stehenden kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze zum Thema Regionalentwicklung sagen.

(Abg. Drexler SPD: Oje! Da würde ich nichts sagen!)

Sie wissen, dass ich bis vor kurzem Mitglied der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart war und dass mein Kollege Jürgen Hofer dort wieder als Fraktionsvorsitzender verantwortlich tätig sein wird.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Da freuen wir uns!)

Wir waren ja mit dem Hesse-Gutachten eigentlich die Ersten, die das Thema der jetzt vorgelegten Reform ins Gespräch gebracht haben.

(Heiterkeit des Abg. Fischer SPD)

Deswegen waren wir übrigens auch nicht überrascht, sondern vorbereitet – wie auf vieles –, als der Ministerpräsident diesen Vorschlag brachte.

(Abg. Drexler SPD: Wie heute Morgen!)

Professor Hesse hat in einer Sitzung, die wir alle gemeinsam mitgemacht haben, zugegeben, dass er das Thema Regionalentwicklung vielleicht ein bisschen stiefmütterlich behandelt habe.

(Abg. Drexler SPD: Ach nein!)

Nun sind da aber gegenüber dem, was auch wir früher einmal gedacht hatten, natürlich auch Dinge anders gelaufen, unter anderem deshalb, weil sich im ganzen Land gezeigt hat, dass es unterschiedliche Modelle regionaler Entwicklung gibt und dass man von keinem dieser Modelle behaupten kann, es sei das allein selig machende. Ich denke nur an solche Themen wie grenzüberschreitende Regionen und Eurodistrikt. Da würde ein Modell Region Stuttgart gar nicht passen.

(Abg. Fischer SPD: Das wissen wir auch!)

Deswegen sind wir der Meinung, dass wir den Verband Region Stuttgart – dazu wird ja noch eine eigene Gesetzesinitiative beraten –

(Abg. Drexler SPD: Lieber gar nichts!)

in seinen Kernkompetenzen stärken müssen, wollen dieses Modell aber andererseits nicht über das ganze Land ausbreiten.

(Abg. Drexler SPD: Sondern?)

Daher ist dieses Thema – auch auf Anregung von Jürgen Hofer – noch einmal sehr intensiv diskutiert worden.

(Abg. Drexler SPD: Und vertagt worden!)

Lassen Sie mich noch einen ganz persönlichen Erfahrungsbericht aus dem Verband Region Stuttgart geben.

(Abg. Teßmer SPD: Nein! – Abg. Dr. Caroli SPD: Bitte nicht! – Abg. Kurz CDU: Aber nicht lang!)

Da gehen die Fronten manchmal quer durch Fraktionen, wobei die liberale Fraktion eigentlich immer eindeutig Kurs gehalten hat.

(Abg. Drexler SPD: Ach!)

Nur manchmal – da, wo das Gerangel um Kompetenzen zwischen Landräten und Region allzu heftig geworden ist –

(Dr. Noll)

haben wir schon ein bisschen Augenmaß angemahnt. Ich hoffe und wünsche sehr, dass wir uns, wenn die Verwaltungsstrukturreform abgeschlossen sein wird und Kompetenzen im Bereich Landkreis/Gemeinde klar definiert sind, in aller Ruhe und vielleicht mit ein bisschen weniger Emotionalität, auch im Verhältnis der betroffenen Landkreise zum Verband Region Stuttgart, an die Weiterentwicklung der Region Stuttgart machen können.

Lassen Sie mich abschließen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das haben Sie schon drei Mal gesagt!)

– Wir haben heute freie Redezeiten, Frau Kollegin. Das nutze ich zum ersten Mal.

(Abg. Fleischer CDU: Wer hat denn das beschlossen? – Unruhe)

Wir sind heute dank einer mutigen Entscheidung – ich wiederhole dies – des Ministerpräsidenten, die von Anbeginn – er weiß es – unsere Zustimmung gefunden hat, weil wir nicht unvorbereitet waren, und dank einer intensiven Detailberatung, dank einer intensiven Befassung in der Fraktion, in der ganzen Mannschaft, dank einer intensiven Auseinandersetzung mit den kommunalen Verbänden, mit den Personalvertretungen, dank der gesamten Diskussion im Detail an einem wichtigen Punkt.

(Unruhe)

Beide Regierungsfraktionen machen heute durch ihre Zustimmung zu diesem Entwurf einen Punkt. Dieser Punkt ist aber kein Schlusspunkt, sondern ein Auftakt für das, was ich in puncto Aufgabenkritik, -delegation gesagt habe.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie uns gemeinsam an diese Aufgaben herangehen, aber den Punkt auch ein bisschen feiern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht einmal eine gemeinsame Anhörung war möglich! – Abg. Drexler SPD: Gar nichts mit Gemeinsamkeiten!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unserer Ansicht nach wird diese Verwaltungsreform das Land nicht für die Zukunft fit machen. Wir können sie aber auch nicht verhindern. Von Anfang an gab es vom Landkreistag zu dieser Teufel'schen Verwaltungsreform große Zustimmung. Damit war natürlich im Wesentlichen der wichtige Widerstand von unten gebrochen. Aber genauso wenig, wie man die Frösche befragt, bevor man einen Teich stilllegen will, genauso wenig darf man die Frösche befragen, bevor man einen Teich anlegt.

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Und das jetzt auf die Landräte umgesetzt?)

Man kann auch nicht erwarten, dass die Herren Landräte bei dem enormen Machtzuwachs, den sie bekommen – sie waren natürlich vor Glück besoffen, wie wichtig sie in Zukunft sein werden –, diese Reform ablehnen würden.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

Dass sie ihr zugestimmt haben und nahezu jede Effizienzrendite unterstrichen hätten, kann einen, glaube ich, nicht erstaunen.

(Unruhe – Abg. Hauk CDU: Das hätten sogar wir in Kauf genommen!)

Darum möchte ich noch einmal schwerpunktmäßig auf diese Effizienzrendite eingehen und darstellen, warum sie unserer Ansicht nach nicht erreichbar ist. Das Land hat sich ja zum Ziel gesetzt, ab 2011 Kosten von 135 Millionen € jährlich zu sparen. Das Land ist auf der sicheren Seite. Es überweist bereits im ersten Jahr weniger Zuschüsse an die Land- und Stadtkreise. Die Risiken tragen die Kreise und die Gemeinden. Sie sind quasi – insbesondere die Gemeinden – die Ausfallbürgen dieser Reform. Es besteht die Gefahr, dass die Bürgerinnen und Bürger am Schluss die Zeche bezahlen.

Nahezu alle, die sich damit befasst haben, bestätigen ja, dass wir durch die reine Eingliederung der Sonderbehörden eine Effizienzrendite von 8 bis 10 % erwarten können. Der Kollege Hauk hat das in der letzten Sitzung noch einmal in aller Offenheit bestätigt. Er hat allerdings auch gesagt, wenn es nicht klappen würde, wäre das unter dem Strich kein Beinbruch. Er hat auch schon ausgerechnet, um wie viel die Kreisumlage erhöht werden müsste, nämlich um 1 %.

(Abg. Hauk CDU: Wenn gar nichts klappen würde!)

Herr Kollege Hauk, Sie haben sehr deutlich gesagt – und diese Meinung teile ich völlig –, die restlichen 10 % dieser so genannten Effizienzrendite – was in Wirklichkeit nur ein ganz gewöhnlicher Rationalisierungseffekt sein kann – müssten die Landkreise aus den ganz normalen Verwaltungsvorgängen erbringen, auch wenn Sie das Wunderwort „Synergie“ dazwischengeschoben haben. 10 % ergeben sich durch Eingliederung, der Rest muss ganz normal aus den anderen Verwaltungsvorgängen erbracht werden. Das ist immerhin nicht bestritten worden. Aber kann das denn funktionieren?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Wie soll eine Fachverwaltung effizienter werden, wenn das Fachpersonal der neun Gewerbeaufsichtsämter auseinander gerissen und auf 44 Miniämter verteilt wird, wenn die Straßenbauverwaltung, die erst zum 1. Januar 2003 auf 18 Straßenbauämter reduziert worden war, zum 1. Januar 2005 wieder auf 44 Ämter aufgebläht wird, wenn die Fachkompetenz der Schulräte und Schulpsychologen der 30 Schulämter entgegen der ursprünglichen Konzeption der Kultusministerin nicht weiter gebündelt, sondern auf 44 Ämter verteilt wird? Wie soll die Fachverwaltung durch diese Vorgänge effizienter werden?

(Abg. Drexler SPD: Versteht kein Mensch!)

Das Gegenteil wird der Fall sein.

(Kretschmann)

Wenn die Wirtschaft Kosten einsparen muss, konzentriert sie ihre Kräfte auf rentable und funktionsfähige Einheiten, in denen das Personal nach Bedarf flexibel eingesetzt wird. Die Landesregierung macht genau das Gegenteil. Sie zerstückelt Sonderbehörden wieder in Miniämter; die sind natürlich erst einmal ineffizient und teuer, weil ja jedes kleine Kreisamt die Aufgaben mit weniger Personal durchführen soll, was ja, glaube ich, schwer nachweisbar ist. Das haben Sie ja auch nie ernsthaft versucht.

Zukünftig müssen in jedem Kreis weniger Beschäftigte das Aufgabenspektrum einer ganzen Sonderbehörde wahrnehmen. Die Vollzugsqualität wird dadurch doch eher gefährdet.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich meine, es ist natürlich auch eine Möglichkeit, die Effizienzrendite dadurch zu erbringen, dass die Verwaltungen und ihre Dienstleistungen einfach schlechter werden. Dadurch kann man natürlich auch einsparen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Verwaltungsbereiche wie die Gewerbeaufsicht, wo sich komplizierte Sach- und Rechtsfragen stellen, erfordern doch eine Behördenstruktur, bei der Spezialistenteams zusammenarbeiten. Wie soll das bei dieser Zersplitterung erfolgen? Das ist doch überhaupt nicht ersichtlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn sich nur noch wenige Fachleute den Problemen widmen können, muss doch die Serviceleistung der Behörden zwangsläufig eingeschränkt werden. Das heißt, wir haben dann in diesen Miniämtern wegen des Fehlens von Fachkompetenzen in einzelnen Fragen – die waren ja vorher in größeren Einheiten zusammen – zudem das Problem, dass die sich ganz starr an Verwaltungsvorschriften orientieren müssen und sie gerade das, was wir heute eigentlich brauchen, dass man Ermessensspielräume ausschöpft, gar nicht mehr machen können. Das heißt, Fehlentscheidungen werden die Folge sein, die Rechtssicherheit und die Gleichbehandlung der Bürger sind dann gefährdet.

Auf diese Nebenwirkungen sind Sie nie eingegangen. Wenn wir jetzt noch davon ausgehen, dass ja in den letzten zehn Jahren in der Verwaltung schon 10 000 Personalstellen abgebaut worden sind, dann kann man doch einen weiteren Personalabbau – er ist notwendig; keine Frage – nur dann auffangen, wenn man erstens Verwaltungsaufgaben abbaut, zweitens das Qualitätsmanagement verbessert, drittens das Personal in größeren und damit flexibleren Einheiten einsetzen kann und wenn man viertens entscheidende Fragen kommunalisiert. Was ist von der ganzen Frage der Kommunalisierung, zu der Sie große Ankündigungen gemacht haben, jetzt im Sieb geblieben? Wir können überhaupt nichts erkennen.

Aufgabenkritik – das haben wir oft gesagt – ist nicht geleistet worden. Jetzt haben Sie uns den Vorwurf gemacht, wir hätten sie ja auch nicht vorgenommen. Aber nun wollen wir uns doch noch einmal erinnern, wie das Ganze ablief. Sie haben immer gesagt – der Ministerpräsident vorneweg –, wir bräuchten gar keine Verwaltungsreform. Jahrelang war

das so. Dann gab es hier im Haus eine Mehrheit für die Einsetzung einer Enquetekommission, die sich mit dem Thema beschäftigen könnte; die hätte sich genau mit den Fragen von Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion beschäftigen müssen. Danach hätte sie uns am Ende auch etwas zu den anderen Fragen, wie groß zum Beispiel funktionsfähige Einheiten aussehen müssen, vorlegen können.

Das ist auch der ganz normale und seriöse Gang, wie man ein solch riesiges Unterfangen anpackt – nicht hingegen der Weg, dass man sich das Ganze in einem Spaichinger Wohnzimmer zusammen mit einem einzigen Berater ausdenkt und hier alle vor vollendete Tatsachen stellt. Das kann doch gar nicht funktionieren. So war es aber.

Viele der Kreise sind natürlich zu klein, um diese Aufgaben effizient wahrzunehmen. Ich zitiere den Kollegen Oettinger – 13. Mai –:

Bei kleinen Stadt- und Landkreisen könnte die Aufgabenerfüllung schwierig werden. Ich baue darauf, dass sie durch Arbeitsteilung und Kooperation die ideale Betriebsgröße anstreben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Das ist genau der Weg, den Sie gehen müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Es gibt ja eine interessante Zeitungsmeldung; darauf ist schon hingewiesen worden.

(Zuruf von der CDU)

– Das, was ich aus der Zeitung vorlese, macht zeitlich höchstens ein Promille der Zeitungsvorlesestunden des Ministerpräsidenten aus.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Drexler SPD: Und er liest aus baden-württembergischen Zeitungen vor, nicht aus nord-deutschen Zeitungen!)

Uns wurde gestern ein Papier auf den Tisch gelegt, wonach über eine Kreisreform nachgedacht wird.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Das steht da drin!)

Es wird nicht dementiert, dass darüber auch im Staatsministerium nachgedacht wird. Pfister hat es gesagt, und Oettinger sagt: „Im Moment noch nicht.“ Das ist auch ganz logisch.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das kann niemanden überraschen, und das geht genau in die Richtung, von der die Sozialdemokraten und wir immer gesprochen haben: Kern einer solchen Reform müssen Regionalkreise sein, weil sie im europäischen Kontext die richtige Größe haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Kretschmann)

Das ist genau der Punkt der Debatte.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Sie haben natürlich versucht, uns mit Begriffen wie „Bürgerferne“ und „riesige Kreise“ in die Defensive zu drängen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das können Sie aber nicht wirklich. Sie müssen nämlich zugeben, dass Sie in Ihrem eigenen Gesetz Hilfskonstruktionen erfinden müssen,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

um die geordnete Reform, die wir wollten, über Umwege zu erreichen.

(Zurufe der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Fischer SPD)

Das ist genau der § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

der mit den gemeinsamen Dienststellen nichts anderes als eine Hilfskonstruktion ist, die in diese Richtung führt. Sie müssen jetzt also das, was wir in einem klaren Konzept vorgelegt haben, über Hilfskonstruktionen erreichen, über die ganzen Kooperationen, die Sie auf einmal vorschlagen.

(Abg. Schneider CDU: War vorher schon so!)

Dieser Widerspruch zwischen der Schaffung von Miniämtern einerseits und Appellen – Appellen, wohlgemerkt – zur Kooperation andererseits zeigt:

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Erst wird die Fachverwaltung in funktionsunfähige Ministerkreise zersplittert, und dann sollen die Kreise wieder kreisübergreifende Kooperationen eingehen, damit die Fachkräfte wie vor der Reform in größeren Verwaltungseinheiten sinnvoll gebündelt werden können.

(Abg. Rech CDU: Das ist die Aktion Laubfrosch!)

Offenkundiger kann man nicht eingestehen, dass man mit dem eigenen Konzept unglücklich ist und sich eigentlich größere Verwaltungseinheiten gewünscht hätte.

Ich verweise noch einmal auf den Innenminister. Der Innenminister hat bei der Ersten Beratung gesagt, solche Kooperationen seien aus seiner Sicht nahezu zwingend.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! Da hat er Recht!)

Das bestätigt wiederum: Es kann ohne diese Kooperationen überhaupt nicht wirklich funktionieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber doch nur in einzelnen Bereichen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Es gibt heute schon Kooperationen! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Insofern gehen Sie mit diesen Hilfskonstruktionen ganz klar in unsere Richtung. Die Überlegung hinsichtlich einer Zusammenlegung einzelner Kreise bestätigt das haargenau.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das ist genau das, was Sie uns vorgeworfen haben: unser Vorschlag sei nicht sachgemäß. Sie müssen jetzt selbst zugeben, dass es so ist. Dabei muss man sich überlegen, dass der jetzige Zuschnitt der Kreise schon bisher nicht ausgereicht hat zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben, die die Kreise haben,

(Abg. Schneider CDU: Wo denn?)

wie Nahverkehrsplanung, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Krankenhausbedarfsplanung und Abfallpolitik. Die Kreise haben bereits in den letzten Jahren – das können Sie nicht bestreiten, Herr Kollege Schneider – in zunehmendem Umfang Aufgaben an größer strukturierte Zweckverbände und Gesellschaften delegiert und damit jedenfalls der direkten Gestaltung des Ehrenamts entzogen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das heißt, schon bei den bestehenden wichtigen kommunalen Aufgaben zeigt sich – –

(Zurufe von der CDU)

– An der Abfallbeseitigung sehen Sie ganz exemplarisch, dass diese Größen zu klein sind und sich alle in Zweckverbände und Gesellschaften flüchten mussten.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn wir davon ausgehen, dass Arbeitsmarkt und Ausbildung sowie Trägerschaften regional bedeutsamer öffentlicher Einrichtungen im sozialen Bereich und bei der Betreuung von Kindern und behinderten Menschen oder im kulturellen Bereich regional organisiert sein werden, dann zeigt sich, dass Sie mit Ihren Größenordnungen nicht richtig liegen.

Ich habe im letzten halben Jahr in diesem Land eine Wirtschaftstour gemacht und fast alle – ich bin noch nicht ganz fertig – Industrie- und Handelskammern besucht. Unisono lautet die ganz klare Botschaft, weil die dort die Daten haben, aber auch das kulturelle und Freizeitangebot heute weitgehend regionaler Art sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das heißt, das tatsächliche Verhalten der Menschen geht in der Regel

(Abg. Drexler SPD: Über die Kreisgrenzen schon lange hinaus!)

über die Kreise hinaus und konzentriert sich in Regionen. Die Region Stuttgart ist dafür das Paradebeispiel.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Region Karlsruhe ist auch nicht schlecht!)

Dadurch ist im Prinzip der erste Nukleus einer neuen Struktur geschaffen.

Das zeigt, dass unser Konzept, die 44 Stadt- und Landkreise in 12 Regionalkreise zu überführen, richtig ist. Es wäre

(Kretschmann)

ein mutiges Konzept gewesen, das für die nächsten 20 bis 30 Jahre

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Diskutiert worden wäre!)

die Größenordnung wirklich richtig justiert hätte, und wir hätten mit der Abschaffung der Regierungspräsidien und einer zweistufigen Verwaltung die Verwaltung wirklich verschlanken können.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Andere Bundesländer – auch Flächenstaaten wie Niedersachsen, auch von der Union geführte – zeigen, dass dieser Weg durchaus gegangen wird. Wir hätten mit diesen Vorschlägen auf schon bestehenden Strukturen aufbauen können. Das Erfolgsmodell der Region Stuttgart zeigt,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

dass wir mit unserem Konzept auf der Basis von Regionen richtig liegen. Wer einmal nach Brüssel geht und sich anschaut, wie in Zukunft die Politik eingefädelt wird, wird sich da vollkommen bestätigt fühlen. Die europäische Musik wird zukünftig in den Regionen spielen, und Kreise sind dafür zu klein.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: In unterschiedlicher Form! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eine Region in Europa ist manchmal wie bei uns ein Bundesland!)

Schließlich hätten wir die Landräte dieser Regionalkreise direkt vom Volk wählen lassen. Sie hätten, wie heute die Kreistage auch, einen direkten Unterbau gehabt.

(Abg. Drexler SPD zu Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie wollten doch die Landräte nicht mehr in die Landtage lassen, Herr Dr. Noll! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir hätten dann nur noch Verwaltungen, die einen direkten demokratischen Unterbau haben: die Landesregierung mit dem Landtag, die Regionalkreise mit den Kreistagen bzw. Regionaltagen und die Gemeinden mit den Gemeinderäten.

Mit Ihrem Vorhaben verlagern Sie jede Menge an Aufgaben auf die vier Regierungsbezirke, schaffen also eigentlich vier Regionen im Land, die aber überhaupt keinen demokratischen Unterbau haben

(Abg. Kübler CDU: Das versteht jetzt aber kein Mensch!)

und eigentlich zwischen den Ministerien und den Kommunen hin- und herwandern und immer mehr aus dem Blick geraten. Aber der Machtzuwachs, den sie bekommen,

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

wird uns als Landtag noch große Probleme bringen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich sage Ihnen: Das ist wenig diskutiert.

(Abg. Hauk CDU: Das liegt doch an unserer Kontrolle, Herr Kollege Kretschmann! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: A wa! Das ist gar nicht diskutiert worden!)

– Herr Kollege Hauk, wir haben in den ganzen Debatten wenig angesprochen, dass diese Reform mit ziemlicher Sicherheit zu einer Schwächung des Landtags führen wird, insbesondere zu einer Schwächung der Abgeordneten der Regierungsfractionen. Denn das war ja erst einmal eine Ihrer wichtigen Aufgaben, in den Fachbereichen des Landes auch über die ganzen Fachbehörden Einfluss zu nehmen, weil die in unserem Blickfeld waren. Das ist alles weg, das kommt zu den Regierungspräsidien

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und wird damit der Kontrolle des demokratischen Unterbaus entzogen. Das ist jedenfalls mit Sicherheit absehbar. Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist.

Ich darf zusammenfassend sagen: Diese Reform hat nicht die richtigen Grundstrukturen. Es wäre nicht darauf angekommen, ob man da den einen oder anderen Stein herausgebrochen hätte. Deswegen wäre das Haus nämlich nicht zusammengefallen. Leider hatten Sie nicht den Mut dazu, und die Änderungen, die Sie vorgenommen haben, sind abgesehen von denen zur Polizei absolut marginal.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, nein!)

Ich fordere Sie deswegen auf, wenigstens der Revisionsklausel zuzustimmen und dieses Gesetz nicht ohne Revisionsklausel durch den Landtag beschließen zu lassen. Es ist das Mindeste, was die Kommunen von Ihnen als Regierungsfractionen erwarten können, dass Sie ihnen wenigstens diese Sicherheit geben, dass dann, wenn es mit den Effizienzrenditen nicht klappt – wir haben noch einmal dargelegt, wo unsere Bedenken liegen –, nicht unsere Kommunen die Zeche zahlen müssen, sondern dass das korrigiert werden kann. Das wäre das Mindeste gewesen. Geben Sie sich einen Ruck, und nehmen Sie diese wichtige Korrektur für unsere Landkreise und unsere Gemeinden vor!

Herzlichen Dank.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn Sie dann dem Gesamtwerk zustimmen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Wahlen vom 13. Juni gab es in der Folgenummer der „Zeit“ vom Herausgeber und Chefredakteur Naumann, der früher Mitglied dieser Bundesregierung war, einen Leitartikel mit der Überschrift „Nur noch klare Reformpolitik kann die Regierung retten“, aus dem ich ein paar Sätze zitieren möchte:

(Abg. Göschel SPD: Schon wieder eine Lesung!)

... *Deutschland ist die exemplarische Genehmigungsrepublik geworden – der autoritäre Staat ist als verdrossen ertragenes Vorschriftenland wiedergekehrt, in dem sechsmal mehr Berufsrichter pro Kopf der Bevölkerung als in England die Herrschaft der Rechts- und Verwaltungsordnung garantieren.*

(Ministerpräsident Teufel)

Es wird dann von der strukturellen Unbeweglichkeit von Politik im Paragraphenschwungel der föderalen Republik gesprochen. Weiter führt er aus:

... die Legislative und die Exekutive sind längst eingespannt in tausendundeinen Gesetzestext einer überkomplexen Republik.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Recht hat er!)

Besser kann man es gar nicht sagen –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

an die Adresse der Bundesregierung, aber auch an die Adresse jedes Verantwortlichen für Landespolitik.

Meine Damen und Herren, das sind die Gründe dafür, warum wir mutig und nicht mit dem Drehen eines Schraubchens hier und eines anderen Schraubchens dort an die Reform der Verwaltung gehen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat eine gute Verwaltung. Das haben wir selbst spätestens dann gemerkt, als wir über 800 Beamte zum Aufbau in Sachsen hatten, die dort mit großem Erfolg tätig waren.

Diese Verwaltung wird mit dieser Verwaltungsreform noch besser. Institutionen und Betriebe, die sich nicht ständig erneuern, verlieren ihre Leistungsfähigkeit und ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Außer diesem ständigen Reformbedarf erzwingt die Situation der öffentlichen Haushalte eine grundlegende Reform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung trotz starker Reduzierung der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden uns über dieses Thema spätestens bei den Haushaltsplanberatungen des nächsten Doppelhaushalts hier unterhalten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr richtig!)

Bürgernähe und Subsidiarität, Selbstverantwortung und Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung, Bürgergesellschaft und Rückführung der Staatsquote sind die Ziele und Instrumente dieser Verwaltungsreform.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das passt der SPD nicht!)

Dabei gehört die Zukunft den kleinen und überschaubaren Einheiten und nicht Mammutbehörden, die Sie gerade skizziert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Mammutbehörde Regierungspräsidium!)

Herr Kretschmann, Sie enttäuschen mich wirklich, denn verbal sind Sie für Subsidiarität

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

und für überschaubare Einheiten. Tatsächlich fordern Sie zwölf Regionalämter, die angereichert werden durch die

Aufgaben der Regierungspräsidien. Sie müssen sich einmal diese Mammutbehörden vorstellen! Gleichzeitig kritisieren Sie auf der anderen Seite unsere Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, was schaffen wir? Wir schaffen genau das, was sich seit Generationen auf der Ebene der Gemeinde bewährt hat. Niemand merkt überhaupt noch, dass wir eine Einheit der Verwaltung auf der Ebene der Gemeinde haben, und zwar gleichgültig, ob die Gemeinde 500 Einwohner hat, 2 000 Einwohner,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

20 000 Einwohner oder 200 000 Einwohner. In der Gemeinde gibt es ein einziges Amt, nämlich das Rathaus. Der Bürger weiß, wo er hingehen muss. Man meint, das sei selbstverständlich. Es ist überhaupt nicht selbstverständlich. Man könnte das ganz anders organisieren. Man könnte ein selbstständiges Steueramt machen, ein selbstständiges Bauamt, eine selbstständige Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, ein selbstständiges Standesamt – nichts von alledem gibt es, nicht in der kleinsten Gemeinde und nicht in der Stadt Stuttgart. Die Einheit der Verwaltung hat sich bewährt.

Wir wollen nichts anderes erreichen, als das, was sich auf der Ebene der Gemeinde und jeder größeren Stadt bewährt hat, auf die Ebene des Kreises zu übertragen. Denn dort sieht es ganz anders aus. Dort haben wir ein Dutzend Sonderbehörden neben der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde. In einigen Jahren wird es für einen Bürger genauso selbstverständlich sein, dass er eine Telefonnummer, ein Amt, einen Ansprechpartner wie auf der Ebene der Gemeinde auch auf der Ebene des Kreises hat. Die Kreisstadt ist vertraut, und die Kreisstadt ist bei unserer Kreisgröße erreichbar. Sie wissen, dass sich das einspielen wird, und Sie wissen auch, dass das in anderen Ländern Schule machen wird. Sie wissen – das ist an diesem Pult in den letzten Monaten häufig von Herrn Hofer und anderen zitiert worden – ganz genau, dass das nicht von uns erfunden wurde, sondern gängige wissenschaftliche Erkenntnis aller Hochschullehrer ist, die sich mit Verwaltungsreform beschäftigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr!)

Vorhin habe ich von einem Debattenredner die Frage gehört, was denn der Bürger von dieser Bündelung tatsächlich habe; da beantrage er einen Führerschein, und dann brauche er doch nicht integrierte Entscheidungen. Aber wenn der gleiche Bürger ein Baugesuch vorlegt

(Abg. Zimmermann CDU: Jawohl! So ist es! – Abg. Alfred Haas CDU: Herr Stickelberger, zuhören!)

und auf einmal bei diesem Baugesuch auch eine wasserwirtschaftliche Frage, eine naturschutzrechtliche Frage oder eine denkmalschutzrechtliche Frage auftaucht, dann ist er bereits an der integrierten Entscheidung interessiert, weil er sonst Monate auf die Baugenehmigung wartet.

(Ministerpräsident Teufel)

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Drexler SPD: Der Denkmalschutz ist doch
beim Regierungspräsidium!)

Vor drei Tagen hat ein großer Wirtschaftsverband gesagt, acht Behörden seien tätig, wenn es um die bauliche Erweiterung eines mittelständischen Betriebs gehe. Das ist doch die Erfahrung jedes Abgeordneten. Solche Betriebe kommen doch auf Sie genauso zu, wie sie auf mich zukommen. Ich könnte Ihnen Beispiele zuhauf dafür nennen, dass sieben untere Sonderbehörden an der Baugenehmigung eines Betriebs beteiligt waren, sogar bei einem genehmigten Bebauungsplan in einem genehmigten Gewerbegebiet. Sechs Behörden sind dafür, eine Behörde liegt quer, es droht ein halbes Jahr Stillstand. Der Mann hat Aufträge und braucht seine Halle für die Produktion. Das ist doch die Realität.

Deswegen, Herr Kretschmann, war es völlig falsch, wenn Sie am Ende Ihrer Rede gesagt haben, an dieser Reform seien ein paar Landräte interessiert. Dieser Reform stimmt die gesamte Wirtschaft in Baden-Württemberg zu,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

ebenso die Kommunalpolitiker und die Bürger. Wir bekommen integrierte und schnellere Entscheidungen, ohne dass wir auf die Qualität von Fachleuten und Spezialisten verzichten. Selbstverständlich kommt man in der öffentlichen Verwaltung ebenso wenig ohne Spezialisten aus wie auch in der Wirtschaft oder der Wissenschaft, aber der Spezialist darf nicht das letzte Wort haben. Wir brauchen integrierte Entscheidungen, sage ich noch einmal, und brauchen deshalb die Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung.

Meine Damen und Herren, das Gleiche, was ich gesagt habe und jetzt sage, haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion – soweit Sie schon dabei waren –, während Ihrer Regierungszeit genauso erkannt und genauso formuliert. Ich darf zwei Zitate mit völlig richtigen Aussagen anführen.

Der damalige Innenminister Birzele führte – ich stimme ausdrücklich zu – bei der Einbringung des Sonderbehörden-Eingliederungsgesetzes – übrigens nicht so klein-klein, sondern es ging um einige Dutzend Sonderbehörden; machen Sie bitte nicht herunter, was Sie selbst beschlossen haben – aus

(Abg. Drexler SPD: Aber die Kreise zahlen heute mehr, wenn Sie ehrlich sind! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Hat Herr Birzele ein falsches Gesetz eingebracht? – Abg. Dr. Reinhart CDU: Lasst ihm seine Ehre! – Abg. Drexler SPD: Sagen Sie etwas zu den Kosten!)

– hören Sie zu, vielleicht glauben Sie wenigstens Ihrem eigenen ehemaligen Innenminister – –

(Abg. Drexler SPD: Die Kreisumlage ist erhöht worden! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Eines nach dem anderen.

(Abg. Drexler SPD: Dann dauert es aber lange!)

– Sie haben in der Verwaltungsreformdebatte in diesem Plenum bisher mehr Redezeit verbraucht als ich, das möchte ich sagen. Deshalb gehe ich jetzt einmal auf diese Punkte ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich habe heute überhaupt noch nicht geredet! – Abg. Alfred Haas CDU: Drexler hat nur nutzloses Zeug geredet! – Abg. Capezzuto SPD: Herr Ministerpräsident, sagen Sie einmal dem Herrn Haas, er solle nichts mehr dazwischenrufen!)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit für den ehemaligen Innenminister Birzele, den ich jetzt zitiere:

(Abg. Capezzuto SPD: Aber nicht, wenn der Haas weiterredet!)

Es soll auf die Einheit der staatlichen Verwaltung auf der unteren Verwaltungsebene hingearbeitet werden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

die Einräumigkeit der staatlichen Verwaltung auf der Kreisebene verbessert werden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

die Schlagkraft der unteren Verwaltungsbehörden erhöht werden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bravo!)

Die Kräfte sollen gebündelt und – nicht zuletzt – das Verwaltungshandeln soll beschleunigt werden.

Besser kann man es gar nicht sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das tut ihm gut!)

Immer noch Innenminister Birzele:

Es wird außerdem nicht ausreichend bewertet, dass die Verwaltungskraft der Landratsämter und der Bürgermeisterämter ungleich höher ist als die der unteren Sonderbehörden.

(Oh-Rufe von der CDU – Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Mehr! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Gutes Team! – Abg. Drexler SPD: Er sucht es immer raus, wie es ihm passt! – Weitere Zu- und Gegenrufe – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Fahren Sie nur fort.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident Birzele, ich habe nicht immer mit Ihnen übereingestimmt, aber in dieser Sache zu 100 %.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Er sucht immer heraus, was ihm passt! – Zuruf von der CDU)

Aber der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Maurer,

(Abg. Alfred Haas CDU: Der war besser als der heutige!)

(Ministerpräsident Teufel)

hat in der gleichen Debatte gesagt, wir sollten „in Wahrheit den Mut zu einer wirklichen Verwaltungsreform aufbringen, im Idealfall zu einer dreistufigen Verwaltung“.

(Oh-Rufe von und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Zugabe!)

Um diesen Mut und diese Souveränität möchte ich Sie bitten, vor allem aber um den Mut, vielleicht doch noch einen großen Wurf zur Verwaltungsreform zu wagen. Das wäre sehr schön und würde den Erwartungen unserer Bevölkerung und den Notwendigkeiten der Zukunftssicherung des Landes entsprechen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Bravo! – Abg. Herrmann CDU: Die SPD klatscht bei Maurer nicht mehr!)

Und jetzt muss ich Ihnen sagen:

(Zuruf von der FDP/DVP: Abstimmen!)

Es bringt das Vertrauen der Bürger

(Abg. Drexler SPD: Das war im letzten Jahrhundert!)

in die politisch Handelnden bis auf null, wenn man die eine Auffassung vertritt, wenn man in der Regierung ist, und genau das Gegenteil vertritt, wenn man in der Opposition ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Selbstverständlich wären Sie auch bei dieser Verwaltungsreform dabei,

(Abg. Junginger SPD: Aber nicht so!)

wenn Sie noch an der Regierung wären.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Denn die Inhalte haben Sie kapiert; man kann sie nicht besser beschreiben, als es gerade geschehen ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie machen auf Bundesebene doch genau das Gleiche!)

Jetzt, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der FDP/DVP: Abstimmen!)

komme ich zu dem Haupteinwand, den ich gehört habe, nämlich zu den Kosten. Wissen Sie, die Geschichte ist mir ja nicht neu. Wir haben über die Kosten diskutiert, als wir die Aufgabe der Schülerbeförderung auf die Kreise übertragen haben. Damals habe ich an diesem Pult gesagt: „Wir wollen keine Mark einsparen, sondern wir wollen, dass das bürgernäher erledigt wird.“ Deswegen haben wir das vom Land an die Kreise gegeben. Nun will ich Ihnen Folgendes

sagen: Es gibt Kreise, die haben von der Übertragung der Zuständigkeit für die Schülerbeförderung so viel profitiert, dass sie damit ein neues Landratsamt bauen konnten.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn Sie wollen, nenne ich Ihnen die Orte.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Sagen Sie uns die Orte!)

Zweitens habe ich dieses Argument gehört, als wir die Zuständigkeit für die Kindergärten den Kommunen übertragen haben. Damals wurde auch gesagt: „Da bleibt denen das Geld hängen; das Land will sich finanziell entlasten.“

Jetzt sollten Sie einmal darüber nachdenken, dass auf der Ebene der Kommunen und auf der Ebene der Ministerien die in ganz gleicher Weise qualifizierten und ausgebildeten Beamten sitzen, entweder des höheren Dienstes – die haben an der gleichen Universität studiert und haben die gleichen Examina gemacht – oder des gehobenen Dienstes. Wenn Vertreter der kommunalen Verbände zusammen am Tisch sitzen, kann man also davon ausgehen, dass diese gleich qualifiziert sind und dass die staatliche Verwaltung sie nicht über den Tisch ziehen kann. Die kommunalen Verbände müssen eigentlich von der gleichen Tatsache auf Landesebene ausgehen. Wenn diese sich jetzt über die Kostenübertragungen und die Leistungen des Landes verständigen, sogar bis hin ins Detail der Pensionsregelungen, dann können Sie eigentlich davon ausgehen, dass das von Fachleuten durchdacht ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau!)

Was berechtigt Sie jetzt zu der Annahme, dass die Kommunen bei dieser Übertragung draufzahlen würden? Wir übertragen doch wirklich den Status quo der tatsächlich dem Land entstehenden Ausgaben.

Dann höre ich: „Ja, die beim Land machen es sich ganz einfach. Sie erledigen nicht die Aufgaben, Effizienzrendite zu erbringen, sondern überlassen dies den Kreisen.“ Was soll denn das? Überall dort, wo wir selbst zuständig sind, etwa auf der Ebene der Regierungspräsidien, wo wir zusammenfassen, erbringen wir selbstverständlich selbst in diesen fünf bis sieben Jahren die Effizienzrendite von 20 %. Dort, wo wir aber das Personal, die Aufgaben und die Mittel übertragen, ist es doch wohl logisch, dass nicht wir die Effizienzrendite erbringen können, sondern dass die Kreise diese erbringen müssen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir schaffen die Einheit der Verwaltung mit großer Effizienz, mit Vorteilen für die Bürger auf Kreisebene und auf Bezirksebene. In einem Land mit 10,7 Millionen Einwohnern und der Flächengröße von Baden-Württemberg kann man nicht auf Mittelinstanzen verzichten. Der Bürger wird selten mit dem Regierungspräsidium zu tun haben. Hat er aber mit dem Regierungspräsidium zu tun – der Bürgermeister hat häufiger mit dem Regierungspräsidium zu tun –, dann hat er es künftig auch nur mit einer einzigen Dienststelle zu tun.

(Ministerpräsident Teufel)

Noch einmal zu den Kosten: Die Kreistage werden doch darüber wachen, dass die Effizienzrendite tatsächlich erbracht wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Widerspruch des Abg. Zeller SPD – Abg. Drexler SPD: Ja, wie denn?)

– Ja, entschuldigen Sie einmal. Herr Zeller, Sie schütteln den Kopf. Manche schütteln über der Suppe so lange den Kopf, bis sie ein Haar darin finden; das muss man sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie im Kreistag sind, dann wissen Sie doch, dass logischerweise bei der Vorlage des Kreishaushalts jeweils ein Bericht darüber gegeben werden muss, ob die Effizienzrendite von 3 % erbracht worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine staatliche Aufgabe! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeller?

Ministerpräsident Teufel: Aber mit Vergnügen. Bitte.

Abg. Zeller SPD: Herr Ministerpräsident, ist Ihnen bekannt, dass beispielsweise die Rechnung des Bodenseekreises nach der Eingliederung der von Ihnen vorhin genannten Ämter folgendermaßen aussieht?: Am Anfang war die Zuweisung 100 %, jetzt sind es noch 60 %.

Ministerpräsident Teufel: In welchem Bereich?

Abg. Zeller SPD: Bei der Eingliederung der Wasserwirtschaftsämter und all der Ämter, die Sie vorhin genannt haben. Im Laufe der Jahre wurden die Zuweisungen reduziert.

Ministerpräsident Teufel: Ja, aber ich gehe davon aus: Wie ich die Verwaltung des Bodenseekreises kenne, hat die in der Zwischenzeit auch entsprechend Personal abgebaut.

(Abg. Zeller SPD: Besorgen Sie sich einmal die konkreten Zahlen!)

Wenn Sie als Kreisrat auch nur einigermaßen auf Draht sind, werden Sie vom Landrat bei der jährlichen Vorlage des Entwurfs des Kreishaushalts den Nachweis über die Effizienzrendite verlangen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Dann werden Sie feststellen, dass nicht jedes Jahr für jeden eingegliederten Bereich exakt 3 % herauskommen. Da kommen bei dem einen oder anderen vielleicht 2 % heraus, aber es kommen bei einem anderen 4 oder 5 % heraus, und zwar mit absoluter Sicherheit.

(Abg. Zeller SPD: Die Landkreise und Städte zahlen die Zeche!)

Die Landräte haben die Garantie übernommen. Das ist auch absolut glaubwürdig; denn wir haben bei den Regierungspräsidien nicht weniger als 32 % des Personals eingespart.

Was dort möglich ist, muss doch in verkleinerter Form auch bei Eingliederungen in das Landratsamt möglich sein.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, vor allem der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP hat auf den Punkt hingewiesen, der mir bei dieser Reform ganz zentral ist, auch bei alledem, was wir auf europäischer Ebene im Konvent diskutiert haben oder jetzt in der Föderalismuskommission diskutieren. Wir müssen den Staat vom Bürger her denken,

(Abg. Zeller SPD: Machen Sie da mehr!)

und wir müssen den Staat nach dem Subsidiaritätsprinzip von der kleinsten Einheit her – das ist die Stadt oder die Gemeinde – von unten nach oben denken.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch eine Heuchelei!)

Wir sind nicht nur Föderalisten nach oben Richtung Berlin oder Brüssel, sondern wir sind auch Föderalisten nach unten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich würde mich schämen und um meine Glaubwürdigkeit fürchten, wenn ich nur in Brüssel und in Berlin und nicht auch im eigenen Land verteidigen und fordern würde, das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden. Was habe ich alles gehört! Das Land kann doch nicht darauf verzichten, den Durchgriff vom Ministerium zur unteren Sonderbehörde zu haben. Das Land kann doch nicht seine Beamten aufgeben. Ich kann nur sagen: Mir kommt es darauf an, dass eine Aufgabe möglichst gut, möglichst bürgernah und möglichst effizient erledigt wird. Es ist überhaupt nicht entscheidend, wo die Aufgabe angesiedelt ist oder wer sie erledigt. Ich habe Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe Vertrauen in die Gemeinderäte und Kreistage. Ich habe Vertrauen zu den Landräten.

Wenn Sie, Herr Kretschmann, fragen: „Wo ist denn die demokratische Legitimation des Regierungspräsidiums?“, dann sage ich: Sie werden doch nicht freiwillig auch diese Aufgabe noch vom Landtag abgeben wollen. Der Landtag von Baden-Württemberg ist nicht nur für die Ministerien zuständig, sondern er ist selbstverständlich auch für die Regierungspräsidien und für alle Beamte, die das Land hat, zuständig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen ist natürlich auch die demokratische Legitimation, die Kontrolle und Aufsicht gegeben.

Gute Verwaltung ist Kapital für erfolgreiche Politik. Baden-Württemberg hat eine gute Verwaltung. Sie wird durch diese Reform noch besser. Die Bürger und vor allem die Wirtschaft sind auf eine funktionsfähige Verwaltung angewiesen. Die Verwaltung ist Garant des Rechts- und Sozial-

(Ministerpräsident Teufel)

staats. Zukünftige Spielräume in der Politik und in den Haushalten sind auch vom Gelingen der Staatsmodernisierung abhängig. Wir brauchen einen schlanken, einen handlungsfähigen Staat.

Meine Damen und Herren, Institutionen und Ämter sind Kinder ihrer Zeit. Wenn sich die Zeiten ändern, bedürfen Institutionen der Anpassung. Verbesserungen auf der Basis der vorhandenen Verwaltungsstrukturen genügen nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Zuständigkeiten sind bislang oft undurchsichtig und unklar. 450 Sonderbehörden im Land sind zu viel. Welcher Bürger und welches Unternehmen durchschaut das noch?

Wir werden einen messbaren materiellen Wert der Reform haben. Wir werden einen symbolischen Wert durch diese Reform bekommen, nämlich Aufbruch und neue Dynamik in unserem Land. Wir schaffen mehr Bürgernähe und effizientere und zügigere Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, Kosteneinsparung wird auch eine Folge sein. Sie haben solche Angst vor einer Belastung der Kreishaushalte. Aber Sie wissen ganz genau, wenn Sie im Kreistag sind, worin eigentlich das große Ärgernis besteht. Es besteht nämlich darin, dass wir in den letzten Jahren explosionsartige, exponentielle Steigerungen in den Kreishaushalten hatten, und zwar im Sozialhaushalt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

zu dem Sie im Bund die Normen setzen, ohne dass Sie sich an den Kosten beteiligen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und die Kreise müssen deshalb Jahr für Jahr zulasten der Gemeindehaushalte die Kreisumlage erhöhen. Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht die Politik unseres Landes, sondern das ist die Politik des Bundes,

(Zurufe der Abg. Zeller und Gall SPD)

der sich bis zur Stunde in der Föderalismuskommission auch dagegen wehrt, ähnliche Bestimmungen, wie wir sie in den Artikeln 72 bis 76 der Landesverfassung haben, mit einem klaren Konnexitätsprinzip aufzunehmen, wodurch derjenige, der etwas anschafft, am Ende auch tatsächlich die Rechnung dafür bezahlt. Das wollen wir auch auf Bundesebene erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben also sehr viel zu tun, um die Situation der kommunalen Haushalte zu verbessern. Wir verschlechtern sie nicht, sondern wir stehen zu den Kommunen und zu dem, was in unserer Verfassung steht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage es nochmals: Heute lehnen Sie das Gesetz nur deshalb ab, weil Sie in der Oppositi-

on sind. Wäre es nicht eine sehr viel vernünftige Haltung, wenn Sie sagten: „Wir waren vor einigen Jahren beteiligt; das ist mit unsere Idee; wir lehnen sie nicht ab.“? Ich kann nur sagen, Walter Krause hätte sich ganz anders verhalten, als sich die SPD heute verhält.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Er war der letzte Reformier in der SPD von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Er war ein Mann mit Sachkompetenz und Weitblick. Die Kreisreform, die Sie heute kritisieren, ist eine Kreisreform von Filbinger und Krause, an der Walter Krause mindestens den gleichen Anteil hatte wie Ministerpräsident Filbinger.

(Zurufe von der SPD)

Das kann ich nur sagen. Denken Sie einmal an das damalige Denkmodell. Er hat seinerzeit die CDU getrieben, und Sie sitzen im Bremserhäuschen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Sie kritisieren an Kleinigkeiten herum, meine Damen und Herren. Was ist vom Berichterstatter gesagt worden? Es sei schwierig gewesen, es habe keine Anhörung, nicht genügend Beratungszeit gegeben usw. Von welchem Land sprechen Sie denn? Ich möchte Ihnen einmal drei Beispiele nennen, die ich in Berlin bei der Bundesgesetzgebung selbst erlebt habe.

(Abg. Dr. Reinhart CDU zur SPD: Zuhören!)

Am Dienstag war Ausschussberatung angesetzt. Am Montag kamen die Gesetzesunterlagen in einem solchen Paket

(Abg. Junginger SPD: Wie viel Seiten?)

und mussten an einem Tag verabschiedet werden, weil noch in der gleichen Woche Plenarsitzung war.

Das zweite Beispiel, das wir alle erlebt haben, war: Sie haben vergessen, mehrere Kapitel überhaupt zu beraten und zu verabschieden. Das waren 50 bis 60 Paragraphen. Das Gesetz ist dann ohne diese Kapitel verabschiedet worden. Bevor es ins Gesetzblatt aufgenommen wurde, hat man das gemerkt. Man musste dann in der Woche danach von Neuem anfangen und die fehlenden Kapitel beraten.

(Abg. Junginger SPD: Und das haben Sie gut gefunden? War das in Ordnung?)

Zweimal habe ich erlebt – das ist das dritte Beispiel –, dass der Bundestag am Freitagmorgen ein Gesetz berät, es dann mit Boten in den Bundesrat gebracht wird, dass dann der Bundesrat über das Gesetz berät, dass es mit Boten zurückgeht und der Bundestag am gleichen Tag zum zweiten Mal über das Gesetz berät.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

Das nennen Sie dann eine vernünftige Gesetzesberatung. Wenn aber in diesem Land ein Zeitplan für ein ganzes Jahr aufgestellt und auf Punkt und Komma eingehalten wird, wenn 600 Institutionen angehört werden und über 300 antworten, wenn Sie sich also ein ganzes Jahr lang darauf einstellen können, wann das Gesetz beraten und im Plenum verabschiedet wird, und dann daran herumkritisieren, meine Damen und Herren, hat niemand dafür Verständnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wie geht es weiter? Wenn dieses Gesetz mit dem heutigen Tag verabschiedet ist, werden wir es im nächsten halben Jahr umsetzen, sodass es zum 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft treten kann. Damit ist dieser Teil der Verwaltungsstrukturreform für den Gesetzgeber und für die Landesregierung zu Ende. Aber die Verwaltungsreform ist damit keineswegs zu Ende. Denn selbstverständlich werden wir noch stärker als bisher an Aufgabenabbau und Aufgabenverlagerung herangehen.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte dann eben nicht erleben, dass wir vonseiten der Regierung 120 Vorschläge zu einem möglichen Aufgabenabbau machen, aber ausnahmslos bei jedem einzelnen Vorschlag gesagt wird, das gehe nicht – bis hin zu Landtagsausschüssen. Dann muss man vielmehr auch einmal das Herz vorauswerfen und sagen: Aufgabenabbau bedingt, dass man auch einmal mutig Experimente macht oder wenigstens Experimentierklauseln einführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir befassen Sie mit diesem Thema. Zwei Beamte – erfahrene Leute, die auch an der Führungsakademie waren – durchforsten zurzeit jede Seite und jeden Paragraphen des Dürig. Wir werden Ihnen vorlegen, was diese Beamten glauben, worauf man in der Gesetzgebung des Landes verzichten kann. Es wird dann Aufgabe des Parlaments sein, sich mit diesen Gesetzen zu beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir werden dafür sorgen, dass Verwaltungsreform eine Daueraufgabe für diese Legislaturperiode und darüber hinaus wird.

Meine Damen und Herren, ein paar Bemerkungen zu dem, was Kollegen in der Debatte gesagt haben.

Der Kollege Heinz hat zu Recht gesagt, dass wir in Deutschland kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Dabei darf man nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen – zurzeit zu Recht auf Berlin –, sondern dann muss man in den Bereichen, in denen man selbst zuständig ist und Verantwortung trägt, auch tatsächlich handeln.

Er sagte, die Verwaltungsreform schaffe klar strukturierte Verwaltungseinheiten. Dem kann man nur zustimmen.

Er hat gesagt, alle Verwaltungsbereiche kämen auf den Prüfstand – er sagte: wie geschehen. Wir haben in einem Bereich mit 18 % aller Stellen, nämlich in der klassischen Verwaltung, in den letzten zehn Jahren 10 000 Stellen ein-

gespart, und wir werden mit noch höheren Quoten weitermachen müssen. Wenn Sie die Haushaltssituation, die eine Dauersituation ist,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

anschauen, werden Sie feststellen, dass dies eine wichtige Aufgabe sein wird.

Herr Stickelberger und nachher auch noch Herr Kretschmann sagten, im Staatsministerium gäbe es Überlegungen für eine Kreisreform. Das stand in einer Zeitung. Am selben Tag ist das mit letzter Entschiedenheit dementiert worden. Ich kann Ihnen nur sagen: Daran ist kein wahres Wort! Aber Sie klammern sich ja an jeden vermeintlichen Strohalm, um irgendetwas finden zu können, was man kritisieren kann.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Kreise haben sich bewährt, wie sich auch die Gemeinde reform bewährt hat, und die Kreise werden gestärkt. Nachdem wir uns alle zu einer dreistufigen Verwaltung bekannt haben, kommt Kontinuität in die Kreisreform und in die Aufgabenerfüllung auf Kreisebene hinein.

Meine Damen und Herren, zur Bündelung habe ich etwas gesagt.

Zur Flurneuordnung wurde gesagt, es sei ein Nachteil, dass man das so aufstücke. Haben Sie eigentlich auch einmal über die Chancen nachgedacht, wenn künftig in einem Landratsamt eine Vermessungsabteilung, eine Flurbereinigungsabteilung, eine Naturschutzabteilung, eine Landwirtschaftsabteilung sind? Aus der Bildung eines solchen grünen Zentrums könnten sich vielleicht auch Synergieeffekte und eine Beratungsqualität für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger ergeben, wie man sie sich nur wünschen kann. Haben Sie darüber schon einmal nachgedacht?

Aber ich will Ihnen einen zweiten Punkt nennen, über den ich nachgedacht habe. Wir haben zurzeit in der Flurbereinigungsverwaltung 1 400 Mitarbeiter, wir haben in der Landwirtschaftsverwaltung 1 100. Wir haben in der Flurbereinigungsverwaltung weit mehr Leute als in der gesamten Landwirtschaftsverwaltung. Glauben Sie wirklich, dass wir uns bei der Haushaltssituation, die wir haben, eine solche Flurbereinigungsverwaltung und so lange Verfahren in Zukunft noch leisten können? Ich glaube es nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann, Herr Kollege Stickelberger, sollte Ihnen einmal jemand am Beispiel der Versorgungsverwaltung erklären, was da größere Bürgernähe auslöst. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Versorgungsämter sind im Augenblick für drei oder vier Kreise zuständig. Sie kennen die Kunden der Versorgungsämter und wissen, dass viele aufs Versorgungsamt gehen. Für drei Viertel der Bürger, die mit dem Versorgungsamt zu tun haben, wird die Entfernung, wenn das Versorgungsamt ins Landratsamt eingegliedert wird, entschieden kürzer, als sie im Augenblick ist.

Beispielsweise bei mir im Kreis müssen die Bürger künftig nach Villingen statt nach Radolfzell. Der Weg nach Radolfzell ist um ein Vielfaches länger. Nirgendwo kann man bes-

(Ministerpräsident Teufel)

ser beweisen, wie Bürgernähe aussieht, als bei der Reform der Versorgungsverwaltung, vom Inhaltlichen – dass es die Landratsämter seit Jahren mit vielen verwandten Bereichen zu tun haben – einmal ganz abgesehen.

Der nächste Punkt wurde auch von Herrn Stickelberger angesprochen: Aufgabenabbau. Ja, aber dann bitte nicht am heutigen Tag Aufgabenabbau fordern, wenn ein paar Tage vorher SPD-Abgeordnete einen Antrag eingebracht haben, wonach künftig in jedem Wohnhaus ein Brandmelder angebracht werden soll! Dabei müsste man ja dann auch wieder überwachen, ob die Bürger einer solchen Pflicht nachkommen.

(Zurufe von der SPD: „Rauchmelder“ heißt das!
Rauchmelder!)

– Ja. – Das muss halt stimmig sein. Hören Sie doch einmal auf, die Verwaltung und die Bürger mit immer mehr Vorschriften zu überziehen! Umdenken!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Dr. Noll hat gesagt, Subsidiarität sei das grundlegende Motiv dieser Reform. Ich kann dem nur zustimmen.

Auch seiner zweiten Feststellung stimme ich zu: Die FDP/DVP hat den Weg für *d i e s e* Verwaltungsreform freigemacht – so sagten Sie, Herr Dr. Noll; das ist wahr –, indem sie – so haben Sie weiter ausgeführt – nicht auf früheren Positionen bestanden hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Ohne diese veränderte Einstellung gäbe es diese Verwaltungsreform nicht. Insofern sind Sie entscheidend daran beteiligt. Das ist wahr.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein paar Sätze abschließend. Die neue Verwaltungsreform steht in der historischen Kontinuität der bisherigen Verwaltungsreformen in unserem Land. In ihrer Zielsetzung jedoch, in Ansatz und Wirkung ist sie weiter gehend. Es ist eine kreative Erneuerung unserer Verwaltung. Beibehalten werden die Institutionen, die den Menschen vertraut sind – Gemeinden, Städte, Kreise. Identität vonseiten des Bürgers bleibt mit diesen Institutionen möglich. Hierauf bauen wir auf: Dreistufigkeit, Einhäusigkeit, Einräumigkeit.

Wir vermeiden eine gegenseitige Blockade zwischen Ämtern zulasten von Bürgern und Wirtschaft. Falls es fachlich unterschiedliche Meinungen gibt, werden sie innerhalb einer Behörde zugunsten des Bürgers und der Wirtschaft geklärt und zu einer Lösung zusammengeführt.

Meine Damen und Herren, diese Verwaltungsreform wird von vielen getragen, und viele haben sie ermöglicht. Denen möchte ich danken: beiden Regierungsfraktionen, jeder einzelnen Kollegin und jedem einzelnen Kollegen. Ich möchte den beiden Fraktionsvorsitzenden Oettinger und Pfister danken, die von Anfang an mitgezogen haben. Ich möchte den innenpolitischen Sprechern Hans Heinz und Oberbürgermeister Hofer danken, ohne die es auch nicht gelaufen

wäre. Und ich spreche sicher auch in Ihrem Namen, wenn ich unserem Innenminister, seinem Haus und Herrn Staatssekretär Rückert sehr herzlich danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Danke für eine meisterhafte Leistung, danke auch dafür, dass in diesen beiden Häusern Beamte mehr als ein Jahr lang weit über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus gearbeitet und ihre eigene Berufserfahrung eingebracht haben. Sie müssen sich nur diesen Gesetzentwurf einmal anschauen, um die Leistung zu ermessen.

Meine Damen und Herren, es wurde gesagt, es sei kein Erkenntnisproblem, sondern ein Durchsetzungsproblem. Deswegen sage ich an die Adresse der Oppositionsfraktionen mit Emanuel Geibel:

*Die Zeit zum Handeln jedes Mal verpassen,
nennt ihr „die Dinge sich entwickeln lassen“.
Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an,
das man zur rechten Stunde nicht getan?*

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Abg. Drexler SPD: Es ist immer wieder schön, so begrüßt zu werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Fast so schön wie Beifall!)

– Das ist fast schöner als Beifall. Denn ich würde mich wundern, wenn Sie bei meiner Rede klatschen würden.

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier wieder eine tolle Nummer abgeliefert. Denn jemand, der durch Beschluss der Landesregierung eine EU-Richtlinie über Arbeitsschutz in seinem Staatsministerium umsetzt und nach zwei Jahren feststellt, dass sich der Arbeitsschutz vielleicht nicht so gestaltet, wie er sich das selbst vorgestellt hat, und dann als Bürger Erwin Teufel einen Brief an die Bürokratieabbauabteilung seines eigenen Ministeriums schreibt, der braucht uns in diesem Haus über Bürokratieabbau nichts, aber auch gar nichts zu erzählen. Das war wirklich das Tollste.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Dr. Birk CDU: Einstieg verpasst!)

Ein Ministerpräsident, der hier über Bürokratieabbau spricht und vor 14 Tagen einen ganzen Leitzordner mit DIN-A-4-Blättern über die Umsetzung des neuen Logos des Landes an die Behörden verschickt, der braucht mit uns auch nicht mehr über Bürokratieabbau zu reden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Das muss aber noch besser werden!)

– Es wird noch besser.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Gut!)

(Drexler)

Mir liegen auch Schreiben von Landräten vor; die lese ich nachher vor. Wenn Sie Zeit haben, mache ich das schon.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Drexler, eine viel mehr staatsmännische Rede!)

Ein Ministerpräsident, der erklärt, die Kreisräte hätten bei den staatlichen unteren Sonderbehörden ein Mitwirkungsrecht,

(Abg. Schneider CDU: Natürlich!)

wie diese organisiert werden, was sie für Aufgaben haben – nur dann kann man Kosten abbauen –, der erzählt uns Märchen und Wunder.

(Beifall bei der SPD)

Die Kreisräte können den Haushalt entweder nur so billigen, wie er vorgelegt worden ist, oder sie können ihn nicht billigen. Eine andere Möglichkeit haben sie nicht.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Scheuermann: Das ist doch Quatsch!)

Denn ein Kreistag wird keinen einzigen Beschluss zur Rationalisierung der staatlichen Schulverwaltung – das wird der Landrat nicht zulassen – fassen können, weil er inhaltlich nicht zuständig ist.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Wenn der Landrat das nicht einmal weiß, dann muss ich wirklich sagen: Das ist doch lächerlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Schneider)

Herr Ministerpräsident, wir haben uns natürlich die frühere Eingliederung der Wasserwirtschaft – –

(Zurufe von der CDU)

– Ich warte jetzt schon darauf, ob der Kreistag des Landkreises Biberach über die Organisation der Staatlichen Schulämter diskutieren kann,

(Zurufe von der CDU)

ob er über eine Besetzung befindet und wer die Besetzung dann macht, wenn ein Schulrat ausscheidet. Das ist doch lächerlich, was hier verzapft wird. Das ist doch wirklich lächerlich!

(Beifall bei der SPD)

Zur Kreisumlage: 1995 wurde ein Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz verabschiedet; dafür waren auch wir. Nur: Die Ergebnisse hätten Sie sich auch einmal vor Augen führen müssen, Herr Ministerpräsident. Wir haben uns die Ergebnisse vor Augen geführt. Die Ergebnisse waren, dass nicht nur der Bodenseekreis erheblich mehr zahlt, sondern dass nach einer Untersuchung des Gemeindetags Baden-Württemberg über 14 Landkreise mehr bezahlen, als sie vorher bekommen haben, obwohl der Kostenersatz 100 % beträgt. Da muss man sich doch als Fraktion fragen, ob man

das jetzt wieder machen kann und dann auch noch auf 80 % abschmelzen kann. Das ist doch die Frage.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schneider?

Abg. Drexler SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Schneider, bitte.

Abg. Schneider CDU: Herr Drexler, ist Ihnen bekannt, dass mit Ausnahme des höheren Dienstes die kompletten Sach- und Personalkosten der unteren Verwaltungsbehörde inklusive der Sonderbehörden der Zukunft voll etatisiert sind . . .

Abg. Drexler SPD: Ja.

Abg. Schneider CDU: . . . und voll dem Etatrecht des Kreistags unterliegen?

(Abg. Junginger SPD: Und? – Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Drexler SPD: Das ist klar. Das bedeutet, dass der Kreistag die Besetzung einer Mitarbeiterstelle auf dem Schulamt beschließt. Ist das richtig?

(Abg. Schmiedel SPD: Seine Sekretärin! – Abg. Junginger SPD: Lächerlich!)

Ist das richtig?

Abg. Schneider CDU: Der höhere Dienst liegt in der Autonomie des Landes.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Das hat er doch gesagt!)

Abg. Drexler SPD: Nichts anderes habe ich gesagt.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Schneider CDU: Einfacher, mittlerer und gehobener Dienst plus Tarifpersonal liegen in der Entscheidungsgewalt des Kreistags.

Abg. Drexler SPD: Aber ich habe vorhin vom Schulrat gesprochen, und da haben Sie gerade einen Aufstand gemacht.

(Zurufe von der CDU)

– Sie müssen schon genau zuhören. Ich habe vom Schulrat und von der Organisationseinheit gesprochen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Scheuermann, wenn Sie so herumschreien, müssen Sie die Krawatte lockern, sonst kriegen Sie einen roten Kopf.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehen Sie, genau so war es im Parlament: Sie waren nicht bereit, Anhörungen durchzuführen. Jetzt komme ich wieder zum Ministerpräsidenten. Er sagte, bis vor einem Jahr hätten wir gewusst, wann diese Landtagsdebatte stattfindet.

(Drexler)

Darum geht es doch gar nicht. Es geht darum, dass es, wenn ein solches Gesetzeswerk auf den Weg gebracht wird – das war bei SoBEG 1995 selbstverständlich –, Anhörungen gibt. Sie wollten überhaupt keine Anhörungen durchführen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Selbstverständlich! Sie haben doch Anhörungen gemacht!)

– Nein. Sie haben sie alle abgelehnt. In jedem Ausschuss haben Sie unsere Anträge auf Durchführung von Anhörungen abgelehnt. Und jetzt sprechen Sie von „mitnehmen“ und „Zustimmung“. Das ist nicht die parlamentarische Art. Dann hätten Sie sich schon die Stellungnahmen der Fachleute anhören müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zur Kreisumlage: Wenn man sich überlegt, dass es 1995 bei mindestens 14 Kreisen schief gegangen ist, dann ist doch klar, dass man das nicht einfach wie 1995 machen kann.

Wir sind auch gar nicht gegen eine Verwaltungsreform. Aber wir hatten ein anderes System. Dieses haben Sie abgelehnt. Nun kann man darüber diskutieren, ob ein zweistufiger oder ein dreistufiger Verwaltungsaufbau zugrunde gelegt werden sollte. Wir haben auch gesagt, die Mehrheit will einen dreistufigen Verwaltungsaufbau, also arbeiten wir mit. Dann muss man uns aber auch mitarbeiten lassen. Das haben Sie nicht gemacht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da müssen Sie morgens aufstehen! – Heiterkeit bei der CDU)

– Es ist ganz gut, dass die Zuschauer oben auf der Tribüne solche Zurufe von Ihnen, Herr Haas, mitkriegen. Dann sehen sie, auf welchem Niveau Sie die parlamentarische Debatte „bereichern“. Das finde ich schon okay.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Das Niveau liefern Sie! Das hässliche Niveau liefern Sie!)

Die Frage ist doch: Warum hat man uns nicht mitarbeiten lassen? Wir haben mehrere Angebote zur Mitarbeit gemacht. Wir haben gesagt: „Wir akzeptieren das Konzept eines dreistufigen Verwaltungsaufbaus. Dann reden wir einmal über die Einzelheiten.“ Herr Ministerpräsident, es macht nicht alles Sinn, was da vorgesehen ist. Genau darüber wollten wir reden. Wir haben ja gesagt, wenn die Mehrheit einen dreistufigen Verwaltungsaufbau will, anerkennen wir das und wollen mitarbeiten. Ich erzähle Ihnen nachher, wo wir überall Veränderungsbedarf gesehen hätten. Wenn wir das richtig besprochen hätten, wären wahrscheinlich die Regierungsfractionen in dem einen oder anderen Fall auch „übergekommen“,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

denn manche der Einzelheiten, die drinstehen, sind nicht sinnvoll, sind schlichtweg Murks. Ich rede nicht über die große Linie. Wir hätten uns aber bei den Einzelheiten gerne eingebracht. Das wollten Sie nicht. Jetzt zum Schluss zu kommen und zu sagen: „Opposition, macht doch mit“,

(Abg. Capezzuto SPD: Bitte, bitte, bitte!)

so geht es natürlich nicht. Dann hätte man uns mitarbeiten lassen müssen.

Jetzt noch einmal zu 1995. Wenn es so viele Kreise gab, die mit dem Geld nicht ausgekommen sind, dann muss man darüber nachdenken, ob die Effizienzrendite ohne Revisionsklausel zu erzielen ist. Das ist unsere Anfrage nachher. Sonst muss man halt eine Revisionsklausel machen. Das ist doch aber auch nicht schlimm. Darüber können wir auch diskutieren.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: Der Landrat des Landkreises Karlsruhe hat am 23. Juni – das war vor kurzem – zum Thema Forstverwaltung an das Finanzministerium geschrieben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der ist auch nicht morgens aufgestanden! – Heiterkeit)

– Wissen Sie, Herr Haas, manche stehen früh auf und schlafen den ganzen Tag. Das erinnert mich daran, dass Sie das offensichtlich so machen. Verstehen Sie?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Er schreibt also: Durch die gesamte unzureichende Finanzmittelausstattung im Forst, die Veränderungen,

durch diese Diskrepanz entstehen dem Landkreis erhebliche Mindereinnahmen,

– er spricht von mehr als einer viertel Million Euro pro Jahr –

die die Erreichung der Effizienzrendite konterkarieren und faktisch unmöglich machen. Insbesondere muss der Landkreis deutlich die Frage stellen, inwieweit bei einer solchen Mittelausstattung die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung im Bereich der Forstverwaltung zukünftig überhaupt noch möglich sein wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Das ist nur eines von vielen Dingen, die wir ansprechen. Ich will nachher gleich zum Forst kommen und sagen, warum wir zum Beispiel den Forst nicht auf die Landkreise übertragen wollten. Darüber hätten wir ja diskutieren können, und ich glaube auch, dass es auch in den Regierungsfractionen sehr große Bedenken dagegen gibt, bei der Forstverwaltung etwas zu ändern.

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rückert?

Abg. Drexler SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Rückert CDU: Herr Drexler, ist Ihnen nicht bekannt, dass der Inhalt der Anfrage des Landrats von Karlsruhe im Rahmen der Beratungen im Innenausschuss aufgegriffen und erledigt worden ist?

(Unruhe bei der SPD – Abg. Junginger SPD: Unbekannt! – Abg. Fischer SPD: Das haben wir doch im Innenausschuss gar nicht behandelt! Das wurde nie thematisiert!)

Abg. Drexler SPD: Ich muss Ihnen sagen, Herr Staatssekretär Rückert: Wenn das so ist, ist das sehr schön. Aber im Innenausschuss ist das, soweit ich weiß, nicht thematisiert worden, oder?

(Abg. Kurz CDU: Doch!)

– Von wem? Wir wussten das damals nicht. Im Übrigen haben wir auch das Protokoll noch nicht. Das ist ja dieser rasche Durchgang, den Sie hier machen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Fragen Sie doch den Berichterstatter!)

Damit haben Sie wieder einmal deutlich gemacht, dass der Parlamentsbetrieb hierdurch dramatisch gestört wird.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Der Kollege Junginger müsste es als Berichterstatter doch wissen!)

Kommen wir nun zur Effizienzrendite. Liebe Kolleginnen und Kollegen –

(Abg. Hauk CDU: Der Bericht liegt seit heute Morgen hier!)

– Was?

(Abg. Hauk CDU, die Drucksache 13/3306 hochhaltend: Da ist der Bericht drin!)

– Ja, der Bericht ist heute Morgen gekommen. Aber heute Morgen sind wir schon hier gesessen, Herr Kollege, um den Ausführungen im Landtag zu folgen. Das hat mit früh Aufstehen nichts zu tun; ich war der Erste hier im Plenarsaal, und als ich kam, war der Bericht noch nicht da.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Es gab ja auch eine Mittagspause!)

Es ist im Übrigen ziemlich peinlich, wie Sie versuchen, parlamentarische Abläufe zu diskriminieren. Das halte ich nicht für in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Deswegen haben wir gesagt, dass man es nicht so machen kann wie 1995. Auch darüber wollten wir diskutieren. Deswegen wollen wir auch die Revisionsklausel.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zerreden wollten Sie, nicht diskutieren!)

– Ach! Wir wollten auch nicht zerreden. Wir haben gesagt: einen Monat länger. Das ist doch kein Zerreden. Das war doch ein sauberes Angebot. Nicht einmal das haben Sie gemacht, die Debatte um einen Monat zu verlängern.

Jetzt komme ich auf die Reden von Herrn Birzele und Herrn Maurer zu sprechen. Die sind doch gar nicht falsch gewesen, Herr Ministerpräsident.

(Unruhe)

Der Punkt war, dass wir das Ergebnis dieser Eingliederung mit Kreisräten besprochen haben, bei denen diese schlechter gelaufen ist als bei anderen, und wenn man mit denen

redet, merkt man, dass man nicht alles gleichmäßig über das Land verteilen kann. Sie meinen immer, die Systematik, alles zu verteilen und gleichzumachen, hätte einen Erfolg. Auch darüber wollten wir mit Ihnen reden. Auch das haben Sie nicht gemacht.

(Unruhe bei der CDU)

Im Übrigen wundert es mich schon, dass Sie hier auf Reden von Sozialdemokraten verweisen, die im vergangenen Jahrhundert gehalten worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU)

Wir können natürlich jetzt auch noch einmal auf Herrn Krause zu sprechen kommen. Ich weiß, dass Herr Krause zusammen mit Ihnen, der CDU, ein Gesetz gemacht hat, das vorsah, die Regierungspräsidien abzuschaffen.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Seimetz)

Die Regierungspräsidien, Herr Ministerpräsident, waren unter Herrn Krause im Gesetz abgeschafft, und kaum war die SPD nicht mehr in der Regierung, hat man die Regierungspräsidien natürlich wieder in das Gesetz hineingeschrieben. Kommen Sie mir also nicht mit Herrn Krause! Sie haben nicht einmal den Vorschlag von Herrn Krause umgesetzt. Denn er würde heute genauso sagen, die Regierungspräsidien gehörten abgeschafft.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss man einem Irrtum entgegenreten, Herr Ministerpräsident. Das, was Sie aus der „Zeit“ zitiert haben, war ja sehr schön: Wir seien ein Genehmigungsland, wir hätten strukturelle Verkrustungen, und grundlegende Reformen in der Verwaltung seien angesagt. Den Schlusssatz dieses Artikels haben Sie nicht zitiert. Darin steht nämlich, dass alle Parteien gefordert seien, diese Veränderungen gemeinsam zu machen. Das steht, glaube ich, in dem Artikel auch drin.

(Zurufe von der CDU: Machen Sie doch mit!)

Wir hätten da gern mitgemacht; Sie wollten das nicht.

Aber jetzt frage ich Sie: Wo haben Sie denn die strukturelle Verkrustung dadurch, dass Sie all die Ämter einfach nur verschoben haben, verändert? Wo haben Sie denn eine grundlegende Reform gemacht, wenn Sie die Ämter nur verschoben haben? Sie haben doch das alles noch gar nicht gemacht, was die „Zeit“ gefordert hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben aus 19 Einheiten 44 gemacht, Sie haben aus 9 Einheiten 44 gemacht, Sie haben aus 30 Einheiten 44 gemacht. Das ist Ihr Geheimrezept! Aber Sie haben keine Strukturen verändert, und Sie haben erst recht keinen Bürokratieabbau betrieben.

Wir haben Ihnen am Anfang des letzten Jahres vorgeschlagen: Lassen Sie uns über die Aufgaben reden. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir Bürgernähe bewerkstelligen können. Das war die erste Debatte. Da haben Sie nur von der Effizienzrendite gesprochen. Wir wollten mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagern. Wo sind die Vorschläge? Die müssen Sie doch jetzt machen. Sie müssen auch Aufgaben abbauen, damit die Effizienzrendite überhaupt erwirt-

(Drexler)

schaftet wird. All das haben Sie nicht gemacht. Sie versprechen, das komme irgendwann einmal. Aber man kann doch eine solche Reform nicht ohne die beiden anderen Dinge machen: Bürgernähe – das wäre die erste Frage gewesen – und Bürokratieabbau. Beides haben Sie nicht gemacht. Deswegen sprechen wir auch im Grunde genommen von Murks.

Denn bürgernäher wird zuerst einmal gar nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie können kein Beispiel von mehr Bürgernähe in dieser Verwaltungsreform erkennen. Denn zu den 19 Flurbereinigungsämtern geht normalerweise kein Bürger hin; das haben uns wenigstens die Flurbereinigungsämter gesagt. Bei den neun Gewerbeaufsichtsämtern ist die Bürgernähe eher Unternehmensnähe. Aber die Mitarbeiter der Gewerbeaufsichtsämter gehen auch eher in die Unternehmen, als dass die Unternehmen zu den Gewerbeaufsichtsämtern kommen. Was die 18 Straßenbauämter angeht, ist es doch keine Bürgernähe, dass sie nachher bei den Landratsämtern sind. Deswegen muss man die Sprüche, die hier gemacht werden, immer genau daraufhin untersuchen, ob das stimmt. Es ist nicht Bürgernähe, es ist kein Bürokratieabbau, es ist eine Verschiebung von Ämtern in andere Ämter.

(Abg. Kaufmann SPD: So ist es!)

Ob das eine Reform im Sinne des Artikels in der „Zeit“ ist, möge jeder selber entscheiden. Für uns ist es das nicht, weil die maßgebliche Arbeit überhaupt nicht geleistet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch ein paar Punkte ansprechen, bei denen ich einfach denke, unabhängig von drei- oder zweistufigem Aufbau hätte es die Chance gegeben, diese Verwaltungsreform so zu gestalten, dass wir zwar mit dem Aufbau nicht einverstanden gewesen wären, aber doch gesagt hätten, die Reform sei sinnvoll.

Im Forst, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das, was wir machen, nicht sinnvoll. Da wäre ein einheitlicher Landesbetrieb besser gewesen. Wir haben uns ja viel mit Forstleuten unterhalten. Es gab ja auch Forstpräsidenten, die erst, als sie außer Dienst waren, mutig etwas sagen konnten oder durften. Die haben uns alle in unserer Auffassung bestätigt. Herr Ministerpräsident, Österreich und andere Länder haben das anders organisiert. Die haben einen einheitlichen Betrieb, ob AG oder Landesbetrieb, weil das sinnvoll ist. Es wäre auch für unsere Forstverwaltung sinnvoll.

Im Übrigen war mir überhaupt nicht bekannt, dass die Landräte die Forstverwaltung haben wollten. Ich habe immer den Eindruck gehabt, sie wollten sie eigentlich nicht. Das ist nicht unbedingt ihre ursprüngliche Aufgabe. Forst wird auch nicht nach Kreisgrenzen bewirtschaftet, sondern bisher immer nur nach Eigentums Grenzen. So ist das auch vernünftig. Daher glaube ich, dass es falsch ist, die Forstverwaltung in die Landratsämter einzugliedern.

Deswegen werden wir heute noch einmal einen Antrag stellen, für den Forst einen einheitlichen Landesbetrieb zu schaffen. Darf ich jetzt einmal fragen, nachdem es auch bei Ihnen maßgebliche Befürworter eines Landesbetriebs gibt: Warum um Gottes willen wäre es so verwerflich, wenn das

Parlament sagen würde: „dreistufiger Aufbau, aber den Forst verteilen wir nicht auf 44 Einheiten“? Was ist daran verwerflich?

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das Nächste sind die Flurbereinigungsämter. Sie haben vorhin schon gesagt: Jetzt teilen Sie jedem Landkreis gleich viele Angestellte – 16 sind es, glaube ich – zu, unabhängig davon, ob er Flurbereinigungsmaßnahmen hat oder nicht. Mein Landkreis hat gar keine. Er wird die Angestellten irgendwo anders „vermieten“. Ist das sinnvoll? Ich halte das wirklich für eine Schnapsidee. Das hätte das Land wirklich selber machen können. Es wäre auch vernünftig gewesen im Sinne von Rationalisierung: Dort, wo viel Geschäft ist, schickt das Land das Personal hin; dort, wo nichts zu tun ist, braucht der Landrat keine 16 Beschäftigten in seiner Flurverwaltung. Was machen Sie denn da? Ich verstehe das überhaupt nicht. Ich verstehe auch nicht, dass Leute mit Verwaltungssachverständigen in der CDU-Fraktion da mitmachen können. Es würde dem Ministerpräsidenten doch auch kein Zacken aus der Krone fallen, wenn er sagen würde: Das berührt doch diese Reform nicht.

Straßenbauämter: Der Ministerpräsident hat vorhin gesagt, die Wirtschaft fordere eine Reform. Wir hatten eine Anhörung – darüber wurde auch in der Presse berichtet – mit Vertretern des Landesverbands der Industrie, der Arbeitsgemeinschaft der IHKs und der Bauwirtschaft. Alle haben es unisono abgelehnt, die Straßenbauämter, die mit einer großen Reform auf 18 reduziert worden sind, jetzt auf 44 Einheiten zu verteilen. Alle waren unisono dagegen. Ich habe auch mit Kollegen von der CDU und der FDP/DVP gesprochen: Für diese Sache gibt es keine Befürworter. Herr Minister Müller – er ist leider gerade nicht da – hat dazu im März letzten Jahres die Wahrheit gesagt. Als wir in einem Antrag gefragt haben, ob man die 18 Straßenbauämter auf die 44 Landratsämter aufteilen solle – da wusste er noch nicht, welche Vorschläge er 14 Tage später vom Ministerpräsidenten zur Verwaltungsreform bekommen würde –, hat er erklärt, es sei Unsinn, so etwas zu machen. Zwei Wochen später hat er dazu nichts mehr sagen dürfen.

Ich frage mich auch, wozu wir hoch bezahlte Minister, eine Bürokratie und Verwaltungsbeamte haben. Die hätte man einbeziehen müssen. Wenn man das getan hätte, so wäre, glaube ich, nichts zerredet worden, aber die Maßnahmen, die ich gerade anspreche, wären nicht erfolgt.

Zum Schluss noch: Bei einigen anderen Ämtern, sicherlich auch bei der Landwirtschaftsverwaltung, haben wir doch gar nichts dagegen.

(Abg. Zimmermann CDU: Früher sagten Sie nur Flur und Straßenbau, und jetzt sagen Sie, Sie wollen „auch andere Ämter“!)

– Nein, ich sage: Forst, Straßenbau, Versorgungsämter und die Gewerbeaufsicht sind ein Problem.

(Zuruf von der SPD: Zuhören, Zimmermann!)

Jetzt komme ich zu den Schulämtern.

(Abg. Behringer CDU: Ja, da brauchst du keine Reform!)

(Drexler)

– Doch. Hören Sie mal, wir haben 350 Ämter. Das ist schon eine ganze Masse. Es könnte ja auch sein, dass wir vielleicht falsch liegen, aber alle, die wir aus Wissenschaft und Praxis angehört haben, haben uns darin bestätigt, und das waren keine Menschen, die in den Behörden gearbeitet haben. Die haben gesagt: Es ist doch sinnvoll, dass ein Land in bestimmten Bereichen noch strategisch handeln kann. Das gilt für den Forst und den Straßenbau. Es ist doch einigermaßen vernünftig, dort die Ämter nicht aufzuteilen.

Zu den Schulämtern, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte die Kultusministerin doch schon ein Reformpaket im Ministerium vorliegen, das deutlich gemacht hätte, dass die zunehmende Freiheit der Schulen, die wir alle wollen, im Grunde genommen eine andere Art von Schulämtern erforderlich macht, nämlich pädagogische Zentren, die die Schulen, die freier und selbstständiger werden, beraten. Frage: Ist es dann vernünftig, die Schulämter so zu behandeln?

Dies – das ist nicht viel – wollten wir mit Ihnen diskutieren und wollten dazu Anhörungen mit Sachverständigen durchführen. Dann hätten wir sagen können: „Wir sind uns zwar in der Struktur nicht einig, aber in der Sache selbst hat die Opposition mitarbeiten können.“ Es hätte sich etwas bewegt, weil alle, die wir angehört hätten, dies gesagt hätten. Dann hätte man den Murks, den wir in dieser Verwaltungsreform sehen, noch auffangen und verbessern können. Ich glaube, das hätte der Verwaltungsreform gut getan.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Drexler SPD: Ja.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat schon vergessen, was er fragen wollte!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Drexler, merken Sie eigentlich nicht, dass Sie seit vielen Minuten krampfhaft Punkte in der Verwaltungsreform suchen, die negativ sind?

Zweitens: Fällt Ihnen dazu eigentlich nichts Positives ein?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit des Abg. Blenke CDU)

Abg. Drexler SPD: Herr Theurer, was waren das jetzt für Fragen? Ich sage zur ersten Ja, zur zweiten Nein. Wenn Sie jetzt noch wissen, was Sie mich gefragt haben, ist das damit gut beantwortet, finde ich.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden nachher unsere Anträge stellen. Ich habe die Hoffnung, dass sich noch etwas bewegt, fast aufgegeben.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

– Nicht „zu Recht“, sondern das ist schade.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Sie als Parlamentarier hätten im Grunde genommen einige Farbtupfer setzen können. Das wäre besser gewesen, als sklavisch alles nachzuverfolgen, was vorgegeben wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ein Goethe-Zitat ist natürlich immer gut, aber es muss auch passen. Es ist nun einmal so: Die Wähler haben uns in die Opposition geschickt und Sie in die Regierung. Nur in der Regierung kann man Regierungshandeln tätigen; das kann man in der Opposition nicht. Da Sie hier seit 50 Jahren nicht mehr in der Opposition waren, wissen Sie das vielleicht gar nicht mehr, aber das gehört einfach zum kleinen Einmaleins der Gemeinschaftskunde.

Ich finde, Herr Ministerpräsident, Ihre Ausführungen enthielten ein bisschen viel grobe Polemik. Am Schluss einer solchen Debatte, an deren Anfang wir unser Alternativkonzept vorgelegt haben, das hier logischerweise nicht die Mehrheit gefunden hat, weil Sie ein anderes Konzept haben, haben wir – und das ist ja schließlich auch unsere Aufgabe – uns auf die Schwachstellen Ihrer Reform konzentriert. Diese Schwachstellen haben wir hier in mehreren Debatten vorgetragen; darauf sind Sie aber nicht eingegangen.

Auf einige Ihrer Polemiken muss ich eingehen. Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte quasi Verrat an der Subsidiarität begangen, indem ich für Mammutbehörden eintreten würde. – Also, wenn man von einer dreistufigen auf eine zweistufige Verwaltung geht, so wie es unser Vorschlag, der Vorschlag der Opposition, vorgesehen hatte, dann ist es einfach logisch, dass die neue Mittelbehörde kleiner sein muss als die Regierungspräsidien, von denen sie Aufgaben übernimmt,

(Abg. Drexler SPD: Aber größer als die anderen! Das ist logisch!)

und größer als die Kreise. Das ist einfach logisch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Größer als die Regierungspräsidien! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nein, nicht größer als die Regierungspräsidien!)

Wenn man eine Verwaltungsebene wegfallen lässt und dafür eine Mittelinstanz einsetzt, dann muss diese Mittelinstanz logischerweise kleiner sein

(Abg. Alfred Haas CDU: Größer!)

als die übergeordnete Behörde Regierungspräsidium

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, die ist größer!)

und größer als die Landkreise. Und genau so ist es in unserem Vorschlag auch. Alles andere ist doch ein haltloser Vorwurf. Schauen Sie doch einmal die jetzigen Regierungspräsidien nach der Reform an und überlegen Sie, wie oft Sie denen Aufgaben übertragen haben und wie oft Sie so

(Kretschmann)

genannte Vor-Ort-Lösungen gemacht haben. Sie werden dabei merken,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dass es gut war!)

dass Sie faktisch vier Regionen im Land schaffen, und das sind dann wirkliche Mammutbehörden. Das ist das eine.

(Abg. Fleischer CDU: Der Herr Ministerpräsident hat Ihnen vorgeworfen, dass Sie die Landkreise kaputt machen! Das passt doch nicht zu Ihnen!)

– Ja, das ist doch logisch. Wenn man eine Verwaltungsebene abschafft – und ich finde, das Land kann sich etwas anderes gar nicht leisten; denn wir wissen, dass wir allein für die Regierungspräsidien über 72 Millionen € in den Haushalt einstellen müssen –, dann halte ich es für ein Gebot der Stunde, dass wir da heranmüssen. Etwas anderes wird sich das Land in Zukunft nicht mehr leisten können. Dann ist es klar, dass diese Mittelbehörden größer sind als die Kreise.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber nicht kleiner als die Regierungspräsidien!)

Wir sind davon überzeugt, dass dies der richtige Zuschnitt wäre.

(Abg. Fleischer CDU: Eine Gemeindereform wäre außerdem die Folge!)

Denn Sie müssen zugeben – auf diese Details sind Sie überhaupt nicht eingegangen –, dass Sie hinten herum mit Kooperationslösungen und Ähnlichem wieder ähnlich große Einheiten schaffen. Damit schaffen Sie gleichzeitig neue Schnittstellen und neuen Kooperations- und Abstimmungsbedarf, aber diese Überlegung fällt bei Ihnen natürlich vollkommen unter den Tisch.

Eine bürgernahe Verwaltung wäre genau unser Konzept gewesen. Denn dieses Konzept hat beinhaltet, dass man die dienstleistungsnahen Verwaltungsakte, die den Bürger und die Bürgerin überhaupt nur betreffen, weitgehend, nämlich zu 90 %, nach unten delegiert.

(Abg. Schneider CDU: Welche?)

– Alles, was sich zum Beispiel um das Kfz dreht. Das kann eine Große Kreisstadt genauso gut machen wie ein Landratsamt.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Auch andere! – Abg. Schneider CDU: Aber nicht die kleinen Gemeinden! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Die kleinen könnten das auch!)

Das hätte man den Verwaltungsgemeinschaften als Aufgaben zuordnen können; das wäre alles möglich gewesen, und das wäre dann wirklich bürgernah gewesen. Also, genau die dienstleistungsnahen Anteile der Verwaltung nach unten zu geben, war unser Konzept. Bei Ihnen stelle ich da Fehlanzeige fest. Wo haben Sie etwas vorgelegt, bei dem Sie Aufgaben in dieser Verwaltungsreform kommunalisieren? Das können wir nicht erkennen. Ich glaube – das habe ich in der Debatte auch ausgeführt –, dass auch zukünftige Aufgaben

der Sozialgestaltung ebenfalls nach unten verlagert werden können.

(Abg. Schneider CDU: Ja welche?)

Das ist einfach nicht sachgerecht gewesen, und Sie sind nicht darauf eingegangen, was unser Konzept in seiner Logik bedeutet hat.

Zweitens: die Einheitlichkeit der Verwaltung im Rathaus. Kann man die nun mit einer einhäusigen Verwaltung im Landratsamt vergleichen? Ich sage Nein. Wenn Sie auf das Rathaus gehen, nehmen Sie dort Leistungen in Anspruch, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung liegen. In den Landratsämtern haben Sie eine gemischte Behörde, die sowohl kommunale Aufgaben hat als auch jetzt zu etwa 80 % Staatsaufgaben. Das ist ein vollkommen anderer Fall.

(Abg. Schneider CDU: Die Gemeinden haben auch Staatsaufgaben!)

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal etwas. Was wir bei unserer Reform vorgeschlagen haben, war natürlich, alle Bereiche, die die Fläche betreffen, alle Behörden, die die Fläche betreffen – Flurneuordnung, Landwirtschaft, Naturschutz –, in Kompetenzzentren zusammenzufassen. Das war übrigens auch ein Vorschlag Ihres Ministers Stächele. Das ist also erst einmal gar nicht allein auf unserem Mist gewachsen. Das hätten wir für Wirtschaft und Tourismus gemacht. Das hätten wir für den ganzen Schulbereich gemacht und auch für den ganzen Polizeibereich. Das war genau das Angebot, das zu bündeln.

Ich gebe Ihnen völlig Recht: Bei dem Strukturwandel, den wir in der Landwirtschaft haben,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

brauchen wir nicht länger eine so aufgeblähte Flurneuordnungsverwaltung. Das haben wir schon vor acht Jahren hart kritisiert und da massive Stelleneinsparungen gefordert. Dieser Forderung sind Sie jedoch nie gefolgt.

Im Kreis Esslingen, um nur ein Beispiel zu nennen, findet doch gar keine Flurneuordnung mehr statt. Das ist doch völlig aberwitzig. Die Behörden sind da wegen der massiven Eingriffe, die wir durch Straßenbau, Flughafenerweiterung und jetzt die Messe usw. haben, ausschließlich damit beschäftigt, Unternehmensflurbereinigung überhaupt auf die Reihe zu bekommen. Sie kommen noch nicht einmal damit hinterher.

Dass wir bei dem Strukturwandel in der Landwirtschaft das beibehalten, was wir bisher an Flurneuordnungsverwaltung vorgehalten haben, halte ich für vollkommen ausgeschlossen.

(Abg. Fleischer CDU: Dann müssen Sie differenzieren! Im Weinbau sieht es anders aus!)

Die Landwirte müssen da auf freiwillige Umlegung gehen. Mehr wird da überhaupt nicht zu machen sein. Deshalb fordern wir Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion. Da kommen wir bei solchen Behörden wie der Flurneuordnung auf ganz andere Größenordnungen. Die liegen eher bei 80 % als bei 20 %. Bei der Schulverwaltung ist es genauso, wenn

(Kretschmann)

man den Mut hat, endlich die Aufgaben auf die Schulen zu verlagern.

Ich finde, dass diese Kritik von Ihnen zum Schluss sehr allgemein war und auf das, was wir hier vorgebracht haben, nicht eingegangen ist. Der Kollege Drexler hat es noch einmal ausgeführt. Ich habe es auch ausgeführt. Sie geben keine Antwort auf die Frage, weshalb Sie gebündelte Behörden, zum Beispiel im Straßenbau oder bei der Gewerbeaufsicht, jetzt wieder aufsplitten. Auf die Fragen, wie viel Kooperationsarbeit an Schnittstellen dies bedeutet und wie das Effizienz erbringen soll, sind Sie die Antworten schuldig geblieben.

Beim Forst ist es genau das Gleiche. Keine Antwort auf diese Kritik, die auch aus Ihren Reihen kam, und auf die Frage, was jetzt im Forst besser werden soll. Wo soll da die Effizienzrendite erbracht werden? Was wollen Sie denn mit Landratsforstämtern statt eines Landesbetriebs, wenn heute internationale Konzerne eine Million Festmeter Holz auf den Markt werfen? Das geht nicht.

Was ist mit den Wohlfahrtsfunktionen im Forst? Wer nimmt die wahr? Erholung, Ökologie – wer macht das?

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Forst macht das!)

Machen das jetzt die Landratsämter besser, als es vorher gemacht worden ist?

(Abg. Fleischer CDU: Bereits bei der Verwaltung des Forstes können Sie gewaltig sparen!)

Wo soll da diese Effizienzrendite bitte herkommen? Wir haben schon eine Forstverwaltung mit einer getrimmten Verwaltung hinter uns. Die hat wirklich Meisterleistungen erbracht, was die Bewältigung all der Sturmschäden betrifft. Auf solche Fragen ist nicht eingegangen worden.

Unsere Aufgabe ist es gewesen, diese Schwachstellen aufzuspüren. Das haben wir, glaube ich, verantwortlich gemacht. Jetzt wird die Reform so gemacht, wie Sie sie vorge schlagen haben. Niemand behauptet, dass dadurch die Welt untergeht. Das haben wir nie behauptet. Man kann alles auf der Welt so oder so machen. Aber wir sind überzeugt, dass dann, wenn die Kommunen nicht aufpassen, an ihnen zum Schluss Kosten hängen bleiben, weil Sie bisher nicht den Mut hatten, zu sagen, wo Aufgabenreduktion stattfinden soll. Wir werden uns jedenfalls in den nächsten Jahren verantwortlich an dieser Aufgabenreduktion beteiligen.

(Abg. Schneider CDU: Das ist gut! – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Jawohl!)

Wenn wir in Zukunft den Haushalt sanieren wollen, müssen wir in den nächsten zehn Jahren 20 000 Stellen für Landesbeamte abbauen.

(Abg. Fleischer CDU: Richtig!)

Daran führt überhaupt kein Weg vorbei.

(Abg. Fleischer CDU: Richtig! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Die andere Hälfte der Einsparungen muss im sächlichen Bereich erfolgen. Wir bekunden hier unsere Bereitschaft,

daran verantwortlich mitzuarbeiten. Es wird harte und schwere Einschnitte geben. Aber das Land wird es überleben, wenn die Landesverwaltung statt jetzt 100 % nur noch 90 % des Personals und der sächlichen Mittel vorhalten kann. Deswegen wird das Land Baden-Württemberg nicht untergehen, sondern es wird das gut überstehen. Wir können – vielleicht nicht auf demselben Niveau und nicht mit denselben Sicherheiten und Ansprüchen an den Staat – auch da sicher in die Zukunft gehen und werden wohl im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schneider CDU:
Das war jetzt gut! – Abg. Fleischer CDU: Der
Schluss war gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe es immer gern, wenn Sie mich zitieren, denn so lange und so weit liegen Sie richtig.

Ich will nur eines verhindern: Ich will verhindern, dass mir eine Miturheberschaft, eine Mitverantwortlichkeit an diesem Produkt, das heute verabschiedet wird, zugeschoben wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Das wäre zu viel der Ehre!)

Die zitierte Äußerung ist vor nahezu zehn Jahren erfolgt.

(Abg. Göschel SPD: Im letzten Jahrtausend!)

Herr Kollege Drexler hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es damals Querschnittsaufgaben waren, die durch die Eingliederung sinnvoll, besser erledigt werden konnten,

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie heute auch!)

und dass wir damals, im Gegensatz zu der heutigen Regelung, 100 % der Finanzierung der Kosten dynamisiert übertragen haben.

Aber der eigentlich entscheidende Punkt ist doch etwas ganz anderes. Wir müssen uns den Aufgabenzuschnitt der Landratsämter und der Landkreise heute anschauen. Der frühere Regierungspräsident Dr. Bulling hat einmal so schön formuliert,

(Zurufe von der CDU: Oje!)

die Landräte seien heute Leiter eines großen Sozialamts mit angehängter Personalabteilung. Wenn Sie die Selbstverwaltungsstruktur nehmen, dann stellen Sie doch fest – gerade Sie, Herr Kollege Hofer, müssten das als Mitglied der Regionalversammlung feststellen –, dass viele der Aufgaben, die noch vor 10 oder 15 Jahren vom Landkreis sinnvoll wahrgenommen werden konnten, heute auf der Ebene der Landkreise nicht mehr sinnvoll erledigt werden können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber Biberach liegt nicht in Stuttgart!)

(Birzele)

Aus genau diesem Grund hat schon Walter Krause Regionalverbände gefordert, und aus genau diesem Grund sind wir der Meinung, im Interesse der Selbstverwaltung müssen andere Ebenen geschaffen werden, wenn gilt, was Walter Krause als Zielsetzung seiner Gemeindereform und seiner Kreisreform hatte, die Sie ja nur halbherzig mitgemacht haben,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

dass wir Planung, Entscheidung, Finanzierung und Durchführung in einer Hand haben. Von daher ergibt sich, dass Sie richtigerweise Regionalkreise schaffen müssten, damit diese Aufgaben, die heute über das Gebiet eines Landkreises hinausgehen, sinnvoll erledigt werden können. Aus diesem Grunde haben wir unser Modell vorgelegt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die Regionalentwicklungen sind doch sehr unterschiedlich!)

Sie sind dem richtigen Ansatz leider nicht gefolgt. Aber ich gebe die Hoffnung nie auf. In 10 oder 20 Jahren werden auch Sie so weit sein.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Blenke CDU: Aber das Zitat war richtig, oder? – Stellv. Präsident Birzele übernimmt die Sitzungsleitung. – Abg. Drexler SPD: Jetzt geht's los!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 13/3201.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I. Sie ersehen aus dieser Beschlussempfehlung, dass in einigen Punkten Änderungen vorgesehen werden. Die Änderungsanträge und die Entschließungsanträge sowie die Änderungen durch die Beschlussempfehlung werde ich bei den entsprechenden Artikeln bzw. am Schluss der Beratung aufrufen.

Ich rufe auf:

Erster Teil

Reform der Verwaltungsstruktur

Ich schlage vor, Artikel 1 zurückzustellen und die jeweiligen Absätze bei den entsprechenden Fachressorts zusammen mit den dazu gestellten Änderungsanträgen aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind mit diesem Verfahren einverstanden.

Ich rufe auf

Artikel 2

Übertragung von Aufgaben auf die Regierungspräsidien

Ich lasse zunächst über die Absätze 1 bis 10 abstimmen. Wer diesen Absätzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Artikel 2 Abs. 11 auf und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-1.

Herr Abg. Gaßmann hat um das Wort gebeten. Herr Abg. Gaßmann, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Ihrem Murren hoffentlich nicht entnehmen, dass Ihnen der Denkmalschutz nicht wichtig wäre.

Wir haben zwei Anträge gestellt, die die Zerschlagung des Landesdenkmalamts verhindern sollen. Es ist ja geplant, den Einheitsantrag des Ministerpräsidenten auch über das Landesdenkmalamt zu stützen, ohne zu sehen und nachzuschauen, ob das der Landesdenkmalpflege gut tun wird.

Viele Länder beneiden Baden-Württemberg um seine Denkmalpflege und seine Verwaltungsstruktur in der Denkmalpflege. Ich höre, dass beispielsweise Niedersachsen gerade auf dem Weg ist, ein eigenes Landesdenkmalamt zu schaffen.

(Unruhe)

Wir in Baden-Württemberg – besser gesagt: Sie in Baden-Württemberg – wollen einen anderen Weg gehen. Wir haben im Innenausschuss darüber diskutiert. Ich hatte gefragt, wo die Befürworter der Zerschlagung des Landesdenkmalamts seien.

(Unruhe)

Es gab und gibt keine. Aber es gibt viele Kritiker, vor allem alle Sachverständigen, die mit dem Denkmalschutz zu tun haben. Ablehnend geäußert haben sich die Konservatoren, die Restauratoren, internationale Organisationen der Denkmalpflege und auch die Beschäftigten in der Denkmalpflege.

(Lebhafte Unruhe)

Herr Minister Schäuble hat in der Diskussion dazu gesagt: Na ja, wenn man etwas ändern wolle, habe man eben viele Gegner. Aber ich denke, wenn es nur Gegner und keine Befürworter gibt und man dies nicht zur Kenntnis nimmt, dann spricht dies von politischer Arroganz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Die Zuständigkeiten des Landesdenkmalamts, dort bislang einheitlich gebündelt, werden zukünftig aufgesplittert auf Innenministerium, Regierungspräsidium und die unteren Behörden. Die Frage, wie jetzt durch den erhöhten Abstimmungs- und Koordinationsbedarf und die Atomisierung eine Effizienzrendite herauszuholen sei, konnte in der entsprechenden Ausschusssitzung nicht beantwortet werden.

Ich sage auch noch dazu, weil der Herr Ministerpräsident vorhin gesagt hat, man müsse vom Bürger her denken, dass diese uneinheitliche Denkmalverwaltung für den Bürger sicher nicht übersichtlicher und einfacher sein wird.

Ich möchte am Schluss noch einen sehr prominenten und renommierten Architekten zitieren, Herrn Ostertag aus

(Gaßmann)

Stuttgart, der in der letzten Woche in beiden Stuttgarter Zeitungen einen wichtigen Artikel veröffentlicht hat. Nur die wesentlichen Sätze. Da heißt es:

Schutz und Pflege des baukulturellen Erbes wurde bisher als eine gesellschaftlich und landespolitisch Verfassungsrang besitzende Aufgabe höchsten Ranges angesehen.

(Unruhe)

Deshalb die bisherige Unabhängigkeit. Ihre Abstufung signalisiert das Ende eines landeseinheitlichen Denkmalschutzes, ihre Gleichsetzung innerhalb der Verwaltungsreform zum Beispiel mit der Flurneuordnungsverwaltung ist eine eklatante Geringschätzung der Denkmalpflege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesverfassung hat den Denkmalschutz als wichtiges Ziel. Artikel 3 c lautet:

... die Denkmale der Kunst, der Geschichte ... genießbaren öffentlichen Schutz und die Pflege des Staates ...

Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, dass diese Pflege und der Schutz dieser Denkmale durch Ihre Verwaltungsreform erheblich gefährdet sind. Deswegen: Stimmen Sie bitte für unseren Antrag und gegen die Zerschlagung des Landesdenkmalamts.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Artikel 2 Abs. 11. Wer diesem Absatz zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Absatz 12 auf und dazu den Änderungsantrag Drucksache 13/3316-2.

Herr Abg. Schmiedel erhält das Wort.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Ach, nein! Nein!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wenden uns mit diesem Antrag gegen die Zerschlagung des Landesgewerbeamts. Wir tun dies deshalb, weil wir es so belassen wollen, wie es heute ist. Eine Reform ist überfällig, aber eine Reform, meine Damen und Herren, die die Wirtschaftsförderung in diesem Land endlich bündelt und die Zersplitterung beendet.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das, was wir erleben, ist das Gegenteil. Wir haben eine Einladung zur Eröffnung des zentralen Lotsendienstes im Haus der Wirtschaft bekommen. Man muss sich das vorstellen: Da wird jetzt eine Stelle geschaffen und eingerich-

tet, die den Unternehmen des Landes den Weg durch den Dschungel der Wirtschaftsförderung im Land zeigt. Es ist aber notwendig, den Dschungel zu lichten und nicht einen Lotsendienst einzurichten, der durch den Dschungel führt.

(Beifall bei der SPD)

Der künftige Wirtschaftsminister hat in einer Einlassung – befragt, was er denn neu anpacken und ändern will – gesagt, er wolle das große Potenzial an Grundlagenforschung im Land besser nutzen sowie Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung und Produktion näher zusammenbringen. Jetzt frage ich Sie, Herr Pfister: Wollte Herr Döring das nicht? Herr Döring wollte das auch. Wer will das nicht? Nur: Ihm hat das Instrument gefehlt. Wir brauchen Technologietransfer, wir brauchen die Finanzierung, wir brauchen alle Akteure in einer einheitlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes. Das ist das Instrument, mit dem Sie dieses Ziel erreichen können.

Folgen Sie deshalb unserem Vorschlag und stimmen Sie zu, dass wir diese Reform dazu benutzen, die Wirtschaftsförderung im Land zu bündeln und nicht weiter zu zersplittern!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-2, abstimmen. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Absatz 12 des Artikels 2 abstimmen. Wer diesem Absatz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich lasse über die Absätze 13 bis 15 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf die

Artikel 3, 4 und 5

Wer diesen Artikeln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

Zweiter Teil

Allgemeine Folgeregelungen zur Reform der Verwaltungsstruktur

Artikel 6 bis 9

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Beschlussempfehlung in ihrer Ziffer 1 zu Artikel 6 eine Änderung vorschlägt.

Wer den Artikeln 6 bis 9 mit der Änderung durch die Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Artikel 10

Personalvertretung

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-3.

Herr Abg. Junginger, Sie erhalten das Wort.

Abg. Junginger SPD: Wer Personalvertretung ernst nimmt, muss auch darauf achten, dass in den einzugliedernden Einheiten eine ausreichende Repräsentanz sichergestellt ist. Wir verkennen nicht, dass gegenüber den ersten Vorstellungen schon eine Erweiterung erfolgt ist. Aber die jetzt vorgesehenen Einheiten von 150 Mitarbeitern bei den Regierungspräsidien und von 100 Mitarbeitern bei den Stadt- und Landkreisen sind nach unserer Meinung deutlich zu groß. Wer eine richtige Vertretungsspanne haben will, sollte die Repräsentanz bei 50 Mitarbeitern vorsehen.

(Abg. Heinz CDU: Macht doch 10! Geld spielt doch keine Rolle! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn man sieht, um welche Einheiten es in diesem Zusammenhang geht, muss man sagen: Dies ist die angemessene Regelung, zumal wir, Herr Kollege Heinz, die Gesamtzahl je Verwaltungsbereich auf drei Mitglieder begrenzen wollen, sodass keineswegs eine unangemessen große Zahl entsteht. Wir nehmen Personalvertretung ernst und meinen, dass die Grenzzahl 50 genau die richtige ist, um den einzugliedernden Einheiten das Gefühl zu geben, dass sie weiterhin in der Verantwortung bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-3, abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die

Artikel 10 und 11

in der Fassung der Gesetzesvorlage abstimmen. Wer diesen Artikeln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 12

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3316-27, sowie Teil A des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-21.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über Teil A des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-21, abstimmen. Wer diesem Teil zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3316-27, der eine Änderung des Abschnitts I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306, begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 12 insgesamt mit der gerade beschlossenen Änderung abstimmen. Wer dem Artikel 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die

Artikel 13 bis 15

auf. Wer für die Annahme dieser Artikel ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf:

Dritter Teil

Anpassungen im Bereich des Innenministeriums

Artikel 16

Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards (Standardbefreiungsgesetz – StaBefrG)

Ich lasse zunächst über § 1 – Experimentierklausel – Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 und 2 – zu Nummer 3 des Absatzes 2 liegt ein Änderungsantrag vor – abstimmen. Wer für die Annahme dieser Vorschriften ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-4, auf, der begehrt, § 1 Abs. 2 Nr. 3 ersatzlos zu streichen. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung.

(Zurufe von der CDU: Zu spät!)

Herr Abg. Junginger wünscht das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a.: Wir waren in der Abstimmung!)

– Ich bitte um Entschuldigung: Ich habe die Wortmeldung übersehen.

Abg. Junginger SPD: Das Standardbefreiungsgesetz und die dahinter stehende politische Idee sind für unsere Seite seit langer Zeit ein wichtiges Anliegen. Das, was den Kommunen in allen Bürgermeistergesprächen an Möglichkeiten eingeräumt wird, ist in den Nummern 1 und 2 auf jeden Fall mitzutragen. Deswegen die einmütige Beschlussfassung hierüber.

(Junginger)

Demgegenüber ist das Abgehen von beruflichen Qualifikationen im Rahmen einer Experimentierklausel nicht der richtige Weg. Vielmehr müssten die Qualifikationen, die für notwendig angesehen werden, überprüft werden, und es sollte nicht etwa mit der allgemeinen Behauptung, die Aufgabe könnte auch in anderer Weise – ohne berufliche Qualifikation – sachgerecht erledigt werden, eine Möglichkeit geschaffen werden, berufliche Qualifikationen sozusagen auszuhöhlen.

Deswegen sind wir in diesem Punkt, bei dem offensichtlich der Hintergedanke besteht, dass er eine wesentliche Kosteneinsparung bringen soll, auf keinen Fall bereit, das Herumdeuteln an beruflichen Qualifikationen

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

über eine Experimentierklausel freizugeben.

Wir stellen diesen Änderungsantrag, weil es der falsche Weg ist, berufliche Qualifikationen zur Disposition zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-4. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr in Artikel 16 abstimmen über § 1 Abs. 2 Nr. 3 und § 1 Abs. 3 sowie über die §§ 2 und 3. Wer für die Annahme dieser Vorschriften ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 17

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 18

Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-5.

Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU)

Abg. Junginger SPD: Wir sind der Meinung, dass die bestehende gesetzliche Regelung richtig ist und sich bewährt hat und dass eine Freigabe und Aufhebung dieser Regelung nicht der richtige Weg ist.

Es geht konkret darum, dass mit der Eingliederung von Dienststellen nicht ohne weiteres Strukturen aufgegeben werden dürfen. Wir halten den Zustimmungsvorbehalt des Leiters der Hauptdienststelle für nicht in Ordnung. Entsprechend den bisherigen Voraussetzungen müssen Nebenstellen und Außenstellen aufrechterhalten werden, wenn von der Sache her die Gründe nicht ausreichen, um etwa nach der bestehenden gesetzlichen Regelung Veränderungen vorzunehmen.

Das, was jetzt vorgesehen ist, geht in die falsche Richtung, weil es demnach unabhängig von allen funktionalen Zusammenhängen von der Tendenz her grundsätzlich nur noch unter besonderen Umständen möglich sein wird, Außenstellen zu erhalten.

Deswegen sind wir der Meinung, dass Artikel 18 Nr. 1, also die Änderung des § 9 Abs. 2 des Landespersonalvertretungsgesetzes, ersatzlos gestrichen werden soll.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wer für die Annahme des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-5, ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 18 in der Fassung des vorliegenden Gesetzentwurfs. Wer für die Annahme des Artikels 18 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 18 ist mehrheitlich angenommen.

Zu den weiteren Artikeln des Dritten Teils, also den Artikeln 19 bis 47, liegen keine Änderungsanträge vor. Ich rufe deshalb die

Artikel 19 bis 47

insgesamt auf. Wer für Annahme der Artikel 19 bis 47 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Artikel sind mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

Vierter Teil

Anpassungen im Bereich des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport

Artikel 48

Änderung des Schulgesetzes

Zusätzlich rufe ich entsprechend meiner vorherigen Ankündigung

Artikel 1 Abs. 1

auf.

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-6, auf. Gleichzeitig rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache

(Stellv. Präsident Birzele)

13/3316-22, auf. Über den Entschließungsantrag werden wir nach der Abstimmung über Artikel 48 abstimmen. Ich schlage aber vor, dass, wenn gesprochen werden soll, gleich zu beiden Anträgen gesprochen wird.

Das Wort wünscht Herr Abg. Zeller.

(Abg. Seimetz CDU: Er darf auch heute!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selten habe ich erlebt, wie sich eine Ministerin, ein Ministerium so verbiegen musste, nur um dem Ministerpräsidenten zu gefallen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

In den Siebzigerjahren, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung aus Gründen der Kostenersparnis kleine Schulämter aufgelöst und mit anderen zusammengelegt. 1995 gab es das Kienbaum-Gutachten, das in Auftrag gegeben wurde, um die Schulverwaltung zu untersuchen und effizienter zu gestalten. Hier wurde von Ihrer Seite aus immer wieder eindeutig erklärt und betont, wie effizient diese Schulverwaltung sei. Bis vor kurzem wurde im Kultusministerium noch an Reformen in der Richtung gearbeitet, die Zahl der Staatlichen Schulämter von 30 auf 24 zu reduzieren.

Dann kam der Hammer der Teufel'schen Schulverwaltung, und alles hat plötzlich offensichtlich nicht mehr gegolten. Es ist keine Aufgabenbeschreibung erfolgt, die Betroffenen wurden nicht beteiligt. Ich sage Ihnen: Jetzt ist eine – ich sage es in Anführungszeichen – „Lösung“ gefunden worden, die im extremsten Fall dazu führt, dass in einem Schulamt 0,125 Stellen ausgewiesen werden. All dies ist völlig untauglich, und das, was Sie heute Nachmittag in Sachen Kooperationen angesprochen haben, ist nichts anderes als ein Feigenblatt. Denn die Kooperationen funktionieren nicht, weil es zwar durchaus einzelne Landratsämter gibt, die dazu bereit wären, aber die Partnerkreise dagegen sind. Wer schon heute von Kooperationen spricht, räumt im Grunde genommen ein, dass die Verwaltungsreform ein Konstruktionsfehler ist.

Es gibt bei den Verantwortlichen niemanden, der diese Reform für richtig hält. Sie haben sich mit den Betroffenen ja nicht auseinander gesetzt. Statt hier eine differenzierte Aufgabenanalyse durchzuführen, die Eigenständigkeit der Schulen zu betonen, die Trennung von Beratung und Aufsicht durchzuführen, statt hier regionale Schulämter zu schaffen, haben Sie, wie Herr Drexler deutlich gemacht hat, eine Murkslösung gefunden. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab und bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

(Unruhe – Abg. Zeller SPD meldet sich zu Wort. – Zurufe: Herr Präsident, da hat noch einer etwas vergessen!)

– Bitte, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, ich beantrage eine namentliche Abstimmung.

(Abg. Seimetz CDU: Typisch Zeller! – Abg. Fleischer CDU: Ein Masochist!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört: Es ist eine namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-6, Artikel 1 Abs. 1 und Artikel 48 ersatzlos zu streichen, beantragt.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der antworte mit Nein. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M. Herr Schriftführer Reichardt, ich bitte Sie, die Namen zu verlesen.

(Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, hat der Antrag überhaupt die notwendige Mehrheit? – Abg. Hauk CDU: Liegt die Mehrheit vor?)

– Soll ich es feststellen lassen?

Einen Moment! Herr Kollege Hauk hat gerade bezweifelt, dass die erforderliche Stimmenzahl zur Unterstützung des Antrags auf namentliche Abstimmung vorliegt. Ich bitte diejenigen, die den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen, um das Handzeichen. – Herr Kollege Hauk, Sie haben sich überzeugt, dass die erforderliche Unterstützung gegeben ist.

Herr Abg. Reichardt, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten korrekt notiert werden kann und damit es hinterher keine ungerechtfertigten Abzüge gibt.

Herr Kollege Reichardt.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen.

An der Abstimmung haben sich insgesamt 123 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 72 Abgeordnete gestimmt.*

Der Änderungsantrag Drucksache 13/3316-6 ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid,

(Stellv. Präsident Birzele)

Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 1 Abs. 1 und Artikel 48. Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-22. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die

Artikel 49 bis 53

Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Sie müssen sich schon beteiligen, damit klar ist, dass Sie Ihren Gesetzentwurf annehmen wollen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf

Artikel 54

Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Leistungsstufenverordnung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe nunmehr

Artikel 55

Änderung der Modeschul-Verordnung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 3, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf:

Fünfter Teil

Anpassungen im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Artikel 56

Änderung des Landesarchivgesetzes

und hierzu den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-7.

Frau Abg. Schmidt-Kühner, Sie haben hierzu das Wort.

(Abg. Fleischer CDU: Sie wollten doch Arbeiten abbauen, Frau Schmidt-Kühner!)

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begehren mit diesem Antrag, dass die Landes- und Kreisbeschreibungen auch künftig Aufgabe der Landesarchive sein können und nicht über die Begründung dieses Gesetzes explizit aus den Aufgabenbereichen herausgestrichen werden. Hintergrund unseres Antrags ist, dass für Baden-Württemberg eine hohe Qualität der Landes- und Kreisbeschreibungen erreicht worden ist und dass sie ein gutes Ansehen haben. In den Landesarchiven ist darüber hinaus auch sehr viel Know-how für die Landes- und Kreisbeschreibungen vorhanden – Know-how, das notwendig ist, um sie tatsächlich landesweit und flächendeckend gut weiterzuführen. Wir gehen davon aus – und darin sehen wir riesige Probleme –, dass diese Kreisbeschreibungen dann, wenn sie auf die Ebene der Landkreise delegiert werden, nicht mehr in der bisherigen Qualität gehalten werden können. Alle Informationen, die wir aus dem Bereich der Archive haben, deuten genau auf diese Befürchtung hin.

(Abg. Drexler SPD: Die Zahl der Archive wird reduziert!)

Es darf einfach nicht sein, dass wir die Landes- und Kreisbeschreibungen der Effizienzrendite als Beute vorwerfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das darf schlichtweg nicht sein. Wenn wir wollen, dass Landesgeschichte auch weiterhin gut dargestellt wird und dass sich viele Menschen für unsere Landesgeschichte, für ihre Regionalgeschichte und damit für ihre Identität interessieren, dann müssen wir erreichen, dass die Landes- und Kreisbeschreibungen in ähnlicher und weiterhin guter Qualität erhalten bleiben und dass sie nicht delegiert werden. Das ist nur bei den Landesarchiven möglich.

Überlassen Sie es den Landesarchiven, wie sie die Effizienzrendite erbringen wollen, und schreiben Sie das nicht an dieser Stelle vor.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich lasse nunmehr über Artikel 56 abstimmen. Wer Artikel 56 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Stellv. Präsident Birzele)

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Erst der Antrag! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Nein, das ist ein Entschließungsantrag!)

– Es ist ein Entschließungsantrag. Zunächst wird über den Artikel abgestimmt und anschließend über den Entschließungsantrag.

(Abg. Fleischer CDU: Und da waren wir gerade schon dabei!)

Wer für die Annahme des Artikels 56 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Entschließungsantrag Drucksache 13/3316-7 abstimmen. Wer für die Annahme dieses Entschließungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf

Artikel 57

Änderung des Weiterbildungsförderungsgesetzes

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 4. Wer für die Annahme des Artikels in dieser Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nunmehr auf:

Sechster Teil

Anpassungen im Bereich des Justizministeriums

Artikel 58

Landesgesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug (LBGS)

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-8.

Herr Abg. Stickelberger, Sie haben das Wort.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Artikel geht es im Wesentlichen um die Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe. Unser Antrag zielt darauf ab, die Auswertung des Pilotversuchs, den wir mittragen, abzuwarten und dann die Privatisierung in die Wege zu leiten und dabei bestimmte Mindeststandards, was Ausbildung und Qualifikation des Personals angeht, sicherzustellen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-8, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Artikel 58 abstimmen. Wer dem Artikel 58 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 59

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 60

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-9.

Herr Abg. Stickelberger, Sie haben das Wort.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag zielt darauf ab, den Gerichtsstandort Karlsruhe in der Finanzgerichtsbarkeit auf Dauer zu erhalten. Wir halten das im Sinne der Bürgernähe für geboten.

Zweiter Punkt: Im Rahmen der Justizreform sind Zusammenlegung und Schließung von Gerichtsstandorten häufig ein Thema. Uns fehlt da ein Gesamtkonzept. Wer mit guten Gründen für den Erhalt kleiner Amtsgerichte eintritt – wegen ihrer Bürgernähe –, muss uns plausibel machen, warum man andere Gerichtsstandorte aufgibt oder zusammenlegt

(Abg. Mappus CDU: 80 % schriftliche Verfahren, Herr Kollege!)

und dort das Argument der Bürgernähe nicht mehr gilt.

Im Übrigen folgen die Vorschläge zu den Gerichtsstandorten häufig dem Sitz etwa der Behörden. Bei Regierungspräsidien und Verwaltungsgerichten ist das so. In Stuttgart und Karlsruhe gelten bezüglich der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Oberfinanzdirektion offensichtlich umgekehrte Argumente. Das können wir nicht nachvollziehen. Deshalb unser Antrag für den Erhalt des Standorts Karlsruhe.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Wer für die Annahme des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-9, ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Artikel 60 abstimmen. Wer für die Annahme dieses Artikels ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 61 bis 65

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf:

Siebter Teil

Anpassungen im Bereich des Finanzministeriums

Artikel 66

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Wer für die Annahme des Artikels 66 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

Achter Teil

Anpassungen im Bereich des Wirtschaftsministeriums

Artikel 67

Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg (VermG)

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-10.

Das Wort erhält Herr Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Abg. Drexler SPD: Jawohl, Gustav! – Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Ein so genannter vernünftiger Haas!)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die SPD-Fraktion beantragt, „Artikel 1 Abs. 8 des Gesetzentwurfs – Reform der Verwaltungsstruktur – und Artikel 67 des Gesetzentwurfs – Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg (VermG) – ersatzlos zu streichen.“

(Abg. Alfred Haas CDU: Das können wir lesen!)

Begründung: Es besteht keine Veranlassung, einen Anschlag auf die gut funktionierende Vermessungsverwaltung im Land Baden-Württemberg zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Vor zwei Jahren haben wir hier im Haus eine hervorragende Ausstellung gehabt, die dargestellt hat, was die Landesvermessungsverwaltung in der Vergangenheit zu leisten vermochte und in der Zukunft zu leisten vermag und auch leisten wird. Durch die jetzt beabsichtigte Kleingliederung mit der Verlegung auf die 35 Landkreise und 9 Stadtkreise erfolgt eine Zerschlagung dieser hervorragenden Vermessungsarbeit. Auch werden die Stadt- und Landkreise da mit einer zusätzlichen Kostengebühr überzogen, weil die Effizienzrendite nicht gegeben ist, zumal die Landesregierung beabsichtigt, die Vermessungsaufgaben zu bis zu 80 % des Gesamtvolumens zu privatisieren. Dann fehlen zwangsläufig Einnahmen. Diese gehen natürlich im Haushalt des Landkreises jeweils unter.

Meine Damen, meine Herren, noch ein Wort zur Ausbildung der jungen Leute für den gehobenen und höheren Vermessungsdienst.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt's!)

Diese Ausbildung wird durch die Reform im Grunde genommen zu einer Aktion, bei der sich die Leute bei 44 Behörden und Einrichtungen bewerben müssen. Das mag zwar ein Weg sein, um die Landschaft kennen zu lernen, dient aber nicht der Attraktivität des Berufs. Es ist kein Gebot der Stunde, dass man sagt, so schicke man junge Leute in den Beruf.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie die Finger weg von der Landesvermessungsverwaltung. So, wie sie jetzt besteht, ist es in Ordnung. Halten Sie daran fest, und machen Sie keinen Schuss in den Nesenbach.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Drautz FDP/DVP und Alfred Haas CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-10, abstimmen. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über

Artikel 1 Abs. 8,

der zurückgestellt wurde, und über Artikel 67 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer für die Annahme dieser Vorschriften ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 68 bis 70

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 71

Änderung des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 5. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, ich muss meinen Appell wiederholen: Ihre bloße Anwesenheit ist nicht deutlich genug. Sie müssen abstimmen.

(Abg. Drexler SPD: Wenigstens das!)

Es gibt einige, die sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligen.

(Unruhe)

Ich zähle also nicht diejenigen, die sitzen, sondern nur diejenigen, die abstimmen.

(Abg. Drexler SPD: Die Pfoten kann man ja hochhalten!)

(Stellv. Präsident Birzele)

Also: Wer dieser Vorschrift zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Unruhe)

Ich rufe auf

Artikel 72 bis 89

Wer für die Annahme dieser Artikel ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Wieser CDU: Wir bitten um ein Lob! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt haben wir es gut gemacht! – Unruhe)

Ich rufe auf:

Neunter Teil

Anpassungen im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Artikel 90

Änderung des Landesjagdgesetzes

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 91 und Artikel 1 Abs. 9

Wer für die Annahme dieser Bestimmungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 92 und Artikel 1 Abs. 3

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-11, und den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-23.

Das Wort wünscht Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Beifall! Teßmer kriegt keinen Beifall!)

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich appelliere an Sie, Artikel 1 Abs. 3 und Artikel 92 des Gesetzentwurfs ersatzlos zu streichen.

Ich möchte zur zukünftigen Struktur des Forstes in Baden-Württemberg noch kurz etwas sagen. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass man mit der Novellierung des Landeswaldgesetzes Mitte der Neunzigerjahre eine Forstreform von innen heraus durchgeführt hat, im Rahmen des unsäglichen NSI-Projekts für teures Geld die Forstverwaltung noch einmal kostenträchtig durchrationalisierte und nun alles auflöst und den Landkreisverwaltungen unterordnet. Dadurch, dass man die zentrale Holzvermarktung beim Land belässt, kann auch nicht der Schein einer Kontinuität gewahrt werden.

Ich erlaube mir, zur Forstverwaltung folgendes Zitat vorzulesen:

Das Einheitsforstamt ist Organisationsgrundlage für den Aufbau der Landesforstverwaltung. Das Einheitsforstamt wurde mit der Novellierung des Landeswaldgesetzes im Jahre 1996 als Grundlage für den Organisationsaufbau bestätigt. Im Landeswaldgesetz sind die Aufgaben des Einheitsforstamtes als Dienstleistungsaufgaben für den Privat-, Kommunal- und Staatswald sowie die Hoheitsaufgaben normiert. Eine Änderung des Landeswaldgesetzes ist nicht beabsichtigt. Insofern orientiert sich die Organisationsentwicklung sowie die Analyse von Rationalisierungspotenzialen am Modell der Einheitsforstverwaltung (Einheitsforstamt).

Das Einheitsforstamt ist bei der in Baden-Württemberg gegebenen zersplitterten Besitzstruktur die beste Organisationsform, um die Forstpolitik baden-württembergischer Prägung umzusetzen,

(Unruhe)

die durch einen Ausgleich aller Interessen am Wald unter gleichrangiger Berücksichtigung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes gekennzeichnet ist.

(Zuruf von der CDU: Rest zu Protokoll!)

Achtung jetzt!

Andere Organisationsformen können bei anderen naturräumlichen Gegebenheiten und Besitzstrukturen ihre Berechtigung haben, wie ein Organisationsvergleich zwischen den österreichischen Bundesforsten und der Landesforstverwaltung . . . zeigt.

(Unruhe)

Letzter Satz des Zitats:

Eine Übertragung auf baden-württembergische Verhältnisse ist jedoch nicht sachgerecht.

So Minister Stächele am 29. November 2002 in der Stellungnahme zu dem von mir initiierten Antrag Drucksache 13/1480.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Aha!)

Da sich seit dieser Stellungnahme des Ministers eigentlich nichts geändert hat, müssen wohl sachfremde Gründe und nicht dem Forst dienende Planungen zu der Reform im Forstbereich geführt haben. Entweder hat der Minister damals nicht die Wahrheit gesagt, oder er hat bei dieser Verwaltungsreform auf ganzer Linie verloren – oder beides.

Irgendeine Handschrift oder einen eigenen Gestaltungswillen von Ihnen, Herr Minister Stächele, kann ich beim besten Willen nicht erkennen – weder im Agrarbereich noch im Bereich der Flurneuordnungsverwaltung, noch am wenigsten im Forstbereich.

Weil wir Angst haben, dass in Zukunft die Landräte als „Oberförster“,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oje!)

(Teßmer)

die ja keinen wirtschaftlichen Nutzen durch den Wald, aber die Personalkosten haben, die Koalition zwar unterstützen, aber nicht die Folgen mittragen werden, bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Wir glauben, dass die jetzt vorgesehene Regelung zu einer Schwächung der Privatwaldbesitzer und zu einer Schwächung der Forstverwaltung führt. Ich wünsche deswegen, dass Sie diese Regelung noch einmal überdenken. Darauf hätten Sie vielleicht auch selber kommen können: Wer sparen will, hätte ja auch die zwei Forstdirektionen auflösen können; denn einen Landesforstpräsidenten haben wir doch schon. Dann hätten wir wirklich gespart.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und bitten um namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Stelly. Präsident Birzele: Wird dieser Antrag unterstützt?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

– Dann, meine Damen und Herren, kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-11.

Sie kennen die Regeln;

(Abg. Pfisterer CDU: Und das Ergebnis auch!)

ich brauche sie nicht zu wiederholen.

Ich bitte nun Herrn Abg. Palmer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben N.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Insgesamt haben 122 Abgeordnete abgestimmt.

*Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 72 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-11, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über Artikel 1 Abs. 3 sowie Artikel 92 abstimmen. Wer diesen Vorschriften zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Meine Damen und Herren, das Zweite war die Mehrheit.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Eindeutig! – Abg. Drexler SPD: Ihr müsst strecken! – Abg. Teßmer SPD: Aber sicher! – Abg. Drexler SPD: Aber sicher! – Zahlreiche Abgeordnete betreten den Plenarsaal. – Abg. Drexler SPD: Jetzt wird es langsam wieder voller! Zuerst keine Anhörung machen, und dann könnt ihr nicht richtig abstimmen! Es wird Zeit, dass ihr in die Opposition kommt, dann lernt ihr das!)

Ich lasse, nachdem sich der Saal etwas gefüllt hat, erneut abstimmen.

(Abg. Teßmer SPD: So lange, bis das Ergebnis passt! – Abg. Drexler SPD: Aber nur fairerweise!)

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Drexler SPD: Der Präsident ist so was von fair! Das hätten wir nicht wiederholen müssen! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Bei der nächsten Wiederholung kostet es was!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-23. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über

Artikel 93

Änderung des Naturschutzgesetzes

abstimmen. Wer dieser Vorschrift zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 93 ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Artikel 94

Änderung des Gesetzes zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 6. Wer dieser Vorschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 95 und Artikel 1 Abs. 2

Wer Artikel 95 sowie Artikel 1 Abs. 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 96 bis 98

Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 99

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-12.

Herr Abg. Fischer, Sie erhalten das Wort.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Verwaltungsreform wäre heute viel über die Eingliederung der Polizei zu sagen gewesen. Ich bin mir aber sicher, dass wir uns im Laufe der nächsten Monate oder Jahre über die Veränderungen, die bei der Polizei stattgefunden haben, wiederholt unterhalten werden. Ich erinnere nur an die Veränderungen bei der Autobahnpolizei, der Wasserschutzpolizei und den Polizeiposten. Dies alles sind Maßnahmen, die nach unserer Meinung falsch angelegt sind und die uns, wie gesagt, noch öfters begleiten werden. Aber ich möchte festhalten: Diese Bereiche sind insgesamt in der Hoheit der Polizeiverwaltung geblieben, und deshalb gibt es heute zu diesem Punkt nicht wesentlich mehr auszuführen.

Was uns aber speziell heute beschäftigt, ist die Eingliederung des Wirtschaftskontrolldienstes in die Landratsämter. Das halten wir eindeutig für den falschen Weg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜ-NE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass in Zukunft genau durch den Erweiterungs- und Konzentrationsprozess europaweit die Aufgaben der Ernährungsmittelkon-

trolle zunehmen und eine wesentlich höhere Bedeutung bekommen müssen. Wenn hier der Wirtschaftskontrolldienst so zerschlagen wird, wie es jetzt vorgesehen ist, und eine Eingliederung in die Landratsämter stattfindet, dann sehen wir die Aufsicht in der Form, wie sie notwendig wäre, als nicht mehr gewährleistet an. Das möchte ich an einigen wenigen Punkten aufzeigen.

Bisher wurde alles aus einer Hand geregelt, nämlich durch die Polizei. Wenn Kontrollen durchgeführt wurden, beispielsweise in Gaststätten, Nachtlokalen, Küchen, Nebenräumen und Produktionsstätten,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Was für Lokale waren das?)

dann wurde aus einer Hand angeordnet und untersucht. Von ein und derselben Dienststelle wurden Proben genommen und oft auch Beschlagnahmen durchgeführt. Was bedeutet eine Eingliederung? Auch dann werden natürlich Proben genommen, aber zusätzlich muss die Polizei herangezogen werden. Bedeutet dies Aufgabenabbau? Das bedeutet dies nicht. Wir sind der Meinung: Es ist eine Verschlechterung der bisherigen Situation. Deshalb ist die Eingliederung falsch.

In Zukunft wird eine Lebensmittelüberwachung vom Landratsamt gesteuert, und die Polizei muss, wie gesagt, dazu gerufen werden. Soll dies eine schlanke Struktur sein? Nein, das ist es nicht. Heute wird sehr viel über Effizienzrendite und über Verschlangung gesprochen. Das ist ein Beispiel für etwas, was genau falsch angelegt ist.

Ich erinnere nur an die BSE-Krise, liebe Kolleginnen und Kollegen. In einer Nacht wurden 15 000 Proben gezogen und schnell kontrolliert. Wer soll, wenn die Eingliederung stattgefunden hat, das Ganze so gut koordinieren, damit die Aufgaben so schnell, wie es bei der BSE-Krise möglich war, erledigt werden können? Wir sind der Meinung, das geht nicht.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass dann, wenn die Eingliederung stattgefunden hat, der Landrat Dienstherr ist. Er ist auch für Industrieansiedlungen zuständig. Er ist quasi dafür zuständig, dass sich in seinem Bereich Betriebe ansiedeln und diese auch gehalten werden. Auf der anderen Seite gibt es gerade in den Betrieben, in denen der Wirtschaftskontrolldienst massiv eingreifen muss, Probleme, und hier entsteht eine Konfliktsituation, weil ein Dienstherr für beides zuständig ist. Lassen Sie den WKD bei der Polizei, dann bleiben wir auf dem rechten Weg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜ-NE)

Ein weiterer Punkt: Sie, Herr Ministerpräsident, vergleichen ja immer andere Bundesländer mit Baden-Württemberg. Es gibt ein Bundesland, das Saarland, wo vor Jahren die Ausgliederung des WKD vorgenommen wurde. Dieses Land

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So groß wie bei uns ein Regierungsbezirk!)

– ob es groß oder klein ist, Herr Kollege, hat damit überhaupt nichts zu tun – mit einem CDU-Ministerpräsi-

(Fischer)

denen geht jetzt genau diesen Weg wieder zurück und gliedert den WKD wieder bei der Polizei ein, weil man erkannt hat, dass dies zur richtigen Durchschlagsfähigkeit führt. Deshalb haben Sie, die Kollegen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, die bei ihren Vor-Ort-Gesprächen mit der Polizei auch immer andere Signale ausgesandt haben und die sagen: „Die Eingliederung in das Landratsamt ist eigentlich nicht das Richtige, aber unser Ministerpräsident möchte das, und deshalb machen wir das“, heute noch die Möglichkeit, dagegen zu stimmen. Deshalb beantragen wir namentliche Abstimmung über unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD.

Sie haben gehört, dass namentliche Abstimmung beantragt ist. Wird dieser Antrag unterstützt? – Das ist der Fall.

Dann bitte ich Frau Dr. Stolz, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben O.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 119 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 71 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 13/3316-12 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfi-

terer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr abstimmen über

Artikel 1 Abs. 10

und Artikel 99. Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die

Artikel 100 bis 109

Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse abstimmen über

Artikel 110

Änderung der Verordnung über die Beiräte bei den Naturschutzbehörden

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 7. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse abstimmen über die

Artikel 111 bis 117

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf:

Zehnter Teil

Anpassungen im Bereich des Sozialministeriums

Artikel 118

Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 119 und Artikel 1 Abs. 4

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-13.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Abg. Haußmann, Sie haben das Wort.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die schwierige und differenzierte Materie des Entschädigungsrechts im Sozialbereich erfordert zur Aufgabenerledigung eine Behördenstruktur mit umfassender Fachkompetenz, damit die Rechtssicherheit und insbesondere die Gleichbehandlung der Betroffenen gewährleistet ist. Es ist mehr als fraglich, ob eine auf 35 Landkreise aufgesplitterte Versorgungsverwaltung dazu in der Lage ist. Die Landesregierung räumt dies in ihrem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz implizit ja selber ein, weil sie auf landkreisübergreifende Kooperationen in Form von gemeinsamen Dienststellen setzt – so nachzulesen in der Begründung zu Artikel 6 Nr. 2.

Ob diese Kooperation zustande kommt, ist mehr als fraglich. Die SPD-Fraktion hat zu diesem Thema eine Anhörung durchgeführt, und die Vertreterin des Landkreistags hat gesagt, dass ein Drittel der Landräte nicht bereit sei, gemeinsame Dienststellen zu bilden. Herr Schneider – er hat gerade den Saal verlassen, weil er dringend telefonieren muss – ist zum Beispiel ein solcher Landrat. Es geht um die Versorgungsverwaltung in Ulm. Da macht der Kreis Biberach nicht mit, da machen die Heidenheimer nicht mit, und auch der Ostalbkreis macht nicht mit. Von daher ist überhaupt nicht gewährleistet, dass es hier künftig eine gemeinsame Dienststelle geben kann.

Aufgrund dieser Blockadehaltung vieler Landräte wird es eben auf freiwilliger Basis nicht dazu kommen, dass gemeinsame Dienststellen nach den Vorschriften des § 13 a des Landesverwaltungsgesetzes gebildet werden. Wir wollen dazu eine Verpflichtung. Unser Änderungsantrag hat zum Ziel, durch die Bildung gemeinsamer Dienststellen im Bereich der Versorgungsverwaltung die bisherige bewährte Behördenstruktur zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über den Änderungsantrag Drucksache 13/3316-13 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 1 Abs. 4 und Artikel 119. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 120

Änderung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen und der Vereinbarung von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-14, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-24.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Abg. Haußmann.

(Abg. Pfisterer CDU: Alles schon bekannt! – Minister Dr. Christoph Palmer: Zu Protokoll!)

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Palmer, seien Sie nicht so ungeduldig. Ich denke, das Parlament ist der Ort, wo wir über das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz reden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Landesgleichberechtigungsgesetz gilt bisher uneingeschränkt nur für die Dienststellen des Landes, und durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz werden zahlreiche staatliche Ämter aufgelöst und ihre Aufgaben samt den Bediensteten in die Stadt- und Landkreise eingegliedert. Dort wiederum – genau das ist der Punkt – gilt das Landesgleichberechtigungsgesetz nur sehr eingeschränkt. Schätzungsweise 100 Frauenvertreterinnen werden ihr Amt verlieren.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal Ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Frau Dr. Gräßle, zitieren.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Gute Frau!)

Sie hat dieses Vorhaben öffentlich als den größten Rückbau in Sachen Frauenförderung bezeichnet, den es in der Bundesrepublik je gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Vorsitzende der Frauen-Union Baden-Württemberg, die CDU-Politikerin Annette Widmann-Mauz, hat die Forderung aufgestellt, dass das Landesgleichberechtigungsgesetz auf den kommunalen Bereich ausgeweitet werden und gleichermaßen für alle Bediensteten gelten müsse, sowohl für diejenigen, die vor der Reform im Landesdienst standen, als auch für jene, die schon in der Kommune tätig sind. Was machen Sie? Sie bringen einen kleinen Änderungsantrag ein, weiße Salbe, Placebo, ohne eine rechtliche Verpflichtung vorzusehen. Eine solche Verpflichtung wollen wir aber. Wir wollen die rechtlich verbindliche Geltung des Landesgleichberechtigungsgesetzes für Kommunen über 8 000 Einwohner haben. Erst das wäre ein Schritt in Richtung Frauenförderung in diesem Land. Baden-Württemberg hat sich ja bisher in der Frauenförderung sicher nicht hervor getan. Das wundert mich bei dieser Landesregierung auch gar nicht. Eigentlich wäre ein Aufschrei der Frauenbeauftragten der Landesregierung fällig. Da höre ich zurzeit

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nichts! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Vielleicht gibt es die gar nicht mehr!)

überhaupt nichts. Wir wollen die rechtliche Verpflichtung angesichts der massiven Auswirkungen dieser Verwaltungsreform auf die Situation der überwiegend weiblichen Beschäftigten. Da brauchen wir eine ganz klare gesetzliche Regelung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-14. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Stellv. Präsident Birzele)

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD zu Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Doktor! Das ist ja grässlich, die Abstimmung hier!)

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-24. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 120 Nr. 1. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 120 Nr. 1 ist damit angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 120 Nr. 2 bis 4 und verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 8. Wer den Vorschriften in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 121

Änderung des Bestattungsgesetzes

(Abg. Drexler SPD: Dem stimmen wir zu!)

Wer dieser Vorschrift zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 122

Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII)

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-15.

Frau Abg. Haußmann, Sie haben das Wort.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion lehnt eine Zerschlagung der beiden Landeswohlfahrtsverbände ab. Gegen diese Zerschlagung sprechen schwerwiegende fachliche, finanzielle und behindertenpolitische Einwände.

In Baden-Württemberg – ich sage das noch einmal für alle, die diese Diskussion zukünftig in den Kreistagen führen werden – bestehen in der Eingliederungshilfe für Behinderte derzeit funktionierende und kostengünstige Strukturen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das bleibt!)

Lediglich in Sachsen – das zeigt der Bundesländervergleich – und in vier der sieben bayerischen Bezirke liegen die entsprechenden Pro-Kopf-Ausgaben noch niedriger.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Also können wir doch auch besser werden!)

Wer angesichts dieser Zahlen die Kosten weiter drücken will, der muss auch ganz klar sagen – da werden wir Sie in den Kreistagen stellen –,

(Unruhe bei der CDU)

dass dies nur zu Qualitätsverschlechterungen und zu einem Abbau von Hilfsangeboten für behinderte Menschen führt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Na, na, na! Komm! – Abg. Herrmann CDU: Ihr habt doch keinen Sitz im Kreistag!)

Ich will in diesem Zusammenhang die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte zitieren, die bei der Anhörung, die wir von der SPD-Fraktion durchgeführt haben, ganz klar Stellung bezogen hat. Dem ist eigentlich gar nichts mehr hinzuzufügen. Ich zitiere:

Besonders kritisch stimmt aber die Tatsache, dass unter dem Anspruch, eine einheitliche sowie besonders effektive und effiziente Verwaltung schaffen zu wollen, sämtliche staatlichen Aufgabenbereiche in die Verantwortung der Kreise übergeben werden, unbeachtlich der damit verbundenen inhaltlichen Implikationen. Dabei wäre unseres Erachtens gerade im Sozialbereich besondere Vorsicht geboten. Stattdessen aber werden Menschen mit Behinderung nur noch als „Kostenfaktoren“ und als „Sprengsätze für die öffentlichen Haushalte“ bezeichnet.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: So ein dummes Zeug! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Hilfebedürftige Menschen befürchten daher berechtigterweise,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Helfen Sie mit, die Befürchtungen abzubauen!)

dass die mit der Verwaltungsreform angestrebten funktionalen Ziele gültige soziale Prinzipien überlagern und deformieren könnten: Aus Bedarfsgerechtigkeit wird Kostenreduktion, aus Fördern wird Fordern, Hilfe wird zur Disziplinierung, Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeiten werden zur autoritären Fürsorge.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Genau das wird eintreten. Ich hatte vor kurzem eine Diskussion in den Mariaberger Heimen. Da hat der Landrat des Landkreises Sigmaringen, Herr Gaerte, klar gesagt:

Natürlich werden wir nicht mehr die Standards von 2004 in der Behindertenhilfe haben. Dann gehen wir halt auf die Standards von 1990 oder 1980.

Das ist die Aussage dieser Landräte, die zukünftig hierfür zuständig sein werden.

Im Übrigen – in diesem Zusammenhang will ich das auch noch erwähnen – gibt es eine ganz eklatante Benachteiligung der Beschäftigten bei den Landeswohlfahrtsverbänden gegenüber den von der Reform betroffenen Beschäftigten der Landesbehörden. Wir haben uns für eine Gleichbehandlung eingesetzt. Sie hätte sich durch Regierungshandeln erreichen lassen. Sie haben das versäumt bzw. sind unserem entsprechenden Antrag nicht gefolgt.

(Abg. Schneider CDU: Das sind doch gar nicht unsere Leute!)

Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-15, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Artikel 122 abstimmen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 9, in der eine Änderung des § 7 vorgesehen ist. Wer Artikel 122 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf

Artikel 123 bis 147

Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf:

Elfter Teil

Anpassungen im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

Artikel 148 und Artikel 1 Abs. 7

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-16.

Herr Abg. Göschel, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als zum 1. Januar 2003 die Reform der Straßenbauverwaltung in Kraft getreten ist, hat dies breite Zustimmung gefunden. Als aus 25 Straßenbauämtern und 5 Autobahnbetriebsämtern 18 Ämter gemacht wurden, davon 9 integrierte Ämter, also mit Autobahnzuständigkeit, haben alle gefeiert, dass endlich das gelungen sei, was die Experten seit vielen Jahren gefordert hatten, nämlich die Zusammenlegung der allgemeinen Straßenbauverwaltung mit der Autobahnverwaltung, also der Gelben mit den Blauen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da waren Sie auch dagegen!)

Dies wird nunmehr rückgängig gemacht. Alle, auch der Ministerpräsident und der zuständige Fachminister Müller, haben sich damals für einen großen Wurf gefeiert, als die Zusammenlegung gelungen war.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Wenn damals ich oder meine Fraktion den Vorschlag gemacht hätte, die Straßenbauverwaltung anschließend so zu verändern, wie Sie das heute mehrheitlich beschließen wollen, hätte uns alle Welt für verrückt erklärt, und das mit Recht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Nur weil der Vorschlag vom Ministerpräsidenten kommt, wird er von manchen hier im Hause behandelt, als wäre es eine göttliche Eingebung gewesen.

(Unruhe)

Alle angehörten Experten – mit Ausnahme der von der kommunalen Seite –, sowohl die Vertreter der Verbände und Gewerkschaften der Betroffenen wie auch – und das ist interessant – die Vertreter des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie, des Landesverbands der Bauwirtschaft in Baden-Württemberg und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, haben dieser so genannten Reform abgesprochen, dass sie zielführend sei. Sie alle haben kritisiert, dass sie mehr zu Reibungsverlusten als zu Effizienzgewinnen führe. Sie haben sie deshalb in Bausch und Bogen abgelehnt. Die zuletzt genannten Organisationen stehen nun wirklich nicht in dem Ruf, Vorfeldorganisationen der SPD zu sein.

(Zuruf von der CDU: Ihr habt ja gar keine! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Aus 18 Ämtern machen wir jetzt 44 Ämtchen

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

plus 4, weil ja auch die Regierungspräsidien eine umfassende Zuständigkeit dazubekommen haben, plus x. X ist die Zahl der dann notwendigen Außenstellen oder Bauleitstellen der Regierungspräsidien, weil den oft fern liegenden Regierungspräsidien die Vor-Ort-Betreuung nämlich gar nicht möglich ist.

(Unruhe)

Wer es genauer nachliest, erfährt, dass es noch eine kleine zusätzliche Verwirrung gibt. Denn neu ist, dass die Landkreise – nicht die Landratsämter – die Vollzuständigkeit für die Kreisstraßen bekommen. Die Zuständigkeiten für Planung, Bau, Erhaltung der Landes- und Bundesstraßen kommen zu den Regierungspräsidien, die Zuständigkeiten für die Unterhaltung und den Betrieb – beispielsweise gehört auch der Winterdienst dazu – kommen zu den Landratsämtern – also nicht zu den Landkreisen –, und die Vollzuständigkeit für die Autobahnen haben die Regierungspräsidien. Das ist also ein Verwirrspiel und keineswegs eine klare Zuständigkeit, wie wir sie ja derzeit noch haben.

Bei allen diesen Reibungsverlusten, auch in der Abgrenzung zwischen Unterhaltung und Erhaltung, wird es ein Schwarzer-Peter-Spiel geben, weil keiner genügend Geld hat. Die Folge werden zusätzliche Schlaglöcher sein, und jeder, der dann künftig ein Schlagloch überfährt, erlebt einen Erwin-Teufel-Gedächtnisruck.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Aber ich glaube, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen nicht so geruckelt werden und nicht so oft an den Ministerpräsidenten erinnert werden. Auch der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat mit seiner Forderung, unsere Gesellschaft müsse sich einen Ruck geben, etwas ganz anderes gemeint.

(Beifall bei der SPD – Oh-Zurufe von der CDU)

(Göschel)

Meine Damen und Herren von der Regierungsseite, Sie hätten heute die Chance, kurz vor der Sackgasse noch einmal umzukehren.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie sind schon längst im Kreisverkehr und kommen gar nicht mehr heraus!)

Aber wie ich Sie kenne, werden Sie mit geschlossenen Augen mit Vollgas in die Sackgasse fahren. Sie wissen, was da passiert. Die Frage ist, wann Sie es merken und wann Sie nach einer Schamfrist Ihre jetzige Reform wieder reformieren.

(Zurufe von der CDU)

Darauf dürfen wir gespannt sein. Aber damit Sie Ihr Gewissen schärfen können, beantrage ich namentliche Abstimmung über unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Findet dieser Antrag die notwendige Unterstützung? – Das ist der Fall.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-16, namentlich abstimmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben P.

Bitte, Herr Palmer.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 120 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 71 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-16, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakelariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckemann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser,

Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleimann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr abstimmen über Artikel 1 Abs. 7 und Artikel 148. Wer diesen Bestimmungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 149 und Artikel 1 Abs. 5

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-17.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Abg. Dr. Caroli, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Abg. Teßmer SPD: Sehr ausführlich begründen!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Meine Damen und Herren, knurren Sie nicht! Achten Sie die Rechte des Parlaments! Dies einmal vorab.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die europäische Wasserrahmenrichtlinie enthält einen höchstinteressanten Denkansatz, den ich mit dem Begriff „flussgebietsbezogenes Denken“ charakterisieren möchte. Worum geht es da? Es geht um die Gesamtbetrachtung eines Flusseinzugsgebiets, und zwar vom Oberlauf bis zur Mündung. Es wird also eine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen, bei der man nicht einzelne Stücke ins Visier nimmt, sondern das Ganze im Blick hat.

(Unruhe)

Diese Klugheit ist Ihnen allerdings bei Ihrem Reformansatz abhanden gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie machen wollen, ist genau das Gegenteil. Sie zerstückeln und wollen dann wieder zusammenfügen

(Abg. Alfred Haas CDU: Was zusammengehört!)

und koordinieren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nur was zusammengehört!)

Das ist ein völlig verkehrter Ansatz, der nicht in die Zukunft weist, sondern in die Vergangenheit.

(Abg. Göschel SPD: Voriges Jahrtausend!)

(Dr. Caroli)

Zweiter Punkt: Mit der Vorgabe der Effizienzrendite treffen Sie, meine Damen und Herren, ein Amt, bei dem die Aufgaben weiter zunehmen. Die Effizienzrendite beinhaltet aber nichts anderes, als dass das Personal reduziert werden muss. Das ist gerade bei der wichtigen Aufgabe des Gewässerschutzes kontraproduktiv.

(Unruhe)

Dritter Punkt: In den Gewässerdirektionen, meine Damen und Herren, wurden zwei Aufgaben sinnvoll gebündelt: zum einen die bisherige Bauherrenfunktion, die Priorisierung bei den Baumaßnahmen, und zum anderen die Beratung der Landkreise bei Gewässermaßnahmen. Das wird nun auf zwei Regierungspräsidien und auf die Landkreise zerstückelt. Das wird ein uneinheitliches Vorgehen in den Landkreisen selbst zur Folge haben. Die Vorgaben werden nicht in gleicher Weise beachtet werden.

Meine Damen und Herren, deswegen beantragen wir die ersatzlose Streichung von Artikel 1 Abs. 5 und Artikel 149. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dem Land einen Gefallen tun wollen, streichen Sie mit!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-17, abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über Artikel 1 Abs. 5 und Artikel 149 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über

Artikel 150 und 151

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse abstimmen über

Artikel 152

Änderung des Landesseilbahngesetzes

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 10. Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die

Artikel 153 bis 161

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 162 und Artikel 1 Abs. 6

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-25.

Wird das Wort gewünscht?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Wer Artikel 1 Abs. 6 und Artikel 162 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die

Artikel 163 bis 169

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 170

Änderung der Strahlenschutz-Zuständigkeitsverordnung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306 Abschnitt I Ziffer 11. Wer diesem Artikel in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 171 bis 176

Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

Zwölfter Teil

Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern und Errichtung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Artikel 177

Gesetz zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Artikel 178

Gesetz über den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Jugend- und Sozialverbandsgesetz – JSVG)

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-18.

Frau Abg. Haußmann, Sie haben das Wort.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gemeindetag und die Wohlfahrtsverbände haben die berechtigte Forderung erhoben, dass der Abschluss von Leistungs-, Vergütungs-, Qualitäts- und Prüfungsvereinbarungen durch den neuen Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg so zu regeln ist, dass sich eine zwingende Zuständigkeit des neuen Verbands ergibt. Wir sind mit allen Experten der Meinung, dass im neuen Sozialverband der gebündelte Sachverstand, die gebündelte Verhandlungskompetenz, angesiedelt werden muss. Außerdem ist es sinnvoll, die Planungen der Behindertenhilfe diesem Kommunalverband zu übertragen.

Wir beantragen zu diesem Antrag namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wird dieser Antrag entsprechend unterstützt? – Das ist der Fall. Es findet eine namentliche Abstimmung statt.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben Q. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-18, zustimmen möchte, den bitte ich mit Ja zu stimmen. Wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein stimmen. Wer sich der Stimme enthält, stimme mit „Enthaltung“.

Frau Dr. Stolz, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 119 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 71 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 13/3316-18 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Gö-

schel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Edith Sitzmann, Staiger, Stickleberger, Teßmer, Inge Utzt, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über Artikel 178 abstimmen. Wer dieser Vorschrift zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 178 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf:

Dreizehnter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

Ich rufe auf

Artikel 179

Berichtspflichten

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-19, und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-21 Teil B.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Abg. Junginger, Sie haben das Wort.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein ganz zentrales Anliegen der Diskussion über die Verwaltungsreform ist die Einführung einer Revisionsklausel, die mit einer Schiedsklausel und mit erweiterten Berichtspflichten überhaupt erst eine faire Regelung für die beiderseitigen Belange darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Wochenlang hieß es im Land unwidersprochen, in dem Gespräch zwischen der Landesregierung und Vertretern der kommunalen Seite sei sogar die Zusage gegeben worden, dass als faire Regelung nach Jahr und Tag eine Abrechnung nach dem tatsächlich notwendigen Aufwand erfolge, „Revisionsklausel“ genannt. Wenn dies später als Missverständnis dargestellt wurde, dann ändert dies nichts daran,

(Junginger)

dass alles, was an Hoffnungen und Erwartungen dargestellt wird – es sei ja kein Problem, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln die Aufgaben sachgerecht zu erledigen –, nur dann fair, ernst gemeint und glaubwürdig ist, wenn es durch eine Revisionsklausel abgesichert wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Wer ein gutes Gewissen hat, kann zustimmen!)

Darin steht ja nicht, dass jeder nach Belieben seine Kosten unterbringen kann, sondern es steht darin, dass die Kosten für eine angemessene Erfüllung der übertragenen Aufgaben später im Rahmen einer Revision überprüft und notfalls nachträglich ersetzt werden. Wir halten das für das A und O eines fairen Umgangs mit denen, die jetzt die Segnungen der Landesbehörden bekommen, damit sie dort, wo tatsächlich gegriffene Beträge zugrunde gelegt worden sind – etwa im Bereich der IuK –, später, nach drei oder vier Jahren, noch einmal die Chance haben, dass konkret miteinander nachvollzogen wird, ob die Aufgabenerfüllung und die dafür bereitgestellten Mittel in eine faire Übereinstimmung zu bringen sind.

Dies ist nun die letzte Chance, auch den Verbänden gegenüber klarzustellen, dass man sie nicht über den Tisch ziehen will, sondern dass sie die Chance haben, eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung mit den Beträgen und Mitteln nachzuweisen, die ihnen zugestanden sind, um fremde Aufgaben zu erledigen. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, hier noch eine notwendige Korrektur vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. – Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-21 Teil B, ist inhaltsgleich mit dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-19. Ich lasse deshalb über beide Anträge zusammen namentlich abstimmen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jawohl!)

Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer sie ablehnen möchte, den bitte ich, mit Nein zu antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte nun Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas als Schriftführer, mit dem Namensaufruf beim Buchstaben R zu beginnen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

(Abg. Drexler SPD: So, jetzt!)

An der Abstimmung über die Änderungsanträge Drucksachen 13/3316-19 und 13/3316-21 Teil B haben sich 119 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 71 Abgeordnete.*

Damit sind diese beiden Anträge abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Edith Sitzmann, Staiger, Stickleberger, Teßmer, Inge Utz, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinda Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhms, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über Artikel 179 abstimmen. Wer Artikel 179 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 179 ist mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr über

Artikel 180 bis 187

abstimmen. Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. Juni 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz – VRG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsident Birzele)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Ah-Rufe von der SPD)

Danke. Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der CDU)

Danke. Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben noch über zwei Entschließungsanträge zu befinden.

Ich rufe zunächst den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-20, auf.

(Abg. Wieser CDU: Dürfen wir wieder namentlich abstimmen?)

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Abg. Junginger.

(Ah-Rufe von der CDU – Zuruf von der CDU: Wir können doch lesen!)

Abg. Junginger SPD: Wunderbar, wenn man so empfangen wird. Das zeigt, dass noch Aufmerksamkeit vorhanden ist.

Wenn ich die heutige Debatte richtig verfolgt habe, werden wir diesen Antrag einstimmig verabschieden können.

(Abg. Drexler SPD: So sehe ich das auch!)

Denn sowohl der Herr Ministerpräsident als auch die Herren Heinz und Noll haben genau das, was wir hier als Konzeption erbitten, angekündigt. Sie haben zum Ersten erklärt, dass selbstverständlich Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik eine jetzt wahrzunehmende Aufgabe der Landesregierung seien. Das war zwar vor Verabschiedung des Gesetzes angeblich nicht möglich, aber das ist selbstverständlich eine Daueraufgabe.

(Abg. Seimetz CDU: Über Selbstverständlichkeiten stimmen wir doch nicht ab!)

Das Zweite betrifft die Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen. Da ist Subsidiarität eingefordert und gesagt worden, dies sei ein Dauerauftrag. Deswegen bin ich außerordentlich glücklich, dass wir nach der mehrheitlichen Verabschiedung des Gesetzes alle miteinander sagen können: Die Regierung bekommt die Hausaufgabe, möglichst zeitnah eine Konzeption zur Verlagerung der Aufgaben auf die Kommunen und eine Konzeption zur zeitnahen Durchführung von Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse mit dem Ziel des Aufgabenabbaus zu erarbeiten. Wir haben noch ein halbes Jahr Zeit, bis die Aufgaben von den Landkreisen wahrgenommen werden. Bis dahin könnte ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden.

Ich setze auf einstimmige Beschlussfassung über unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Mal sehen, was los ist!)

Stellv. Präsident Birzele: Wird zu diesem Antrag noch das Wort gewünscht? –

(Unruhe)

Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3316-20, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Lauter Sprüchemacher da drüben! Bürgernähe und Aufgabenabbau!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3316-26, auf.

Wird das Wort gewünscht? –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, danke!)

Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Entschließungsantrag abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenigstens die eigenen müssen zustimmen!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3306, zu befinden. Darin wird vorgeschlagen, die Eingaben für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg – Drucksache 13/3102

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3265

Berichterstatter: Abg. Oelmayer

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Herr Abg. Oelmayer, wünschen Sie als Berichterstatter das Wort?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, danke!)

– Das ist nicht der Fall.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Kübler, Sie erhalten das Wort.

Abg. Kübler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg ist völlig unstrittig. Alle haben im Ausschuss zugestimmt. Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stichelberger.

Abg. Stichelberger SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion erkläre ich ebenfalls die Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten SPD und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Änderungen sind rechtlich und tatsächlich notwendig. Wir stimmen als FDP/DVP-Fraktion den Änderungen ebenfalls zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, keine Grundsatzrede.

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Das fängt ja gut an!)

Auch ich fasse mich kurz und will einfach sagen, dass ich allen drei Vorrednern auch für unsere Fraktion zustimmen kann. Wir stimmen dem Gesetzesvorhaben zu.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da mein Haus mit dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz ein Gesetz vorgelegt hat, das nicht die ungeteilte Zustimmung des Hauses fand, freue ich mich, dass jedenfalls dieses Gesetz jetzt hier im Haus Einstimmigkeit findet. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/3102.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3265. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind, dass wir über die drei Artikel gemeinsam abstimmen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetzentwurf ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. Juni 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, da die übrigen Tagesordnungspunkte abgesetzt worden sind, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 1. Juli 2004, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:04 Uhr

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umsetzung im Untersuchungsausschuss „FlowTex“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Untersuchungsausschuss „FlowTex“	ordentliches Mitglied	Heike Dederer	Oelmayer
	stellvertretendes Mitglied	Oelmayer	Dr. Witzel

30. 06. 2004

Winfried Kretschmann und Fraktion